

Befehlsblatt

Ausgabe A

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einfseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 25

Berlin, den 5. Juli 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD: RdErl. 21. 6. 41 Kraftstoffversorgung der Sich. Polizei. S. 111. — RdErl. 21. 6. 41 Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse. S. 111. — RdErl. 21. 6. 41 Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse. S. 111. — RdErl. 24. 6. 41

Behandlung von Gesuchen um Wiedererlangung der Wehrwürdigkeit. S. 111. — RdErl. 25. 6. 41 Verwendung von Abkürzungsbezeichnungen. S. 112. — RdErl. 29. 6. 41 Richtlinien betr. die Rückgriff- u. Inanspruchnahme usw. S. 112. Personalmitteilungen. S. 113.

Sicherheitspolizei und SD.

Kraftstoffversorgung der Sicherheitspolizei.

RdErl. des RSHJ vom 21. 6. 1941 — II D 3 a Nr. 696/41 —

(1) An Stelle der gemäß Erl. des RSHJ vom 23. 5. 1941 — II D 3 a Nr. 696/41 — an die betreffenden Dienststellen zum Versand kommenden Kraftstoffkontingentscheine werden künftig Tankausweiskarten übersandt.

(2) Der Umtausch von Kontingentscheinen bei den Wirtschaftsämtern kommt somit in Fortfall.

(3) Die vollzogenen Empfangsbefcheinigungen können ohne Anschriften an das RSHJ zurückgesandt werden.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 111.

Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RSHJ vom 21. 6. 1941

— S IV C 3 (neu) Nr. 6321/E —

Im Benehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird nachstehend aufgeführte Zeitung ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Mitteilungsblatt der Reichsdeutschen in Rumänien“, Bukarest.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 111.

Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RSHJ vom 21. 6. 1941

— S IV C 3 (neu) Nr. 6321/E —

Im Benehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird nachstehend aufgeführte Zeitung ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Bulgarische Presseschau“, Sofia.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 111.

Behandlung von Gesuchen um Wiedererlangung der Wehrwürdigkeit.

RdErl. des RSHJ vom 24. 6. 1941 — II B 2 Nr. 130/41-176 —

Im Anschluß an meinen RdErl. vom 21. 8. 1940 — I B 1 Nr. 54/40-176-7 — (Befehlsbl. S. 89) gebe ich nachstehend einen RdErl. des RMdJ. vom 8. 5. 1941 — I Bb 221 III/41-95 — sowie den darin in Bezug genommenen RdErl. des RMdJ. vom 16. 6. 1940 — I Bb 160 III/40-95 — bekannt.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 111.

Wiedererlangung der Wehrwürdigkeit.

RdErl. des RMdJ. v. 8. 5. 1941 — I Bb 221/41-95 —

(1) Die durch RdErl. v. 16. 6. 1940 (RMBl. S. 1186) bei Gesuchen um Wiedererlangung der Wehrwürdigkeit vorgeschriebene Einholung von Gutachten und Weiterreichung der Unterlagen an den Wehrbezirkskommandeur durch die Kreispolizeibehörden bezieht sich nur auf die unter Buchst. b bis e des § 17 Abs. 1 der VO. über die Musterung und Aushebung v. 17. 4. 1937 (RGBl. I S. 469) aufgeführten Fälle. Wegen der Einbeziehung des Buchst. b verweise ich auf § 3 Abs. 3 der VO. über das Wehrerlaßwesen bei besonderem Einsatz v. 4. 3. 1940 (RGBl. I S. 457).

(2) Wehrpflichtige, die mit Zuchthaus bestraft sind (Buchst. a des § 17 Abs. 1 der Musterungs-VO.), können die Wehrwürdigkeit nur durch einen besonderen Gnadenakt des Chefs des OKW, oder des RMJ. wiedererlangen. Gesuche dieser Art haben daher die Kreispol.-Behörden mit eigener Stellungnahme an die zuständige Kreispol.(Leit)Stelle bzw. bei Bestrafung wegen staatsfeindlicher Betätigung an die zuständige Staatspol.(Leit)Stelle weiterzuleiten, die sie dem RSHJ (Reichssicherheitshauptamt) zur Weiterbehandlung vorlegen.

Zusatz für den Sächs. Min. d. Innern in Dresden: Auf den Bericht v. 7. 12. 1940 — Va St 12.

An die Kreispol.Behörden. — RMBl. S. 859.

Wiedererlangung der Wehrwürdigkeit.

RdErl. des RMDJ. v. 16. 6. 1940 — I Rb 160 III/40-95 —

(1) Bei Anträgen auf Zuerkennung der Wehrwürdigkeit hat die Kreispol.-Behörde für ihre Stellungnahme gem. § 17 Abs. 2 der VO. über die Musterung und Aushebung v. 17. 4. 1937 (RGBl. I S. 469) künftig auch ein Gutachten der zuständigen Krim. Pol. (Leit) Stelle einzuholen. Handelt es sich um eine Wehrunwürdigkeit, der eine gerichtliche Bestrafung wegen staatsfeindlicher Betätigung zugrunde liegt, so tritt an die Stelle der zuständigen Krim. Pol. (Leit) Stelle die zuständige Staatspol. (Leit) Stelle.

(2) Bei Anträgen ehemaliger Strafgefangener ist ferner ein Zeugnis der Strafvollstreckungsbehörde und ein Gutachten der NSDAP. (Hauptamt Volkswohlfahrt), Berlin SO 36, Maybachufer 48/51, herbeizuziehen.

(3) Nach Abs. 1 und 2 eingeholte Unterlagen sind, ebenso wie es für die herbeizuführende Stellungnahme der Kreisleitung der NSDAP. bereits vorgeschrieben ist, mit der eigenen Äußerung an den Wehrbezirkskommandeur weiterzuleiten.

An die Kreispol. Behörden.

— RMBld. S. 1186.

Verwendung von Abkürzungsbezeichnungen.

RdErl. des RSHB v. 25. 6. 1941 — II A 1 Nr. 574/41-160 —

Die nachstehend abgedruckte Anordnung des Chefs des Wehrmachtsführungsstabes im OKW., die der Auffassung des Führers entspricht, ist auf Befehl des Reichsführers- $\mathbb{H}$ auch von den Dienststellen der Polizei und $\mathbb{H}$ (SD) zu beachten. Von einer weiteren Veröffentlichung der Anordnung ist abzusehen.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 112.

Anlage:

Der Chef des Wehrmachtsführungsstabes
im Oberkommando der Wehrmacht.

I II Org. 762/41

Führer-Hauptquartier, den 10. 3. 1941.

(1) Die Abkürzungsbezeichnungen für Einrichtungen und Geräte der Wehrmacht sowie die Bildung von Stummelwörtern (Wiso, Wam, Stalag, Rekodels, Etra, Stukas usw.) haben in Wort und Schrift zu einem unerhörten Mißbrauch geführt.

(2) Auch die Sprache ist ein Zeichen der Kultur eines Volkes. Je primitiver ein Volk, um so primitiver auch seine Sprache. Das deutsche Volk hat eine besonders reiche und lebendige Sprache.

(3) Ich muß es daher als eine Barbarei bezeichnen, wenn sich Büroerfindungen schlimmster Art allmählich in der militärischen Sprache, von da aus in der Presse und dann im ganzen deutschen Volk breit machen. Man sollte sich doch darüber klar sein, daß diese Methode, Stummelwörter zu bilden, kaufmännisch-jüdischer Herkunft ist.

(4) Es scheint aber Menschen zu geben, die ihre mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache dadurch zu verdecken suchen, daß sie eine Bürosprache erfinden, die Leute außerhalb dieser Bürogemeinschaft nicht verstehen. Sie kommen sich dann wichtig, interessant und gebildet vor.

(5) Gemeinverständliche Abkürzungen dienen zur Vereinfachung des Schriftverkehrs. Dort allein gehören sie hin. Stummelwörter zu erfinden, die — da sie sprachbar sind — auch in die Sprache übergehen, ist ein grober Unfug.

(6) Ich wäre dankbar, wenn in diesem Sinne die Dienststellen der Wehrmacht veranlaßt würden, an einer Bereinigung dieses Zustandes mitzuarbeiten.

gez. Jodl.

Richtlinien

betr. die Rückgriff- und Inanspruchnahme von Beamten und Angestellten der Geheimen Staatspolizei, des Reichssicherheitsdienstes, des Reichskriminalpolizeiamtes, der Führerschule der Sicherheitspolizei und der Ein- und Umwanderer-dienststellen auf Grund der dem Deutschen Reich im Dienste, insbes. im Kraftfahrbetrieb schuldhaft verursachten Schäden.

RdErl. des RSHBdPol. im RMDJ. vom 29. 6. 1941.

— S II A 3 Nr. 2133/40-211-c —

I. Allgemeine Regelung.

(1) Verletzt ein Beamter seine Amtspflicht, so haftet er gemäß § 23 Abs. 1 des Deutschen Beamtengesetzes für jegliches Verschulden (einschl. leichter Fahrlässigkeit) in Höhe des gesamten Schadens, der dem Deutschen Reich unmittelbar daraus entstanden ist. Auch der Angestellte hat nach § 823 oder § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches bei jedem noch so geringen Verschulden für den vollen reichseigenen Schaden zu haften. Daselbe gilt für den Fall, daß das Deutsche Reich einen durch die schuldhafte Handlungsweise eines Beamten oder Angestellten herbeigeführten Schaden eines Dritten (reichsfremder oder mittelbarer Schaden) ersetzt hat, wenn der Beamte oder Angestellte ausnahmsweise nicht in Ausübung öffentlicher Gewalt gehandelt hat. Haben mehrere Beamte oder Angestellte gemeinshaftlich den Schaden verursacht, so haften sie nach § 23 Abs. 1 des Deutschen Beamtengesetzes oder § 840 des Bürgerlichen Gesetzbuches als Gesamtschuldner.

(2) Hat das Deutsche Reich einem anderen Schadensersatz geleistet (mittelbarer Schaden), weil ein Beamter oder Angestellter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt seine Amtspflicht verletzt hat, so kann der Beamte auf Grund von § 23 Abs. 2 und der Angestellte nach § 23 Abs. 2 und 4 des Deutschen Beamtengesetzes nur dann vom Deutschen Reich in Rückgriff genommen werden, wenn er diesen reichsfremden Schaden durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit verursacht hat.

II. Sonderregelung im Kraftfahrbetrieb.

(1) Ist dem Deutschen Reich an einem Dienstkraftwagen einschließlich reichseigenem Beförderungsgut der Geheimen Staatspolizei, des Reichssicherheitsdienstes, des Reichskriminalpolizeiamtes, der Führerschule der Sicherheitspolizei oder der Ein- und Umwanderer-dienststellen ein Schaden entstanden so ist der Beamte oder Angestellte, falls er diesen reichseigenen und deswegen unmittelbaren Schaden nur leichtfahrlässig verschuldet hat, unter Würdigung seiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie seiner dienstlichen und außerdienstlichen Führung in der Regel nur mit 10 % bis zu 50,— RM des unmittelbaren Reichschadens in Anspruch zu nehmen ohne Rücksicht darauf, ob der Beamte oder Angestellte versichert ist oder nicht. Nach Zahlung des festgesetzten Betrages kann der Restschadensbetrag auf Antrag des Beamten oder Angestellten niedergeschlagen werden (§ 66 Abs. 1 RWB).

(2) 1. Hat dagegen ein Beamter oder Angestellter den Schaden am Dienstkraftwagen einschließlich reichseigenem Beförderungsgut und den Schaden, den das Deutsche Reich einem anderen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen hat ersetzen müssen, vorsätzlich oder grobfahrlässig verschuldet (schwere Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung, Trunkenheit, Schwarzfahrt usw.), so ist er entweder gemäß § 23 Abs. 1 des Deutschen Beamtengesetzes bzw. § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches oder aber, wenn er in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt gehandelt hat, nach § 23 Abs. 2 bzw. § 23 Abs. 2 und 4 des Deutschen Beamtengesetzes grundsätzlich mit dem vollen Schadensbetrage (unmittelbarer und mittelbarer Reichschaden) in Anspruch oder

*) Sonderabdrucke dieses RdErl. können in beschränktem Umfange beim RSHB — II A 3 — angefordert werden.

in Rückgriff zu nehmen. Nur bei Vorliegen ganz besonderer Gründe, die eine Inanspruchnahme oder einen Rückgriff in voller Höhe für den Beamten bzw. Angestellten als besondere Härte erscheinen lassen, kann im Rahmen des § 66 Abs. 1 RWB. ein Teil der Schadenssumme auf Antrag niedergeschlagen werden.

2. Bei versicherten Beamten oder Angestellten ist jedoch in jedem Falle der Betrag einzuziehen, für den die Versicherung nach dem Vertrag einzutreten hat.

3. Polizeiliche Dienstfahrten gelten in der Regel als in Ausübung öffentlicher Gewalt unternommen.

4. Von dem Fahrer ist bei vorsätzlichem oder grobfahrlässigem Verschulden ein Schuldanerkenntnis zu fordern.

(3) Angemessene Ratenzahlungen sind in jedem Fall zubilligen.

(4) Die Rückgriff- und Inanspruchnahmen werden einstweilen weiterhin von mir verfügt.

An die Sicherheitspolizei,

den Chef des Reichssicherheitsdienstes u. die Einwandererzentralstelle sowie die Umwandererzentralstellen (Durch Abdruck).

— Befehlsblatt S. 112.

Personalmitteilungen.

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt: Zu Reg.Amtmännern: die Reg.Ob.Insp. Anders, Grau, Knoll und der Pol.Ob.Insp. Zietmann.

Versetzt: Zum RSHB.: Krim.Rat Clemens (Prag), die Krim.Komm. Staudte (Halle), Henß (Linz), Dr. Knobloch (Kattowitz), Weiler (Kdr. Warschau), Bramfeldt (Berlin), die Pol.Insp.: Kettlich (Bromberg), Schneider, Alfons (Prag).

Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Versetzt: Krim.Komm. Sachse (Plauen) zum Kdr. Lublin.

Staatspolizei(leit)stellen.

Versetzt: die Krim.Räte Kausch (Tilsit) nach Halle, Block (Kdr. Lublin) nach Kattowitz,

die Krim.Komm. Schulze, Wilhelm (RSHB) nach Prag, Wüft (Brünn) nach Troppau, Kay (Lüneburg) nach Graudenz und der Krim.Komm. z. Pr. Gerke (Leipzig) nach Tilsit, Pol.Insp.Anw. Hummel (RSHB) nach Frankfurt/Main.

Abgeordnet: Pol.Ob.Insp. Pernau (Allenstein) zum Insp. Danzig,

die Pol.Insp. Kautenberg (Danzig) nach Allenstein, Waldmann (Trier) zum H-Sonderlager in Hinzert, Lihelmann (Berlin) nach Magdeburg.

Kriminalpolizei(leit)stellen und Krim.Abteilungen.

Ernannt: Zum Krim.Dir.: Krim.Rat Dr. Krömer (Lithmannstadt).

Zur Krim.Kommissarin: Krim.Kommissarin z. Pr. Dr. Schönfeld (Hannover), Krim.Kommissarin z. Pr. Kiednagel (Wien).

Aufhebung der Abordnung: des Krim.Dir. Fleischer (RSHB — V — RKPB) und des Krim.Komm. Gundlach (KPLSt. Berlin), beide zum Befh. in Krakau.

In den Ruhestand versetzt: Krim.Inspektorin Böß (Dortmund).

SD.

Kommandiert: H-H'Stuf. Lopaß mit Wirkung vom 1. 10. 1941 zum Insp. Stettin. (Rückkommandierung) unter gleichzeitiger Ernennung zum Personalref.; H-O'Stuf. Fahnl zum Befh. Oslo; H-U'Stuf. Eichstädt zum Kdr. Warschau.

Versetzt: H-Stubaf. Polte zum Insp. Berlin als Führer des SD-LA Berlin; H-H'Stuf. Kruse zum Insp. Stettin unter gleichzeitiger Ernennung zum Führer des SD-Abdn. Neustettin; H-H'Stuf. Sepp zum RSHB III.

Ernannt: H-O'Stuf. Dr. Clement zum Ref. beim SD-Abdn. Graz.

— Befehlsblatt 1941 S. 113.

Befehlsblatt

Ausgabe A

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einfseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preussische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 26

Berlin, den 12. Juli 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RDErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RDErl. 12.5.41 Liste des schädlichen u. unerwünschten Schrifttums. S. 115. — RDErl. 28.6.41 Geräteausstattung u. Anrechnungsbeträge f. d. Unterkunftsräume der ledigen Grenzpol.-Angehörigen. S. 115. — RDErl. 1.7.41 Ersatz u. Ergänzungskräfte. S. 117.

RDErl. 16.10.40 i. d. F. v. 1.7.41 Neufassung: Ersatz- u. Ergänzungskräfte. S. 119. — RDErl. 2.7.41 Polizeiliche Vorladungen. S. 136.

Personalmitteilungen. S. 136.

Sicherheitspolizei und SD.

Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums.

RDErl. des RSHR vom 12. 5. 1941 — IV C 3 (neu) —

Unter Bezugnahme auf meinen RDErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 37) teile ich folgende neue Einteilungen mit:

- Curie, Eve: Sämtliche Schriften;
- Hoffmann-Harnisch, Wolfgang: „Lord Clive“, Berlin, Drei Masken-Verlag;
- Bauk, Friedrich Wilhelm: Sämtliche Schriften;
- Bürger, Friedrich: „Fröhlicher Heimabend-Spielhandbuch für das Deutsche Jungvolk“, Braunau i. Böhmen, Verlag Raderbottschaft, 2. Auflage.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 115

Geräteausstattung und Anrechnungsbeträge für die Unterkunftsräume der ledigen Grenzpolizeiangehörigen.

RDErl. des RSHR vom 28. 6. 1941

— II C 3/3 Nr. 745/41-268 — *)

I. Geräteausstattung.

(1) In Grenzorten, in denen unverheiratete Grenzpolizeiangehörige keine geeignete Privatunterkunft finden oder dienstliche Gründe eine geschlossene Unterbringung der ledigen Grenzpolizeiangehörigen erfordern, können vom Reich wohnlich eingerichtete Unterkunftsräume bereitgestellt werden.

(2) Zur Ausstattung der Unterkunftsräume sind die in Anlage 1 bezeichneten Geräte vorgesehen. Ein Anspruch auf Zubilligung aller als Höchstausstattung genannten Gegenstände besteht nicht.

(3) Die Beschaffung der Geräte und Wäsche obliegt der zuständigen Staatspolizei(leit)stelle oder dem Kommandeur

*) Sonderabdrucke dieses RDErl. können in beschränktem Umfang beim RSHR — II C 3 — angefordert werden.

der Sicherheitspolizei u. des SD. Während der Zeit der Rohstoffbewirtschaftung werden Bettwädsche, Schränke (Spinde) und Metallbetten (mit Matratzen) zentral durch das Reichssicherheitshauptamt — Ref. II C 4 — in Berlin beschafft und den Staatspolizei(leit)stellen oder Kommandeuren auf Anforderung geliefert. Absatz 2 Nr. 11 der Geräteordnung — PDD 36 — (RMBlD. 1940 S. 2110) wird beim Neudruck entsprechend geändert.

(4) Bei Auflösung von Grenzpolizeidienststellen oder bei Aufgabe von Unterkunftsräumen sind die vorhandenen Ausstattungsgegenstände den benachbarten Staatspolizei(leit)stellen oder Kommandeuren anzubieten, wenn anzunehmen ist — z. B. durch Vorverlegung der Grenze —, daß dort Bedarf besteht. Anderenfalls sind die Geräte dem Reichssicherheitshauptamt — Ref. II C 4 — zur anderweiten Verwendung zu melden.

II. Anrechnungsbeträge.

(1) Für das Wohnen in den vom Reich bereitgestellten und ausgestatteten Unterkunftsräumen sind den ledigen Grenzpolizeiangehörigen (Beamten und Kriminalangestellten) Anrechnungsbeträge (Wohnraumabzüge) einzubehalten. Die Höhe der Anrechnungsbeträge ergibt sich aus Anlage 2.

(2) Falls eingerichtete Unterkunftsräume ausreichend zur Verfügung stehen, können vorübergehend auch abgeordnete und verfehte verheiratete Grenzpolizeiangehörige diese Räume benutzen, ohne daß jedoch eine Verzögerung in der Beschaffung der eigenen Wohnung eintreten darf. Soweit die verheirateten Grenzpolizeiangehörigen Beschäftigungsvergütung oder Trennungsschädigung beziehen, ist das Übernachtungsgeld um 75 % und das Beschäftigungstagegeld oder die Trennungsschädigung um 25 % zu kürzen. Anrechnungsbeträge kommen in diesem Fall nicht in Betracht.

An die Sicherheitspolizei (ohne Krim. Pol.).

— Befehlsblatt S. 115.

Anlage 1:**Geräteausstattung für die Unterkunftsräume der ledigen Grenzpolizeibeamten.**

Lfd. Nr.	Gegenstand	Nichtpreis	Stückzahl für einen		Bemerkungen
		RM	Raum	Beamten	
1	Bettstelle aus Stahlrohr mit Drahtfederboden	werden vom RZM geliefert	—	1	
2	Schrank	—	—	1	
3	Tisch	40,—	1	—	
4	Stühle	10,—	—	2	
5	Tischleuchte	8,—	1	—	
6	Deckenleuchte	6,—	1	—	
7	Bild des Führers oder führender Persönlichkeiten	7,— (zuzüglich Rahmen)	2	—	
8	Spiegel	5,—	1	—	
9	Mülleimer mit Deckel	3,50	1	—	
10	Besen und Müllschaufel	8,—	1	—	
11	Wasserflasche	1,—	1	—	
12	Wasserglas	0,20	—	1	
13	Zahnbürstenschale	0,45	—	1	
14	Aschenbecher	—	1	—	
15	Fußbadewanne	2,50	1	—	
16	Matratze, dreiteilig	werden vom RZM	—	1	
17	Kopfpolster	—	—	1	
18	Matratzenschoner	—	—	1	
19	Schlafdecken	auf Anforderung	—	3	
20	Deckenbezug	—	—	2	
21	Kopfstützenbezug	—	—	2	
22	Bettlaken	—	—	2	
23	Handtücher	—	—	4	
24	Fenstervorhang zum Ziehen für jedes Fenster	5,— bis 7,— je qm Fensterfläche	—	—	
25	Verdunkelungsrollos für jedes Fenster	8,—	—	—	
26	Scheibengardinen für jedes Fenster je m	1,50	—	—	

Anmerkungen:

- a) Wenn keine feste Wascheinrichtung mit fließendem Wasser eingebaut ist, werden für jeden Raum weiterhin gewährt:
1 Waschtisch mit Waschbecken, Wasserkanne und Wassereimer.
- b) Wenn keine Zentralheizung vorhanden ist, werden ferner für jeden Raum gewährt:
1 Heizmittelkasten (4,— RM), 1 Kohlenchippe (0,80 RM) und 1 Feuerhaken (0,50 RM).

Anlage 2:**Anrechnungsbeträge für Unterkunftsräume der ledigen Grenzpolizeiangehörigen in der Fassung vom 28. 6. 1941.**

(1) Für die vom Reich bereitgestellten und eingerichteten Unterkunftsräume werden von den unverheirateten Grenzpolizeibeamten und den Kriminalangestellten im Grenzpolizeidienst die nachstehenden Hundertsätze des Wohnungsgeldzuschusses der entsprechenden Ortsklasse und der Tarifklasse V (nach dem jeweils festgesetzten Hundertsatz, z. Bt. 120 v. H.) unter Berücksichtigung der ersten Gehaltskürzungsverordnung einbehalten:

- a) Kriminalassistenten-Anwärtern, a. pl. Kriminalassistenten, Kriminalangestellten (Grundvergütung 2000 RM) } 15 %

- b) Kriminalassistenten, Kriminalangestellten (Grundvergütung 2250 RM) } 25 %
- c) Kriminaloberassistenten, Kriminalsekretären, Kriminalangestellten (Grundvergütungen 2520, 2700 und 3000 RM) } 40 %

Bei der Festsetzung der Anrechnungsbeträge für Kriminalassistenten-Anwärter, die keinen Wohnungsgeldzuschuß oder nur Teilbeträge (RdErl. vom 15. 2. 1939 — RBB. S. 29 — und vom 18. 11. 1940 — RMBl. S. 2123 — erhalten, ist der volle Wohnungsgeldzuschuß der Tarifklasse V zugrunde zu legen und davon ein Hundertsatz von 15 v. H. einzubehalten.

(2) Die sich hiernach ergebenden Anrechnungsbeträge sind für die Sommermonate (April bis September) mit je $\frac{9}{10}$ und für die Wintermonate (Oktober bis März) mit je $\frac{11}{10}$ auf das Dienst Einkommen anzurechnen (siehe auch nachstehende Übersicht). Monatsteilbeträge sind nach Nr. 91 der Befoldungsvorschriften (RBB. 1928 S. 33) zu ermitteln.

(3) Die Anrechnungsbeträge werden in voller Höhe auch für die Zeit einbehalten, in der der Beamte beurlaubt ist (Erholungsurlaub oder Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit) oder sich im Krankenhaus befindet. Bei Gewährung von Sonderurlaub unter Weiterzahlung der Dienstbezüge sind Anrechnungsbeträge auch für die Zeit der Beurlaubung einzubehalten. Wird Sonderurlaub unter Fortfall der Dienstbezüge gewährt, so ist zu demselben Zeitpunkt, an dem die Zahlung der Bezüge eingestellt wird, auch die Einbehaltung der Anrechnungsbeträge einzustellen.

(4) Bei vorübergehender Abordnung ohne Verlegung des dienstlichen Wohnsitzes (z. B. zu einem Lehrgang oder zum Einsatz) ist den abgeordneten Beamten oder Angestellten der Anrechnungsbetrag für den Unterkunftsraum am dienstlichen Wohnsitz weiterhin einzubehalten. Ist mit einer längeren Dauer der Abordnung zu rechnen und wird der bisherige Unterkunftsraum von dem abgeordneten Beamten oder Angestellten geräumt, so daß er zur Unterbringung anderer Beamter verfügbar ist, kann zum Schluß des Monats, in dem die Freimachung des Raumes erfolgt, von der weiteren Einbehaltung des Anrechnungsbetrages abgesehen werden. Erhalten die Beamten oder Angestellten für die Zeit der Abordnung Beschäftigungsvergütung, so ist diese außerdem bestimmungsgemäß zu kürzen, wenn am Abordnungsort amtliche Unterbringung in einem vom Reich bereitgestellten Unterkunftsraum erfolgt.

(5) Bei Versetzungen und bei Abordnungen mit Verlegung des dienstlichen Wohnsitzes ist den Beamten oder Angestellten, sofern sie am neuen dienstlichen Wohnsitz wieder in einem vom Reich bereitgestellten Unterkunftsraum untergebracht werden, vom 1. des auf die Änderung des dienstlichen Wohnsitzes folgenden Monats ab der Anrechnungsbetrag für den Unterkunftsraum am neuen dienstlichen Wohnsitz einzubehalten. Findet die Änderung des dienstlichen Wohnsitzes am ersten Tage eines Monats statt, so tritt der Wechsel des Anrechnungsbetrages schon mit diesem Monat ein. Nach Beendigung der Abordnung gilt für die Rückkehr daselbe sinngemäß.

(6) Die Anrechnungsbeträge für Unterkunftsräume umfassen die Vergütung für Miete, Heizung, Beleuchtung, Bettwäsche und Handtücher (einschl. deren Reinigung), Geräte und kleine Wirtschaftsbedürfnisse (Wasser usw.) sowie die Reinigung der zu den Unterkunftsräumen führenden Treppen und Flure. Die Reinigung der Unterkunftsräume ist von den Beamten oder Angestellten selbst zu veranlassen.

(7) Die Einbehaltung der Anrechnungsbeträge für die Unterkunftsräume hat von der Dienststelle zu erfolgen, die das Dienst Einkommen verrechnet. Die Anrechnungsbeträge sind bei Kapitel 10 a Titel 1 Unterteil 1 als Einnahme nachzuweisen.

Übersicht über die monatlichen Anrechnungsbeträge für Unterkunftsräume der Grenzpolizeiangehörigen

Wohnungsgeldzuschuß (120 v.H.)			Anrechnungsbeträge					
Ortsklasse	Tarifklasse V		15%		25%		40%	
	ungefürzt RM	gefürtzt RM	$\frac{9}{10}$ RM	$\frac{11}{10}$ RM	$\frac{9}{10}$ RM	$\frac{11}{10}$ RM	$\frac{9}{10}$ RM	$\frac{11}{10}$ RM
S	72,—	67,68	9,13	11,16	15,22	18,61	24,36	29,77
A	61,—	57,34	7,74	9,46	12,90	15,76	20,64	25,22
B	50,50	47,47	6,40	7,83	10,68	13,05	17,08	20,88
C	39,50	37,13	5,01	6,12	8,35	10,21	13,36	16,33
D	29,—	27,26	3,68	4,49	6,13	7,49	9,81	11,99

Beispiel für die Errechnung eines Anrechnungsbetrages für einen Unterkunftstraum der Grenzpolizeibeamten:

Für einen Kriminalassistenten in einem Ort der Wohnungsgeldzuschuß-Ortsklasse A sind für einen Monat anzurechnen:

Wohnungsgeldzuschuß der Tarifklasse V (120 v.H.) = 61,— RM
abzüglich 6 v.H. Kürzung = monatlich 57,34 RM

für einen Sommermonat:

$$\frac{57,34 \text{ RM} \cdot 25 \cdot 9}{100 \cdot 10} = 12,90 \text{ RM}$$

für einen Wintermonat:

$$\frac{57,34 \text{ RM} \cdot 25 \cdot 11}{100 \cdot 10} = 15,76 \text{ RM}$$

Ersatz- und Ergänzungskräfte.

RdErl. des RfHuchdPol. im RMdJ. vom 1. 7. 1941
— S II C 1 Nr. 268/41-224-2 —

Der RdErl. über Ersatz- und Ergänzungskräfte vom 16. 10. 1940 (Befehlsblatt S. 119) wird wie folgt geändert:

1. Abs. 5 wird wie folgt geändert:

a) In Ziff. 1 wird gestrichen:
„und die Ermächtigung zur Neueinstellung solcher Kräfte jeweils zum 1. jedes Monats“.

b) Als Ziff. 3 wird angefügt:
„Die Einstellung neuer Ersatz- und Ergänzungskräfte kann von den Dienststellen der staatl. Kriminalpolizei (Kap. 14) jeweils zum 1. d. Mts. mit einem Vordruck nach Formblatt Muster A, Seite 1 und 4, beantragt werden. Den Kasernenantragstellen der Sicherheitspolizei (Kap. 14 a) werden auf Grund von Nachweisungen über den Personalbestand, die in der Regel vierteljährlich eingefordert werden, besondere Stellen für Ersatz- und Ergänzungskräfte zugeteilt. Im Rahmen der zugeteilten Stellen können die Kasernenantragstellen selbständig Ersatz- und Ergänzungskräfte einstellen. Die Stellen und ihre Besetzung sind in einem besonderen Abschnitt der Planstellenüberwachungsliste und des Verzeichnisses über die Besetzung der Planstellen (§§ 39 und 40 RMWB) nachzuweisen. Anträge auf Zuteilung weiterer Stellen für Ersatz- und Ergänzungskräfte sind jeweils mit der Vorlage der Nachweisungen über den Personalbestand zu stellen; in der Zwischenzeit sind Anträge nur in dringenden Fällen zu stellen.“

2. Abs. 6 wird wie folgt geändert:

a) Im Abschnitt B: Zeile 9 und 10 erhalten folgende Fassung:

„Abs. 10 i. d. Fassung des Erl. vom 26. 2. 1941 — RMBl. S. 360 — (Ernennung zu Hilfspolizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft).“

b) Im Abschnitt C: Abs. 11 (Rangmäßige Eingliederung) wird gestrichen.

3. Bei Abs. 11 wird als Satz 2 eingefügt:

„Die Angestellten des Geschäftszimmerdienstes können, abweichend von der besonderen Dienstordnung zur TO. A für die Verwaltung und Betriebe im Geschäftsbereich des RMdJ. Ziff. 5 Abs. 3 (RMBl. 1938 S. 1890), auch in der VergGr. VIII TO. A ein-

gewiesen werden, wenn die Tätigkeitsmerkmale dieser VergGr. erfüllt sind.“

4. Abs. 12 Satz 1, 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„Die Ersatz- und Ergänzungskräfte brauchen nicht H-fähig zu sein. Die Vorschriften über das Höchst- und Mindestalter der Krim.-Angestellten (21 und 40 Jahre) gelten für sie nicht.“

5. Abs. 16 wird wie folgt geändert:

a) Bei Ziff. 12 wird folgendes angefügt:

„vom 23. 12. 1940 — RMBl. 1941 S. 23 — und vom 12. 6. 1941 — RMBl. S. 1071 —“,

b) als Ziff. 19 u. 20 wird angefügt:

„19. RdErl. über Übergangsbezüge entlassener Angehöriger der Heimat- und Schutzorganisationen vom 23. 1. 1941 — RMBl. S. 147 —,

20. RdErl. über Bestattung und Überführung gefallener oder verstorbener Angehöriger der Heimat- und Schutzorganisationen vom 9. 5. 1941 — RMBl. S. 864 —.“

6. Abs. 19 erhält folgende Fassung:

„1. Die Abfindung der Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis richtet sich nach dem RdErl. d. RMdJ. vom 13. 10. 1939 (RMBl. S. 2129) in der Fassung vom 28. 5., 30. 8., 23. 12. 1940 und 12. 6. 1941 (RMBl. S. 1064/40, 1746/40, 23/41 und 1071/41). Die bei der Sicherheitspolizei eingestellten Notdienstpflichtigen erhalten, ohne Rücksicht auf einen etwaigen H-Dienstgrad, die Vergütungssätze der Gruppe 2. Diese betragen innerhalb des Reichsgebiets täglich:

2. Bekleidungsentschädigung für Benutzung eigener Bekleidung

1. in bar 1,— RM

a) für Oberkleidung 0,60 „
nur wenn nicht dienstlich geliefert (vgl. Abs. 37 Ziff. 3)

b) für Stiefel 0,20 „
nur wenn nicht dienstlich geliefert (vgl. Abs. 37 Ziff. 3)

c) für Unterkleidung 0,20 „

3. a) für Selbstverpflegung am Heimatort 2,— „
(f. Angehörige des öffentlichen Dienstes jedoch nur 1,20 RM)

- b) für Selbstverpflegung außerhalb des Heimatortes . . . 3,— „
4. für auswärtige Übernachtung, wenn Unterkunft nicht gestellt wird,
- a) für die ersten 3 Wochen des Aufenthalts am selben Ort . . 2,— „
- b) nach Ablauf von 3 Wochen nur die tatsächlichen Auslagen, wenn diese niedriger sind.
2. Nach einjähriger Beschäftigung im Notdienst erhalten die Notdienstpflichtigen die Vergütungssätze der Gruppe 2a. Der Vergütungssatz in bar beträgt in dieser Gruppe 1,20 RM täglich; die übrigen Vergütungssätze sind die gleichen wie in der Gruppe 2.
3. Bei dienstlich gewährter Verpflegung kommt der Vergütungssatz für Selbstverpflegung in Fortfall.
4. Außerhalb der Reichsgrenzen mit Einschluß des Generalgouvernements eingesetzte Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis erhalten mit Wirkung vom 1. 1. 1941 an die Vergütungssätze in Landeswährung in der aus der Anlage D ersichtlichen Höhe. Soweit bisher höhere Sätze gezahlt wurden, bleiben diese in Ausgabe.
7. Bei Abs. 20 ist anzufügen:
- „Damit die Heimatbehörde den Ausgleichsbetrag abziehen kann, hat ihr die Beschäftigungsbehörde die Höhe der Barvergütung mitzuteilen. Bei außerhalb der Reichsgrenzen einschl. Generalgouvernement eingesetzten Notdienstpflichtigen ist die für das Inland zuständige Barvergütung maßgebend.“
8. Abs. 21 ist zu streichen.
9. Abs. 22 erhält von der zweitletzten Zeile ab folgende Fassung:
- „Ich auf den Erl. vom 13. 10. 1939 in der Fassung vom 28. 5., 30. 8., 23. 12. 1940 und 12. 6. 1941 (RMBl. S. 1061/40, 1746/40, 23/41 und 1071/41).“
10. In Abs. 23 Satz 1 werden die Worte „und die im Generalgouvernement besonders zustehenden Zuschüsse (Abs. 21)“ gestrichen. Satz 2 erhält folgende Fassung:
- „Bei Entlassung vor Ablauf der Monatshälfte sind die überzahlten Beträge, soweit sie nicht auf die Übergangsbezüge angerechnet werden können, in Ausgabe zu belassen.“
11. In Abs. 24 Ziff. 1 sind die Worte:
- „an H-Männer bis nach Reisekostenstufe III an H-Unter- u. H-Obersturmführer“ zu streichen.
12. In Abs. 25 wird folgendes geändert:
- a) Als Ziff. 2 wird angefügt:
- „2. Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis, deren Krankenversicherung sich nach § 4 Nr. 2 der 2. DDO. regelt, sind von der Verpflichtung, für den Krankenschein und das Arzneiverordnungsblatt eine Gebühr zu entrichten, befreit. Die Befreiung von der Krankenscheingebühr gilt auch für die Familienkrankenpflege. Diese Vorschrift ist auch auf laufende Versicherungsfälle anzuwenden. (DDO. des Reichsarbeitsministers vom 26. 2. 1940 — RMBl. S. II 90 —).“
- b) Die gegenwärtige Fassung wird Ziff. 1.
13. In Abs. 26 erhält der Satz 2 folgenden Wortlaut:
- „In den eingegliederten Ostgebieten kann ein Zuschlag bis zu 10 Tagen und in den besetzten Nord- und Westgebieten ein Zuschlag bis zu 12 Tagen bewilligt werden, wenn der Notdienstpflichtige aus dem Altreich stammt oder seine Angehörigen im Altreich hat und seinen Urlaub im Altreich verbringt. Bei Urlaubsreisen mit einer Entfernung von über 150 Eisenbahnkilometern können allge-

mein ein Reisetag und, sofern das Reiseziel nicht an einem Tage zu erreichen ist, 2 Reisetage für die Hin- und Rückreise (insgesamt) zusätzlich gewährt werden. Für die besetzten Südostgebiete ist bis Ende September 1941 durch Erl. vom 15. 5. 1941 — I A 1 Nr. 132/41 — (nicht veröffentl.) eine besondere Urlaubsregelung getroffen worden (erhöhter Heimaturlaub von 12 Tagen je Vierteljahr). Sie wird zur gegebenen Zeit erweitert werden.

14. Als Abs. 26a wird eingefügt:

- „1. Bei Urlaub und Dienstbefreiung werden die Vergütung in bar, die Bekleidungsentschädigung und die Vergütung für Selbstverpflegung weiter gezahlt. Daneben werden die am Dienstort weiterlaufenden tatsächlichen Auslagen für Unterkunft in Grenzen bis zu 2,— RM erstattet. Wird der Urlaub bei Familienangehörigen verbracht, so wird — mit Ausnahme der Reisetage — nur der am Heimatort zustehende Vergütungssatz (2,— RM, bei Notdienstpflichtigen des öffentlichen Dienstes 1,20 RM täglich) gewährt. Die außerhalb der Reichsgrenzen einschl. Generalgouvernement eingesetzten Notdienstpflichtigen erhalten während des Urlaubs und der Dienstbefreiung die Barvergütung und Bekleidungsentschädigung nach den für das Verwendungsgebiet geltenden Sätzen. Die Geldabfindung für Selbstverpflegung ist, sofern nicht Verpflegung in Natur mitgegeben wird, nur bis zum Tage des Überschreitens der Reichsgrenze (dieser Tag ausschließlich) in Höhe des für das Verwendungsgebiet zuständigen Satzes zu zahlen. Bei der Rückkehr vom Urlaub aus dem Reichsgebiet in das besetzte Gebiet ist der für das Verwendungsgebiet zuständige Satz der Geldabfindung für Selbstverpflegung vom Tage des Überschreitens der Reichsgrenze an (dieser Tag einschließlich) zu zahlen. Für die Tage des Aufenthalts im Reichsgebiet sind die Vergütungssätze des Inlandes zuständig.“

2. In Krankheitsfällen sind die Vergütung in bar und die Bekleidungsentschädigung weiter zu zahlen. Ob und inwieweit die Vergütung für Selbstverpflegung und Übernachtung weiter zu zahlen ist, richtet sich nach den jeweiligen Umständen; bei Krankenhausbehandlung sind diese Entschädigungen nicht zu zahlen. Die tatsächlich entstandenen Kosten für die Beibehaltung der Wohnung können erstattet werden. Bei längerer Krankheit ist zu berichten.“

15. Als Abs. 27a wird eingefügt:

„Der RdErl. über Übergangsbezüge entlassener Angehöriger der Heimatschutzorganisationen vom 23. 1. 1941 (RMBl. S. 147) und der RdErl. über Bestattungen und Überführungen gefallener oder verstorbener Angehöriger der Heimatschutzorganisationen vom 9. 5. 1941 (RMBl. S. 864) gelten auch für die Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis bei der Sicherheitspolizei. Bei Entlassung außerhalb der Reichsgrenze erhalten die Notdienstpflichtigen, denen Übergangsbezüge auf Grund des RdErl. vom 23. 1. 1941 zustehen, diese Bezüge nicht in Landeswährung, sondern nach den in dem vorbezeichneten RdErl. festgesetzten Sätzen.“

16. Abs. 41 ist zu streichen.

17. In Abs. 43 ist folgende Ziffer 3 anzufügen:

„In dem RdErl. vom 9. 1. 1941 — S I C 1 Nr. 1/41 — und — S I E 1 Nr. 41/41 — 224 — 2 — Abs. 7 vorletzte Zeile sind die Worte „Unterteil 11“ zu streichen.“

18. Anlage C wird wie folgt geändert:

- a) Ziff. 1 Spalte 1 erhält folgende Fassung:

„Gehalts-(Vergütungs-)Zuschuß (RdErl. vom 6. 1. 1941 — RMBl. S. 136 — und vom 15. 2. 1941 — RMBl. S. 317 —).“

b) Ziff. 4 Spalte 1 erhält folgende Fassung:

„Protektorszulage (nur in Böhmen und Mähren, RdErl. vom 25. 10. 1940 — RBV. S. 268 —).“

c) Ziff. 5 Spalte 1 erhält folgenden Wortlaut:

„Aufbaulage (nur in den eingegliederten Ostgebieten ohne das Gebiet der bisherigen freien Stadt Danzig, RdErl. vom 25. 10. 1940 — RBV. S. 267 —).“

d) Ziff. 6 wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Verpflegungszuschuß und Mietzuschuß für Ledige in den eingegliederten Ostgebieten und im Protektorat (RdErl. vom 25. 10. 1940 — RBV. S. 268 —).“

e) Ziff. 6 Spalte 6 wird gestrichen und durch „Ja“ ersetzt.

f) Ziff. 7 I Spalte 6 erhält folgende Fassung:

„Vergütung nach Abf. 24.“

g) Ziff. 8 (Reisebeihilfen) Spalte 6 hinter „— RMBl. S. 1746 —“ ist einzufügen:

„und vom 23. 12. 1940 — RMBl. 1941 S. 23 —.“

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 117.

Neufassung: *)

Ersatz- und Ergänzungskräfte.

RdErl. des RSKHdDPol. im RMBl. v. 16. 10. 1940 in der Fassung vom 1. 7. 1941 — S II C 1 Nr. 268/41-224-2 —

A. Ermächtigung zur Einstellung von Ersatz- und Ergänzungskräften.

(1) Durch die Erlasse vom 14. 9. 1939 — S D 3 Nr. 323/39 — und vom 29. 9. 1939 — S D 3 Nr. 323/39 (Stapo) usw. — (nicht veröffentl.) sind die Dienststellen der Sicherheitspolizei ermächtigt worden, u. a. für jeden zum Einsatz in Polen abgeordneten Beamten und Angestellten eine Ersatzkraft einzustellen. Durch die bevorstehende Verletzung der Beamten und Angestellten in die eingegliederten Ostgebiete, die Einweisung in die Planstellen der Dienststellen im Generalgouvernement und die Abordnungen nach Norwegen und nach dem Westen wird eine Änderung dieser Ermächtigung notwendig. Die Ermächtigung kann jedoch nicht mehr allgemein, sondern nur für die einzelne Dienststelle auf Antrag ausgesprochen werden.

(2) Eine Ermächtigung zur Einstellung von Ersatzkräften kommt bei dringendem dienstlichen Bedürfnis in Betracht:

1. für die zum Kriegsdienst einschl. Geheimer Feldpolizei einberufenen Beamten, Angestellten und Arbeiter und
2. für die in die besetzten Gebiete (Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich usw.) abgeordneten Beamten und Angestellten und
3. bei der staatlichen Kriminalpolizei außerdem für die von den Kriminalpolizei(stellen) und Kriminalabteilungen zur Geheimen Staatspolizei abgeordneten Beamten.

(3) Ferner bin ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen bereit, die Dienststellen, denen es nicht möglich ist, die Planstellen für Beamte mit geeigneten Anwärtern zu besetzen, zu ermächtigen, im Rahmen eines Teils der freien Planstellen Ergänzungskräfte einzustellen.

(4) Als Ersatz- und Ergänzungskräfte gelten:

- a) die als Beamte auf Widerruf oder als Angestellte wieder eingestellten Ruhestandsbeamten,
- b) die auf Grund der bisherigen Ermächtigung im Wege der freien Vereinbarung als Ersatzkräfte eingestellten Angestellten einschl. der f. j. Angehörigen,
- c) die Notdienstpflichtigen und die Dienstverpflichteten,
- d) die Hilfspolizeibeamten und

*) Sonderabdrucke dieser Neufassung können von den Dienststellen in beschränktem Umfang beim RSKH angefordert werden.

e) bei der Geheimen Staatspolizei außerdem die Beamten der staatlichen Kriminalpolizei, die zur Geheimen Staatspolizei als Ersatz für eingesezte Beamte und Angestellte abgeordnet sind.

(5) 1. Die Ermächtigung zur Weiterbeschäftigung bereits eingestellter Ersatz- und Ergänzungskräfte der im Abf. 4 a—d genannten Art ist bis zum 10. 11. 1940 auf einem Formblatt nach dem beiliegenden Muster A) zu beantragen. Bis zur Erteilung der Ermächtigung dürfen neue Ersatz- und Ergänzungskräfte nicht eingestellt werden. Bleibt die Zahl der tatsächlich vorhandenen Arbeitskräfte nur wenig (etwa 10 v. H.) hinter den nach dem Kassenanschlag zustehenden Stellen zurück, so muß erwartet werden, daß die anfallenden Arbeiten von den vorhandenen Arbeitskräften mitgeleistet werden. Ich behalte mir vor, männliche Ersatz- und Ergänzungskräfte von hier aus zuzuweisen.

2. Um eine Übersicht über die Besetzung aller Kassenanschlagstellen der Sicherheitspolizei (ohne Kriminalpolizei) — Kap. 14 a — zu erhalten, haben auch diejenigen Kassenanschlagstellen, die keinen Antrag auf Ermächtigung zur Beschäftigung von Ersatz- und Ergänzungskräften stellen, das Formblatt Muster A (nachstehend abgedruckt) in zwei Stücken auszufertigen und dem Reichssicherheitshauptamt — Ref. I E 1 (alt) — bis zum 10. 11. 1940 einzureichen. Die Seite 1, Seite 2 unter VI und die Seite 4 sind dabei nicht auszufüllen.

3. Die Einstellung neuer Ersatz- und Ergänzungskräfte kann von den Dienststellen der staatl. Kriminalpolizei (Kap. 14) jeweils zum 1. d. Mts. mit einem Vordruck nach Formblatt Muster A Seite 1 und 4 beantragt werden. Den Kassenanschlagstellen der Sicherheitspolizei (Kap. 14 a) werden auf Grund von Nachweisungen über den Personalbestand, die in der Regel vierteljährlich eingefordert werden, besondere Stellen für Ersatz- und Ergänzungskräfte zugeteilt. Im Rahmen der zugeteilten Stellen können die Kassenanschlagstellen selbstständig Ersatz- und Ergänzungskräfte einstellen. Die Stellen und ihre Besetzung sind in einem besonderen Abschnitt der Planstellenüberwachungsliste und des Verzeichnisses über die Besetzung der Planstellen (§§ 39 und 40 RWB) nachzuweisen. Anträge auf Zuteilung weiterer Stellen für Ersatz- und Ergänzungskräfte sind jeweils mit der Vorlage der Nachweisungen über den Personalbestand zu stellen; in der Zwischenzeit sind Anträge nur in dringenden Fällen zu stellen.

B. Einstellung und Vergütung.

I. Die Ruhestandsbeamten.

(6) Die Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Beamtenrechts vom 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1603), die die Grundlage für die Wiederindienststellung von Ruhestandsbeamten als Beamte auf Widerruf bildet, ist durch die zweite Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Beamtenrechts vom 3. 5. 1940 (RGBl. I S. 732) neu gefaßt worden. Zu dieser zweiten Verordnung sind die Durchführungsbestimmungen vom 15. 5. 1940 (RGBl. I S. 796) und der Erlaß vom 17. 6. 1940 (RMBl. S. 1193) ergangen. Daneben sind von dem Erlaß über die Wiederverwendung von im Ruhestand befindlichen uniformierten Polizeivollzugsbeamten als Beamte auf Widerruf oder im Angestelltenverhältnis vom 8. 7. 1940 (RMBl. S. 1459) folgende Bestimmungen in der Sicherheitspolizei sinngemäß anzuwenden:

A. Ruhestandsbeamte im Beamtenverhältnis auf Widerruf:

- Abf. 1 Nr. 2 (keine Einweisung in Planstellen),
- Abf. 2 (kein Rechtsanspruch auf Verwendung als Beamter auf Widerruf),
- Abf. 4 (Neueinstellung von Beamten, die nach § 4 des BBG. vom 7. 4. 1933 oder der VO. zur Neuordnung des österr. Berufsbeamtentums — BBV. — vom 31. 5. 1938 entlassen sind, in einer Planstelle),
- Abf. 6 Nr. 2 (Art der Verwendung),
- Abf. 7 (Rechte und Pflichten),
- Abf. 8 (Amtsbezeichnung),
- Abf. 9 (Schriftform der Ernennung; erneute Vereidigung),

- Abf. 10 (Dienst- u. Versorgungsbezüge; BDA.),
 Abf. 11 ohne Nr. 6 u. 7 (Reisekostenvergütung; Trennungsentschädigung).
- B. Ruhestandsbeamte im Angestelltenverhältnis.**
- Abf. 1—5 (Auf Privatdienstvertrag einzustellende Ruhestandsbeamte),
 Abf. 6 (Wiederverwendung von Beamten, die wegen eines Dienststrafverfahrens oder eines strafgerichtlichen Urteils aus dem Dienst ausgeschieden sind),
 Abf. 7 (Art der Verwendung),
 Abf. 8 (Amtsbezeichnung),
 Abf. 9 (Verpflichtungserklärung),
 Abf. 10 i. d. Fassung des Erl. vom 26. 2. 1941 — RMBlD. S. 360 — (Ernennung zu Hilfspolizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft),
 Abf. 13 Nr. 1, 3 u. 4 (Dienstbezüge, Anwendung der Ruhevorschriften),
 Abf. 15 Nr. 1—3 (Reisekostenvergütung, Trennungsentschädigung),
 Abf. 17 (Angestellten-, Krankenversicherung; Beitragspflicht zum Reichsstock für Arbeitseinsatz),
 Abf. 18 (Heilfürsorge).

C. Allgemeine Bestimmungen für Ruhestandsbeamte im Widerrufs- bzw. Angestelltenverhältnis.

- Abf. 1. (Höchstalter),
 Abf. 2 (Feststellung der Dienstfähigkeit),
 Abf. 3 Nr. 1—3 (Beamtenrechtliche Voraussetzungen für die Wiederverwendung),
 Abf. 4 (Juden und jüdische Mischlinge),
 Abf. 5 (Nach § 4 des BBG. vom 7. 4. 1933 oder nach § 4 der BBV. vom 31. 5. 1938 entlassene oder in den Ruhestand versetzte Beamte),
 Abf. 6 (Auf Grund der §§ 5 oder 6 des BBG. oder der §§ 5 oder 6 der BBV. in den Ruhestand versetzte Beamte),
 Abf. 7 (Nach §§ 2, 2a und 3 BBG. und nach § 3 der BBV. entlassene oder in den Ruhestand versetzte Beamte),
 Abf. 12 (Beförderung nicht möglich),
 Abf. 15 (Polizeidienstauszeichnung, Vorschläge sind einstweilen nicht einzureichen),
 Abf. 16 Nr. 1 (Anerkennungsschreiben),
 Abf. 17 (Personalakten),
 Abf. 18 (Anzeige an die Regelungsbehörde; Rückzahlungsbeträge bei Kapitalabfindungen),
 Abf. 20 (Ruhestandsbeamte als Dienstwohnungsinhaber).

(7) Von der Einstellung von verwendbaren Ruhestandsbeamten, auch solchen der Schutzpolizei und Gendarmerie, als Beamte auf Widerruf oder als Angestellte ist weiterhin Gebrauch zu machen; bei der Einstellung als Kriminalangestellte gilt das Höchstalter von 40 Jahren nicht. Für Ruhestandsbeamte werde ich in jedem Falle Stellen für Ersatzkräfte bewilligen, muß mir aber vorbehalten, bei Überbesetzung der Dienststelle andere Kräfte abzugeben.

(8) Die Ruhestandsbeamten werden von dem Leiter der Beschäftigungsbehörde einberufen und entlassen. Jede Einberufung ist mir auf einem Formblatt nach Muster B) anzuzeigen; ebenso ist mir jede Entlassung mitzuteilen.

(9) Vollzugsbeamte im Ruhestand, die als Angestellte einzustellen sind, werden in der Regel nach der Dienstordnung für Kriminalangestellte vom 15. 10. 1937 (vgl. meinen nicht veröffentl. Erlaß vom gleichen Tage — S-D 2 Nr. 17/37 —) ihrer Verwendung entsprechend abzufinden sein.

II. Die durch freie Vereinbarung im Angestelltenverhältnis eingestellten Ersatz- und Ergänzungskräfte.

(10) Nach der Anordnung des Reichstreuhanders für den öffentlichen Dienst vom 22. 1. 1940 (RMBlD. S. 45 und

RMBlD. S. 287) sind Angestellte, die auf Grund der bisherigen Ermächtigungen nach dem 25. 8. 1939 als Ersatz- oder Ergänzungskräfte eingestellt worden sind, Aushilfsangestellte. Von der Ermächtigung in II der Anordnung des Reichstreuhanders, niedrigere Tariffähigkeit zu zahlen, beabsichtige ich keinen Gebrauch zu machen. Es sind vielmehr für Aushilfsangestellte im Kriminaldienst die Vergütungsätze in der Dienstordnung für Kriminalangestellte und für die übrigen Aushilfsangestellten die Tariffähigkeit der TO. A zugrunde zu legen.

(11) Die Kriminalangestellten sind grundsätzlich in den Grundvergütungsatz von 2000 RM und die Angestellten des Geschäftszimmerdienstes usw. in die Verg.-Gr. IX TO. A einzuweisen. Die Angestellten des Geschäftszimmerdienstes können, abweichend von der besonderen Dienstordnung zur TO. A für die Verwaltung und Betriebe im Geschäftsbereich des RMdJ. Ziff. 5 Abf. 3 (RMBlD. 1938 S. 1890), auch in die VergGr. VIII TO. A eingewiesen werden, wenn die Tätigkeitsmerkmale dieser VergGr. erfüllt sind. Falls die Einreihung in höhere Vergütungsgruppen auf Grund der Tätigkeitsmerkmale der Dienstordnung für Kriminalangestellte oder der TO. A für notwendig erachtet wird, ist dies besonders zu beantragen.

(12) Die Ersatz- und Ergänzungskräfte brauchen nicht unfähig zu sein. Die Vorschriften über das Höchst- und Mindestalter der Kriminalangestellten (21 und 40 Jahre) gelten für sie nicht. Jede Einstellung von Angestellten ist sofort anzuzeigen; hierbei sind anzugeben: Name, Vorname, Geburtstag und -jahr, Familienstand, bisheriger Beruf, Dienstantritt, Vergütungsgruppe und für wen als Ersatzkraft eingestellt; ebenso ist mir jede Entlassung mitzuteilen.

(13) Da § 1 Abf. 4 a der TO. A, der im allgemeinen die Regelung der Rechtsverhältnisse der Aushilfsangestellten für die ersten sechs Monate der Besonderen Dienstordnung überläßt, auf die Ersatz- und Ergänzungskräfte keine Anwendung findet, entfällt für die Ersatz- und Ergänzungskräfte auch die Bestimmung in Nr. 2 der BDO. zur TO. A — Anl. 2 zum Rundverlaß vom 14. 11. 1938 (RMBlD. S. 1885) —; es können ihnen daher in den ersten sechs Monaten die Verdienstzeiten (§ 7 ADO.) angerechnet und Erholungsurlaub gewährt werden. Die Kündigungsfrist wird für die Dauer der Aushilfstätigkeit, ohne Rücksicht auf Verdienstzeiten, auf zwei Wochen zum Monatschluß festgesetzt.

(14) Den Ersatz- und Ergänzungskräften ist von dieser Regelung unverzüglich schriftlich Mitteilung zu machen. Bei den künftig einzustellenden Aushilfsangestellten sind in den Arbeitsverträgen die obigen Abweichungen von den Tarifbestimmungen ausdrücklich zu vereinbaren. Die zusätzliche Vereinbarung ist aufzuheben, wenn Aushilfsangestellte in freie Angestelltenstellen übernommen werden.

(15) Ersatz- und Ergänzungskräfte im Angestelltenverhältnis sind auch die Angehörigen des HJ-Streifendienstes.

Die Erlasse

- vom 8. 9. 1939 — S D 3 Nr. 315/39 — (Grundsätzliche Regelung über Einstellung und Art der Beschäftigung),
 vom 5. 10. 1939 — S D 3 Nr. 315 VI/39 — (Überführung in das Beamtenanwärterverhältnis),
 vom 24. 10. 1939 — S I D 2 Nr. 8208/39 usw. — (Vergütung),
 vom 18. 6. 1940 — I E 2 Nr. 16 517/40-291-13 — (Vergütung; Berechnung des Tagesentgelts)

bleiben in Geltung.

III. Die Notdienstpflichtigen und die Dienstverpflichteten.

A. Die rechtlichen Grundlagen.

(16) Schon mein Erlaß vom 29. 9. 1939 enthält grundsätzliche Ausführungen über die Notdienstpflichtigen. Inzwischen haben die Vorschriften über die Notdienstpflichtigen eine erhebliche Ausweitung erfahren. Es kommen insgesamt folgende Bestimmungen in Betracht:

1. Notdienstverordnung vom 15. 10. 1938 — RGBl. I S. 1441 —,
2. Bekanntmachung der Behörden, die Notdienstleistungen fordern können, vom 8. 7. 1939 — RGBl. I S. 1204 —,

3. 1. DDO. zur Notdienstverordnung vom 15. 9. 1939 — RGBl. I S. 1775 —,
4. 2. DDO. (Sozialversicherung der Notdienstpflichtigen) vom 10. 10. 1939 — RGBl. I S. 2018 —,
5. 3. DDO. (Vergütung bei Heranziehung zum langfristigen Notdienst) vom 14. 10. 1939 — RGBl. I S. 2049 —,
6. Verordnung zur Einführung der Notdienstverordnung im Protektorat Böhmen und Mähren vom 25. 11. 1939 — RGBl. I S. 2300 —,
7. 4. DDO. (Sondervorschriften für das Protektorat Böhmen und Mähren) vom 25. 11. 1939 — RGBl. I S. 2301 —,
8. 5. DDO. (Sozialversicherung der in und aus dem Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren eingesetzten Notdienstpflichtigen vom 4. 1. 1940 — RGBl. I S. 27 —,
9. 6. DDO. (Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung bei Heranziehung zum langfristigen Notdienst) vom 22. 5. 1940 — RGBl. I S. 815 —,
10. 7. DDO. vom 22. 5. 1940 — RGBl. I S. 818 —,
11. RdErlaß über Notdienstleistungen ausländischer Staatsangehöriger vom 15. 8. 1939 — RMBl. S. 1771 —,
12. RdErlaß über Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen für Notdienstpflichtige, die auf Grund der Notdienstverordnung herangezogen werden, vom 13. 10. 1939 i. d. F. der Rdeklasse vom 28. 5. 1940 — RMBl. S. 1061 —, vom 30. 8. 1940 — RMBl. S. 1746 —, vom 23. 12. 1940 — RMBl. S. 23 — und vom 12. 6. 1941 — RMBl. S. 1071 —,
13. Rdekl. über Heranziehung von Notaren zum langfristigen Notdienst vom 11. 12. 1939 — RMBl. S. 2539 —,
14. Rdekl. über Notdienstleistung von Ärzten zur ärztlichen Versorgung der Zivilbevölkerung vom 18. 3. 1940 — RMBl. S. 661 —,
15. Rdekl. über Heranziehung Jugendlicher zu Dienstleistungen im Notdienst und im Luftschutz vom 19. 6. 1940 — RMBl. S. 1240 —,
16. Rdekl. über Notdienstbeordnungen von Zahnärzten und Dentisten vom 5. 7. 1940 — RMBl. S. 1436 —,
17. DDO. zur Einführung der Notdienstverordnung nebst Durchführungsvorschriften in den eingegl. Ostgebieten vom 14. 7. 1940 — RGBl. I S. 1019 —,
18. Rdekl. über Reisekosten und Krankenkassenbeiträge für notdienstverpflichtete Hilfskassenärzte vom 20. 9. 1940 — RMBl. S. 1859 —,
19. Rdekl. über Übergangsbezüge entlassener Angehöriger der Heimatchutzorganisationen vom 23. 1. 1941 — RMBl. S. 147 —,
20. Rdekl. über Bestattung und Überführung gefallener oder verstorbenen Angehöriger der Heimatchutzorganisationen vom 9. 5. 1941 — RMBl. S. 864 —.

(17) Die seit dem Erlaß vom 29. 9. 1939 ergangenen Vorschriften halten an der Unterscheidung zwischen

Notdienstpflichtigen, die ohne Begründung eines einem Arbeitsvertrag entsprechenden Beschäftigungsverhältnisses herangezogen werden (Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis) und

Notdienstpflichtigen, die unter Begründung eines einem Arbeitsvertrag entsprechenden Beschäftigungsverhältnisses herangezogen werden (Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis)

fest. Bei der Sicherheitspolizei sind Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis die gegenwärtigen Ersatz- und Ergänzungskräfte der Grenzpolizei, die zum Notdienst herangezogenen Beamten des öffentl. Dienstes und die Ersatz- und Ergänzungskräfte, die bei der Zuweisung ausdrücklich als Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis bezeichnet werden; alle anderen sind Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis.

(18) 1. Neben den Notdienstpflichtigen bestehen die Dienstverpflichteten, die auf Grund der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 13. 2. 1939

(RGBl. I S. 206), im folgenden kurz Kräftebedarfsverordnung genannt, herangezogen sind. Die Kräftebedarfsverordnung ist durch die 1. Durchführungsanordnung vom 2. 3. 1939 (RGBl. I S. 403) ausgeführt und ergänzt worden.

2. Die Heranziehung auf Grund der Kräftebedarfsverordnung erfolgt durch das Arbeitsamt unmittelbar (§ 1 Abs. 1 der Kräftebedarfsverordnung). Die Voraussetzungen für die Anwendung der Notdienstverordnung und der Kräftebedarfsverordnung sind nicht scharf gegeneinander abgegrenzt. Als Bedarfstellen können die Staatspolizei(leit)stellen, die Kriminalpolizei(leit)stellen und die SD(Leit)Abchnitte nach den Grundsätzen über die Verteilung und den Einsatz der Bevölkerung im Kriege von den Arbeitsämtern die Bereitstellung von Ersatz- und Ergänzungskräften verlangen.

B. Abfindung der Notdienstpflichtigen.

a) Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis.

(19) 1. Die Abfindung der Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis richtet sich nach dem Rdekl. d. RMdJ. vom 13. 10. 1939 (RMBl. S. 2129) in der Fassung vom 28. 5., 30. 8., 23. 12. 1940 und 12. 6. 1941 (RMBl. S. 1064/40, 1746/40, 23/41 und 1071/41). Die bei der Sicherheitspolizei eingestellten Notdienstpflichtigen erhalten, ohne Rücksicht auf einen etwaigen H-Dienstgrad, die Vergütungssätze der Gruppe 2. Diese betragen innerhalb des Reichsgebiets täglich:

- | | |
|--|---|
| 1. in bar | 1,— RM |
| 2. Bekleidungsentschädigung für Benutzung eigener Bekleidung | |
| a) für Oberkleidung | nur wenn nicht dienstlich geliefert (vgl. Abs. 37 Ziff. 3) 0,60 " |
| b) für Stiefel | 0,20 " |
| c) für Unterkleidung | 0,20 " |
| 3. a) für Selbstverpflegung am Heimort | 2,— " |
| (für Angehörige des öffentlichen Dienstes jedoch nur 1,20 RM) | |
| b) für Selbstverpflegung außerhalb des Heimortes | 3,— " |
| 4. für auswärtige Übernachtung, wenn Unterkunft nicht gestellt wird: | |
| a) für die ersten 3 Wochen des Aufenthalts am selben Ort | 2,— " |
| b) nach Ablauf von 3 Wochen nur die tatsächlichen Auslagen, wenn diese niedriger sind. | |

2. Nach einjähriger Beschäftigung im Notdienst erhalten die Notdienstpflichtigen die Vergütungssätze der Gruppe 2 a. Der Vergütungssatz in bar beträgt in dieser Gruppe 1,20 RM täglich; die übrigen Vergütungssätze sind die gleichen wie in der Gruppe 2.

3. Bei dienstlich gewährter Verpflegung kommt der Vergütungssatz für Selbstverpflegung in Fortfall.

4. Außerhalb der Reichsgrenzen mit Einschluß des Generalgouvernements eingesetzte Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis erhalten mit Wirkung vom 1. 1. 1941 an die Vergütungssätze in Landeswährung in der aus der Anlage D ersichtlichen Höhe. Soweit bisher höhere Sätze gezahlt wurden, bleiben diese in Ausgabe.

(20) Den aus dem öffentlichen Dienst herangezogenen Notdienstpflichtigen können dieser Vergütungssätze ebenfalls gezahlt werden. Wird ihnen die Vergütung „in bar“ für eine zusammenhängende Zeitspanne von mehr als einer Woche gewährt, so wird für die darüber hinausgehende Zeit von ihren Dienstbezügen ein Ausgleichsbetrag abgezogen (§ 1 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 1 a der 3. DDO. in der Fassung der 7. DDO. § 3 Ziff. 1 u. 2). Damit die Heimatbehörde den Ausgleichsbetrag abziehen kann, hat ihr die Beschäftigungsbehörde die Höhe der Barvergütung mitzuteilen. Bei außerhalb der Reichsgrenzen einschl. Generalgouvernement eingesetzten Notdienstpflichtigen ist die für das Inland zuständige Barvergütung maßgebend.

(21) gestrichen.

(22) Hinsichtlich der auswärtigen Übernachtung, der Selbstunterbringung, der Selbstverpflegung und Gemeinschaftsverpflegung, des Familienunterhalts, der Weiterzahlung der Vergütungsfähigkeit bei Urlaub und der Reisebeihilfen verweise ich auf den Erlass vom 13. 10. 1939 in der Fassung vom 28. 5., 30. 8., 23. 12. 1940 und vom 12. 6. 1941 (RMBl. D. S. 1061/40, 1746/40, 23/41 u. 1071/41).

(23) Die Vergütungen sind am 1. und 15. jeden Monats im Voraus zu zahlen. Bei Entlassung vor Ablauf der Monatshälfte sind die überzahlten Beträge, soweit sie nicht auf die Übergangsbezüge angerechnet werden können, in Ausgabe zu belassen. Sämtliche Vergütungen sind lohnsteuerfrei.

(24) 1. Für die Dienstantrittsreise sowie für die Rückreise nach Beendigung des Notdienstverhältnisses ist Reisekostenvergütung nach § 4 Abs. 1 der 3. DVO. zuständig; bei Ausführung von Dienstreisen ist Reisekostenvergütung nach den Reisekostenbestimmungen zu zahlen, und zwar nach Reisekostenstufe V. Die Vergütungen nach Abs. 19 und 37 werden weitergezahlt; auf die Reisekostenvergütung sind jedoch von dem Satz für Selbstverpflegung in sinngemäßer Anwendung der Nr. 13 Abs. 2 der Abordnungsbestimmungen vom 16. 12. 1933 — RStB. S. 200 — in der Fassung vom 22. 3. 1939 — RStB. S. 72 — je nach der Dauer der Abwesenheit $\frac{2}{10}$ bis $\frac{4}{10}$ anzurechnen.

2. Trennungsschädigung und Beschäftigungsvergütung darf nicht gezahlt werden, weil dafür die Vergütungsfähigkeit für Verpflegung und Unterkunft gewährt werden.

(25) 1. Werden für die Dauer der Beschäftigung im Notdienst die bisherigen Dienstbezüge von der früheren Beschäftigungsstelle weitergezahlt, so bleibt das bestehende Sozialversicherungsverhältnis unberührt (§ 2 der 2. DVO.); werden die Dienstbezüge nicht weitergezahlt, so gilt § 4 der 2. DVO. Die zusätzliche Versorgung der aus dem öffentlichen Dienst herangezogenen Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis ist in § 1 der 6. DVO. geregelt.

2. Notdienstpflichtige, die in einem Notdienstverhältnis ohne Beschäftigungsverhältnis stehen und deren Krankenversicherung sich nach § 4 Nr. 2 der 2. DVO. regelt, sind von der Verpflichtung, für den Krankenschein und das Arzneiverordnungsblatt eine Gebühr zu entrichten, befreit. Die Befreiung von der Krankenscheingebühr gilt auch für die Familienkrankenpflege. Diese Vorschrift ist auch auf laufende Versicherungsfälle anzuwenden (VO. des Reichsarbeitsministers vom 26. 2. 1940 — RStBl. S. II 90 —).

(26) Nach einer Notdienstzeit von drei Monaten kann dem Notdienstpflichtigen ein Erholungsurlaub bis zu 28 Kalendertagen einschl. der Reisetage im Jahre, gerechnet vom Tage der Einstellung an, gewährt werden. In den eingegliederten Ostgebieten kann ein Zuschlag bis zu 10 Tagen und in den besetzten Nord- und Westgebieten ein Zuschlag bis zu 12 Tagen bewilligt werden, wenn der Notdienstpflichtige aus dem Altreich stammt oder seine Angehörigen im Altreich hat und seinen Urlaub im Altreich verbringt. Bei Urlaubsreisen mit einer Entfernung von über 150 Eisenbahnkilometern können allgemein ein Reisetag und sofern das Reiseziel nicht an einem Tage zu erreichen ist, 2 Reisetage für die Hin- und Rückreise (insgesamt) zusätzlich gewährt werden. Für die besetzten Südostgebiete ist bis Ende September 1941 durch Erlass vom 15. 5. 1941 — I A 1 Nr. 132/41 — (nicht veröffentlicht) eine besondere Urlaubsregelung getroffen worden (erhöhter Heimaturlaub von 12 Tagen je Vierteljahr). Sie wird zur gegebenen Zeit erweitert werden. Im Generalgouvernement kann dem Notdienstpflichtigen in jedem Vierteljahr ein Urlaub von zwölf Tagen — einschl. Hin- und Rückreise —, bei einer Beschäftigungsdauer von über sechs Monaten in je zwei weiteren Monaten derselbe Urlaub gewährt werden.

(26a) 1. Bei Urlaub und Dienstbefreiung werden die Vergütung in bar, die Bekleidungsschädigung und die Vergütung für Selbstverpflegung weitergezahlt. Daneben werden die am Dienstort weiterlaufenden tatsächlichen Auslagen für Unterkunft in Grenzen bis zu

2. RM erstattet. Wird der Urlaub bei Familienangehörigen verbracht, so wird — mit Ausnahme der Reisetage — nur der am Heimatort zustehende Verpflegungssatz (2. RM, bei Notdienstpflichtigen des öffentlichen Dienstes 1,20 RM täglich) gewährt. Die außerhalb der Reichsgrenzen einschließlich Generalgouvernement eingesetzten Notdienstpflichtigen erhalten während des Urlaubs und der Dienstbefreiung die Barvergütung und Bekleidungsschädigung nach den für das Verwendungsgebiet geltenden Sätzen. Die Geldabfindung für Selbstverpflegung ist, sofern nicht Verpflegung in Natur mitgegeben wird, nur bis zum Tage des Überschreitens der Reichsgrenze (dieser Tag ausschließlich) in Höhe des für das Verwendungsgebiet zuständigen Satzes zu zahlen. Bei der Rückkehr vom Urlaub aus dem Reichsgebiet in das besetzte Gebiet ist der für das Verwendungsgebiet zuständige Satz der Geldabfindung für Selbstverpflegung vom Tage des Überschreitens der Reichsgrenze an (dieser Tag einschließlich) zu zahlen. Für die Tage des Aufenthalts im Reichsgebiet sind die Verpflegungsfähigkeit des Inlandes zuständig.

2. In Krankheitsfällen sind die Vergütung in bar und die Bekleidungsschädigung weiter zu zahlen. Ob und inwieweit die Vergütung für Selbstverpflegung und Übernachtung weiter zu zahlen ist, richtet sich nach den jeweiligen Umständen. Bei Krankenhausbehandlung sind diese Entschädigungen nicht zu zahlen. Die tatsächlich entstandenen Kosten für die Beibehaltung der Wohnung können erstattet werden. Bei längerer Krankheit ist zu berichten.

(27) In § 1 der 7. DVO. sind die obersten Reichsbehörden ermächtigt worden, für die Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis Dienststrafbestimmungen zu erlassen. Solche Bestimmungen sind bei der Sicherheitspolizei nicht notwendig, weil die Vorschriften über die H- und Polizeigerichtsbarkeit ausreichen (Verordnung vom 17. 10. 1939 — RStBl. I S. 2107 — und Befehlsblatt des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD 1940 S. 35).

(27a) Der RdErl. über Übergangsbezüge entlassener Angehöriger der Heimatschutzorganisationen vom 23. 1. 1941 (RMBl. D. S. 147) und der RdErl. über Bestattungen und Überführungen gefallener oder verstorbener Angehöriger der Heimatschutzorganisationen vom 9. 5. 1941 (RMBl. D. S. 864) gelten auch für die Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis bei der Sicherheitspolizei. Bei Entlassungen außerhalb der Reichsgrenze erhalten die Notdienstpflichtigen, denen Übergangsbezüge auf Grund des RdErl. vom 23. 1. 1941 zustehen, diese Bezüge nicht in Landeswährung, sondern nach den in dem vorbezeichneten RdErl. festgesetzten Sätzen.

b) Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis.

(28) Für die Vergütung der Notdienstpflichtigen mit Beschäftigungsverhältnis gelten die für ein entsprechendes Arbeitsverhältnis gültigen Tarif- und Dienstordnungen (TO. A., Dienstordnung für Kräfteangestellte usw.) sinngemäß. Neben diesen Dienstbezügen ist, wenn die Voraussetzungen vorliegen, Familienunterhalt zuständig.

(29) Nach § 3 Abs. 2 letzter Satz der 3. DVO. durfte bisher Beschäftigungsvergütung an Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis nicht gezahlt werden. Diese Vorschrift ist durch § 3 Ziff. 3 der 7. DVO. geändert worden; es kann nunmehr Beschäftigungsvergütung gewährt werden, wenn dies notwendig erscheint. Ich habe keine Bedenken dagegen, daß an Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis bei Abordnung oder bei auswärtigem Einsatz außerhalb des Einstellungsortes Beschäftigungsvergütung in der gleichen Höhe gezahlt wird, wie sie Angestellte nach den Bestimmungen über Vergütung bei vorübergehender auswärtiger Beschäftigung der Beamten vom 16. 12. 1933 — RStB. S. 200 — erhalten können (Nr. 4 RDO. zu § TO. A.).

(30) 1. Zahlt die frühere Beschäftigungsstelle die bisherigen Dienstbezüge an den Notdienstpflichtigen weiter, so bleibt das bestehende Sozialversicherungsverhältnis unberührt (§ 2 der 2. DVO.). Zahlt die frühere Beschäftigungsstelle die Dienstbezüge nicht weiter, so finden auf das Notdienstverhältnis die allgemeinen Sozialversicherungsvorschriften

ten sinngemäß Anwendung (§ 3 der 2. DDO.); jedoch bleiben Personen, die vor der Heranziehung zum Notdienst der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung unterlagen, aber auf Grund des Notdienstes eine invalidenversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, für die Dauer des Notdienstes in ihrem bisherigen Versicherungszweig versichert (§ 3 Abs. 1 der 2. DDO.); maßgebend für die Höhe des Beitrages ist der zuletzt an den bisherigen Versicherungsträger gezahlte Beitrag. War dagegen der Notdienstpflichtige vorher invalidenversicherungspflichtig und übt er während des Notdienstes eine angestelltenversicherungspflichtige Tätigkeit aus, so ist er angestelltenversicherungspflichtig nach seinem jeweiligen Einkommen. Bei der Berechnung der Beiträge zur Krankenversicherung und zum Reichsstock für Arbeitsersatz ist bei Notdienstpflichtigen mit Beschäftigungsverhältnis das Einkommen aus dem Notdienstverhältnis zugrunde zu legen.

2. Die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung (6. DDO.) gilt nur für die aus dem öffentlichen Dienst herangezogenen Angestellten und Arbeiter. Beiträge zur zusätzlichen Versorgung sind nur dann zu entrichten, wenn im bisherigen Beschäftigungsverhältnis eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung vorgesehen war (§ 2 Abs. 1 letzter Satz der 6. DDO.).

3. Bei der zusätzlichen Versorgung richtet sich die Höhe des Beitrages in jedem Falle nach den aus dem bisherigen Beschäftigungsverhältnis zustehenden Bezügen (§ 2 Ziff. 2 der 6. DDO.). Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes und sonstige Personen unterliegen nicht der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung (§ 3 der 6. DDO.).

(31) Kommt es in den anzuwendenden Tarif- und Dienstordnungsbestimmungen auf die Dauer der Dienstzeit an (z. B. Urlaub und Krankheit), so soll bei der Berechnung auch die Dauer der Beschäftigung bei der Beschäftigungsstelle angerechnet werden, bei der sich der Notdienstpflichtige vor seiner Heranziehung zuletzt befand (§ 4 der 7. DDO.). Für die Gewährung von Erholungsurlaub sind die für ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis geltenden Tarif- und Dienstordnungen maßgebend (§ 2 Abs. 1 der 7. DDO.).

c) Die Dienstverpflichteten.

(32) Während beim langfristigen Notdienst das frühere Beschäftigungsverhältnis bestehen bleibt und der Notdienstpflichtige nur beurlaubt wird, erlischt bei Dienstverpflichtung von unbefristeter Dauer auf Grund der Kräftebedarfsverordnung das bisherige Beschäftigungsverhältnis. Für das neue Dienstverhältnis gelten die für die neue Arbeitsstelle zuständigen Tarif- oder Dienstordnungen (§ 2 Abs. 1 bis 3 der Kräftebedarfsverordnung).

IV. Die Hilfspolizeibeamten.

(33) Die Einstellung von Hilfspolizeibeamten ist nur bei auswärtigem Einsatz der Sicherheitspolizei in besonderen Fällen zulässig. Für die Einstellung und Entlohnung der Hilfspolizeibeamten gelten ausschließlich die Bestimmungen in XVI der Vorschrift über den Wirtschaftsverwaltungsdienst beim auswärtigen Einsatz vom 14. 5. 1940 — Befehlsblatt S. 21 —.

V. Gemeinsame Vorschriften.

(34) Die zustehenden Zulagen und Aufwandsentschädigungen, die Reisekostenergütung, Trennungschädigung, Beschäftigungsergütung, Reisebeihilfen, die Fahrtberechtigung auf den öffentlichen Verkehrsmitteln, die Regelung über Notstandsbeihilfen und Unterstützungen und über die Weiterzahlung der Bezüge bei Einberufung zum Wehrdienst ergeben sich aus der Übersicht Anlage C.

(35) Für die Ersatz- und Ergänzungskräfte mit eigenem Hausstand ist der Umzug vorläufig nicht anzuordnen.

(36) Die örtlich abgestuften Einkommensanteile (Wohnungsgeldzuschuß und Sonderzuschlag) werden nach der Ortsklasse des Einstellungsortes und an Ersatz- und Ergänzungskräfte mit eigenem Hausstand im Sinne der Nr. 8 der Abordnungsbestimmungen nach der Ortsklasse des bisherigen Wohnortes (Wohnort der Familie) gezahlt.

(37) 1. Für die Ausstattung der Ersatz- und Ergänzungskräfte, auch der Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis, in Böhmen und Mähren, in den eingegli. Ostgebieten und im Generalgouvernement mit Dienstkleidung gelten die Erlasse vom 16. 2. 1940 und 26. 3. 1940 — S I E 2 Nr. 8823/39 —. Bei der Entlassung von Ersatz- und Ergänzungskräften ist aber weder die Lastschrift einzuziehen noch die Gutschrift auszusahlen; die Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke sind in gereinigtem Zustande an die Bekleidungsstelle zurückzugeben.

2. Der Geldwert der bisher getragenen Uniform ist durch Abschätzung zu ermitteln (Anl. 2 zur DDO. 1 II. Teil). Das Kleidergeld steht den Ersatz- und Ergänzungskräften vom Tage der Einstellung, frühestens vom 1. 1. 1940 an, zu.

3. Die Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis in den anderen Gebieten des Reichs konnten nur unvollständig mit Dienstkleidung ausgestattet werden. Es ist auch nicht beabsichtigt, die Dienstkleidung vor der allgemeinen Uniformierung der Sicherheitspolizei zu ergänzen oder zu erneuern. Diese Notdienstpflichtigen sind daher in steigendem Maße auf eigene Kleidung angewiesen. Ich bin deshalb damit einverstanden, daß vom 1. 10. 1940 an, außer den Vergütungsfällen nach Abs. 19, bei Benutzung eigener Bekleidung eine tägliche Bekleidungsentschädigung gezahlt wird:

a) für Oberbekleidung von 0,60 RM,

b) für Stiefel von 0,20 RM.

(38) Die Befoldung der als Widerrufsbeamten wieder in den Dienst gestellten Ruhestandsbeamten ist bei Titel 3, die Bezüge der im Angestelltenverhältnis eingestellten Ruhestandsbeamten, der durch freie Vereinbarung oder auf Grund der Kräftebedarfsverordnung im Angestelltenverhältnis eingestellten Ersatz- und Ergänzungskräfte und der Notdienstpflichtigen mit und ohne Beschäftigungsverhältnis sind bei Titel 4 und die Bezüge der Hilfspolizeibeamten bei Titel 10, und zwar bei den Titeln 3 und 4 in einer besonderen Spalte, zu buchen. Ebenso ist das pauschale Bewegungsgeld der Ersatz- und Ergänzungskräfte im Kriminaldienst bei Titel 32 Unterteil 1 in einer besonderen Spalte zu buchen. Im übrigen gilt die Buchungstafel zum Reichshaushalt der Polizei. Bei der staatl. Kriminalpolizei kommt Kap. 14 und bei der Sicherheitspolizei (ohne staatl. Kriminalpolizei) Kap. 14 a in Betracht.

(39) Soweit bei der Abfindung der Ersatz- und Ergänzungskräfte anders verfahren wurde, kann von einem Ausgleich abgesehen werden.

C. Schlußbestimmungen.

(40) Im Angestelltenverhältnis eingestellte und notdienstpflichtige Ersatz- und Ergänzungskräfte, die sich für den Dienst in der Sicherheitspolizei eignen, sind möglichst für dauernd als Beamtenanwärter oder Kriminalangestellte in die Sicherheitspolizei zu übernehmen. Sie müssen dann in freien Stellen des Kasernenanfalls geführt werden.

(41) gestrichen.

(42) Das Formblatt Muster A kann vom Reichssicherheitshauptamt — Referat II C 4 (Materialverwaltung) — bezogen werden.

(43). 1. Es werden aufgehoben

der Erlaß vom 14. 9. 1939 — S D Nr. 323/39 —,

der Erlaß vom 29. 9. 1939 — S D 3 Nr. 323/39 (Stapo) usw. —,

der Erlaß vom 10. 1. 1940 — IV/III H B Nr. 21 926 —,

der Erlaß vom 23. 1. 1940 — I D 3 Nr. 323 III/39 —,

— I D 4 Nr. 4872(39)/39-401-36 —,

der Erlaß vom 13. 4. 1940 — I E 2 Nr. 19 915/40-298-2 —,

der Erlaß vom 23. 2. 1940 — S I E 2 Nr. 15 320/40-297 —.

2. Für die Ersatz- und Ergänzungskräfte des SD bleiben die von der SD-Hauptverwaltung erlassenen Bestimmungen in Kraft.

3. In dem RdErl. vom 9. 1. 1941 — S I C 1 Nr. 1/41 — und — S I E 1 Nr. 41/41-224-2 — Abs. 7 vorletzte Zeile sind die Worte „Unterteil 11“ zu streichen.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 119.

Formblatt Muster A

(1. Seite)

....., den 194....
 (Rassenanschlagstelle)

.....
 (Geschäftszeichen)

An das Reichssicherheitshauptamt — Ref. $\frac{II C 1}{I A 3}$ —

in Berlin SW 11.

Betr.: Ersatz- und Ergänzungskräfte.

Bezug: Erlaß vom 16. Oktober 1940 — IE 1 Nr. 940/40 — 224 — 2 —.

Anlage: 1 Zweitfertigung.

Auf Grund des vorstehenden Erlasses beantrage ich die Genehmigung zur Weiterbeschäftigung — Neueinstellung — von folgenden Ersatz- und Ergänzungskräften:

- Ruhestandsbeamte (als Beamte auf Widerruf wieder in den Dienst gestellt / zu stellen)
- Ruhestandsbeamte (als Angestellte) Verg.-Gr.: / Verg.-Satz:
- Geschäftszimmerangestellte Verg.-Gr.: IX D. A.
- Geschäftszimmerangestellte Verg.-Gr.:
- Kriminalangestellte (Außendienst — Kraftfahrer —) Verg.-Satz: 2000 RM
- Kriminalangestellte (Außendienst — Kraftfahrer —) Verg.-Satz RM
- Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis (Geschäftszimmerangestellte, Verg.-Gr.)
- Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis (Kriminalangestellte — Außendienst, Kraftfahrer — Verg.-Satz RM)
- Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis
- Hilfspolizeibeamte.

Die anfallenden Arbeiten können aus folgenden Gründen nicht von den vorhandenen Arbeitskräften mit bewältigt werden:

.....

.....
 (Leiter der $\frac{\text{Staats-}}{\text{Kriminal-}}$ polizei(leit)stelle oder Vertreter)

Bei der Ausfüllung ist zu beachten:

1. Von den Dienststellen der staatlichen Kriminalpolizei ist der Antrag an das Reichssicherheitshauptamt — Ref. IA3 —, von allen anderen Dienststellen an das Reichssicherheitshauptamt — Ref. II C 1 — zu richten.
2. Wenn Geschäftszimmerangestellte ausnahmsweise nach einer höheren Verg.-Gr. als Gr. IX oder Kriminalangestellte nach einem höheren Verg.-Satz als 2 000 RM abgefunden werden sollen, ist dies besonders zu begründen, insbesondere die Tätigkeit des Angestellten zu erläutern.
3. Zur Weiterbeschäftigung der von der Kriminalpolizei zur Geh. Staatspolizei abgeordneten Beamten bedarf es keiner Genehmigung.
4. Von den Dienststellen der staatlichen Kriminalpolizei ist die Übersicht auf S. 2 u. 3 nicht auszufüllen.
5. Bei dem Antrag auf Genehmigung zur Weiterbeschäftigung sind auf S. 4 oder auf einem besonderen Blatt die vorhandenen Ersatzkräfte den Kräften gegenüberzustellen, für die sie als Ersatz einberufen worden sind. Bei den Anträgen auf Genehmigung zu neuen Einstellungen brauchen Spalte 2 u. 3 auf S. 4 nur ausgefüllt zu werden, wenn die Ersatzkraft schon bestimmt in Aussicht steht.

(2. Seite)

Bezeichnung	Verwaltungsbeamte		Krim.- Beamte einschl. a. pl.	Krim.- Angest. im Außen- dienst
	der Bef.-Gr. A 1 b—A 8 a einschl. a. pl.	der Bef.-Gr. A 9—A 10 b		
1	2	3	4	5
I. Stellenzahl und Besetzung				
a) Zahl der Stellen nach dem Rassenanschlag 1940 und nach Einzelerlassen				
b) von diesen Stellen waren z. Bt. der Ausfüllung des Antrages nicht besetzt				
Summe I: besetzte Stellen				
II. Abgang				
a) zur Geheimen Feldpolizei einberufen				
b) zu anderen Wehrmachtsteilen einberufen				
c) nach Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg und in die bef. französischen Gebiete abgeordnet				
d) zu anderen Dienststellen der Geheimen Staatspolizei außer zu Lehrgängen abgeordnet				
e) zur Kriminalpolizei abgeordnet				
f) zu Dienststellen außerhalb der Sicherheitspolizei abgeordnet				
Summe II				
III. Zugang				
a) Wieder in den Dienst gestellte Ruhestandsbeamte				
b) durch freie Vereinbarung im Angestelltenverhältnis eingestellte Ersatz- und Ergänzungskräfte einschl. HJ.-Angehörige				
c) einberufene Notdienstpflichtige (mit und ohne Beschäftigungsverhältnis)				
d) eingestellte Hilfspolizeibeamte				
e) von der Kriminalpolizei zur Geheimen Staatspolizei abgeordnete Beamte				
Summe III				
IV. Mehr — Abgang (Summe II minus Summe III)				
V. Fehlende Kräfte (Summe I b plus Summe IV)				
VI. Beantragte Ersatz- und Ergänzungskräfte				

Bei der Ausfüllung ist zu beachten:

Zu Sp. 2 u. 3: Die technischen Beamten sind hier mit aufzuführen.

Zu Ib: Eine Stelle gilt auch dann als besetzt, wenn in ihr ein Beamter einer niedrigeren Besoldungsgruppe, ein außerplanmäßiger Beamter oder ein Beamtenanwärter geführt wird.

Zu I: Nur für die Dienststellen im Altreich:

Die zu den Dienststellen in den eingegl. Ostgebieten und im Generalgouvernement abgeordneten Beamten und Angestellten sind nicht mitzuzählen, auch wenn die Dienstbezüge zur Zeit noch von der Heimatbehörde gezahlt werden.

Nur für die Dienststellen in den eingegliederten Ostgebieten und im Generalgouvernement:

Die Stellen, die für die aus dem Altreich abgeordneten Beamten und Angestellten vorgesehen sind, sind als besetzt anzusehen.

Zu IV: Falls die Summe III größer sein sollte als die Summe II, ist der Unterschied in roter Farbe einzusetzen.

Zu IIIb bis e: Die Ersatzkräfte sind in einer ihrer dienstlichen Verwendung entsprechenden Spalte einzutragen.

Formblatt Muster B

....., den 194...

(Beschäftigungsbehörde)

.....

(Geschäftszeichen)

Anzeige

über die Einstellung eines Ruhestandsbeamten auf Grund der §§ 5 bis 8 der Zweiten VO. über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts vom 3. 5. 1940 (RGBl. I S. 732).

I. Persönliche und frühere dienstliche Verhältnisse des Ruhestandsbeamten.

Name und Vorname:

Letzte Dienststellung: Bef.-Gruppe:

Geburts-tag und -jahr: Familienstand:

Kinder: (geb.:)

..... (geb.:)

Gegenwärtiger Wohnort: Kreis:

Straße:

In den Ruhestand versetzt am 19.....

wegen:

Letzte Beschäftigungsbehörde:

Art der letzten dienstlichen Verwendung:

II. Dienstverhältnis.

Der Ruhestandsbeamte wird verwendet im Verwaltungs-*) Vollzugs-*) Dienst als:

..... Bef.-Gr.: (Widerrufsbeamter)

..... Verg.-Gr.: (Angestellter)

mit der Amtsbezeichnung:

Der Ruhestandsbeamte gilt als Ersatz für den:

(Amtsbezeichnung)

..... der

(Name)

(Verbleib)

Dienstfähigkeit nach Feststellung des Arztes:

Die Erklärungen gem. Abschnitt C Abs. 3 Nr. 2a bis f des Rundlasses vom 8. 7. 1940 (RMBl. S. 1459) sind noch nicht*) abgegeben.

.....
(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.

Es erhalten	Außenstandsbeamte		Angestellte	Durch freie Vereinbarung eingestellte Angestellte		Notdienstpflichtige		Dienstverpflichtete	Hilfspolizeibeamte	Beamte, die von d. Kripo zur Gefährdung als Ersatz für eingesezte Beamte u. Angeordnete abgeordnet sind
	Widerrufsbeamte	Angestellte		Angestellte (ohne Stütz-Angehörige)	Stütz-Angehörige	ohne Beschäftigungsverhältnis	mit Beschäftigungsverhältnis			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
7. Reisekostenvergütung, Trennungsschädigung und Beschäftigungsvergütung										
I. bei Dienstreisen										
II. bei der ersten Einstellung										
1. Reisekostenvergütung für die Antrittsreise.										
A. Verheiratete u. Unverheiratete mit eigenem Hausstand im Sinne d. Nr. 8 der Abordnungsbestimmungen (eigene Wohnung mit Unterhaltsgewährung) u. i. d. Nr. 8 d. St. G. zum RRG. (eigene Wohnung ohne Unterhaltsgewährung)	Verg. entspr. d. Bej.-Gruppe	Verg. entspr. d. Verg.-Gr.	Verg. entspr. d. Verg.-Gr.	Verg. entspr. d. Verg.-Gr.	Verg. nach Abs. 24	Verg. entspr. d. Verg.-Gr.	Verg. entspr. d. Verg.-Gr.	Verg. nach Stufe V (XVI Abs. 13 d. St. G. v. 14. 5. 1940)	Verg. entspr. d. Bej.-Gr.	Wie in Spalte 2
	Für die Dauer d. Reise; für den Antrittstag das Tagelohn, jedoch bis 2400 berechnet, u. ein Übernachtungsgeld (Nr. 1 Abs. 2 St. G. d. RRG.)	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Nach § 4 Abs. 1 d. St. G. d. Notdienstverordnung in Verbindung mit dem RRG. v. 13. 10. 1939 i. d. Fassung v. 28. 5. 1940 (RRG-Stz. S. 1061); Buchstaben A, B u. C der Anlage zu Erlassendem Rd. sind zu beachten.	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2, jedoch nur nach Stufe V	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2
B. Verheiratete u. Unverheiratete ohne eigenen Hausstand	Für die Dauer d. Reise; für den Antrittstag jedoch ein volles Tage- u. Übernachtungsgeld, da von der Einstellungsbehörde mit Einstellung Urlaub anzuordnen ist (Abs. 6 A. des Erl. v. 16.10.40)	Für die Dauer d. Reise (Nr. 4 Abs. 3 St. G. zu § 22 St. G.)	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Wie vorstehend	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Für die Dauer der Reise; für den Antrittstag das Tagelohn jedoch bis 2400 berechnet und ein Übernachtungsgeld

Es erhalten	Ruhestandsbeamte		Durch freie Vereinbarung eingestellte Angestellte		Notdienstpflichtige		Dienstpflichtete	Hilfspolizeibeamte	Beamte, die von d. Skipo zur Gefah für eingesezte Beamte u. An-gestellte abgeord-net sind
	Widerrufs-beamte	Angestellte	Angestellte (ohne HJ-An-gehörige)	HJ-Angehörige	ohne Beschäfti-gungsverhältnis	mit Beschäfti-gungsverhältnis			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
2. Trennungseinschätzung A. Verheiratete und ihren Gleichgestellten a) mit eigenem Hausstand i. S. d. Nr. 8 der Abord-nungsbestimmun-gen (eigene Woh-nung mit Unter-haltsgewährung).	a) Für die ersten 7 Tage bis zur Höhe des Be-schäftigungs-reisegeldes b) Vom 8. Tage ab bis zur Höhe des Beschäfti-gungstagegel-des (Nr. 26 d. Bf. 1 d. Bf. 3. Bf. 6.)	Wie in Sp. 2, wenn bereits vorher 10 Jah. im öffentlichen Dienst beschäf-tigt gewesen, sonst nur in Grenzen von 75% des Be-schäftigungs-tagegeldes vom Ermittlungstag ab (Nr. 12 d. Bf. 3 d. Bf. 6.)	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Nein	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3, jedoch nur nach Stufe V	Diese erhalten keine Tren-nungseinschät-zung, sondern Beschäftigungs-vergütung. So-wie sie keinen eigenen Haus-stand i. S. der Nr. 8 d. Abord-nungsbestim-mungen haben, jedoch Besch.-verg. nur für 7 Tage, da vom 8. Tage an Um-umsanordnung zu erteilen ist (Abschnitt B Bf. 7 Abs. 2 des Erl. vom 24. 4. 1939 — RM 3133. S. 979 —).
b) mit eigenem Hausstand i. S. d. Nr. 8 d. Bf. 3. Bf. 6. (eigene Wohnung ohne Unterhaltsgewäh-rung)	Mietkosten f. d. bisherigen Woh-nung od. Unter-stellungskosten f. d. Möbel in Grenzen d. f. Unverheiratete ohne eigenen Hausstand vor-gefahrenen Be-schäftigungs-tagegeldes (Erl. v. 24. 5. 1938 i. d. F. v. 9. 11. 1938 — RM 3133. S. 217 und 345 —)	Wie in Sp. 2, wenn bereits vorher 10 Jah. im öffentlichen Dienst beschäf-tigt gewesen, sonst wie in Sp. 2, aber nur in Grenzen v. 75% des für Unverheiratete ohne eigenen Hausstand vor-gefahrenen Be-schäftigungs-tagegeldes (Erl. v. 24. 5. 1938 i. d. F. v. 9. 11. 1938 — RM 3133. S. 217 und 345 —)	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Nein	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3, jedoch höchstens nach Stufe V	

Es erhalten	Außenstandsbeamte		Durch freie Vereinbarung eingestellte Angestellte		Notdienstpflichtige		Dienstverpflichtete	Hilfspolizeibeamte	Beamte, die von d. Kripo zur Gefasung als Ersatz für eingestellte Beamte u. Angeordnete abgeordnet sind
	Widerstandsbeamte	Angeordnete	Angeordnete (ohne Stütz-Angehörige)	Stütz-Angehörige	ohne Beschäftigungsverhältnis	mit Beschäftigungsverhältnis			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
B. Unverheiratete einschließlich Verwitwete u. Geschiedene									
a) mit eigenem Hausstand i. S. d. Nr. 8 der Abordnungsbestimmungen (eigene Wohnung mit Unterhaltsgewährung)	a) Für die ersten 7 Tage bis zur Höhe des Beschäftigungstages b) Vom 8. Tage ab bis zur Höhe des für Unverheiratete mit eigenem Hausstand vorgesehenen Beschäftigungstages Wie bei Ab- (s. Nr. A b)	Wie in Sp. 2, wenn bereits vorher 10 Tag. i. öffentl. Dienst beschäftigt gewesen, sonst nur in Grenzen von 75% d. f. Unverheiratete mit eig. Hausstand vorgesehenen Beschäftigungstages Wie bei Ab- (s. Nr. A b)	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Rein	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3, jedoch höchstens nach Stufe V	—
b) mit eigenem Hausstand i. S. d. Nr. 8 d. SD. d. UG. (eigene Wohnung ohne Unterhaltsgewährung)	Wie bei Ab- (s. Nr. A b)	Wie bei Ab- (s. Nr. A b)	Wie bei Ab- (s. Nr. A b)	Wie bei Ab- (s. Nr. A b)	Rein	Wie bei Ab- (s. Nr. A b)	Wie bei Ab- (s. Nr. A b)	Wie bei Ab- (s. Nr. A b)	—
III. bei späterer Abordnung oder bei Verwendung beim auswärtigen Einsatz									
1. Reisekostenvergütung für die Reise zum neuen Beschäftigungsort	Für die Reisetage je ein volles Tage- und Übernachtungsgeld	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2, jedoch nur nach Stufe V	Wie in Spalte 2
A. Verheiratete u. Unverheiratete mit eigenem Hausstand i. S. d. Nr. 8 der Abordnungsbestimmungen (Trennungsgeldschädigungsempfänger).									

Es erhalten	Ruhestandsbeamte		Durch freie Vereinbarungen eingestellte Angestellte		Notdienstpflichtige		Dienstpflichtige	Hilfspolizeibeamte	Beamte, die von d. Kripo zur Gefasung als Ersatz für eingesezte Beamte u. Angeestellte abgeordnet sind
	Widerrufsbeamte	Angestellte	Angestellte (ohne St.-Angehörige)	St.-Angehörige	ohne Beschäftigungsverhältnis	mit Beschäftigungsverhältnis			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
B. Die übrigen Verheirateten und Unverheirateten	Für die Dauer der Reise, für den Ankunftstag das Tagelohn, jedoch bis 24 ⁰⁰ berechnet, und ein Übernachtungsgeld	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie vorstehend	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2, Tage- und Übernachtungsgeld jedoch nach Stufe V	Für die Dauer der Reise, für den Ankunftstag jedoch gerechnet bis 24 ⁰⁰ , und ein Übernachtungsgeld; wurde jedoch bereits vorher Besch.-Verg. gezahlt, dann für die Reisetage je ein volles Tage- und Übernachtungsgeld
2. Befähigungsgewährung A. Verheiratete und Unverheiratete mit u. ohne eigenen Hausstand	Nach Nr. 2 der Abordnungsbestimmungen; vom 8. Tage ab nach den in Nr. 2 Abs. 4a aO. vorgesehenen Sätzen	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Nein	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2, jedoch nach der Stufe V	Wie in Spalte 2
B. Unverheiratete mit eigenem Hausstand i. S. d. Nr. 8 d. St. 3. Abs. (eigene Wohnung ohne Unterhaltsgewährung).	Wie vorstehend, jedoch neben d. Besch.-Tagelohn für Unverheiratete ohne eigenen Hausstand vom 8. Tage ab die Mietkosten der Wohnung am Wohnort bis zur Gesamthöhe des für Unverheiratete mit eigenem Hausstand vorgesehenen Befähigungsgeldes (Erl. v. 9. 5. 1940 — St. 3. S. 155 —)	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Nein	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2	Wie in Spalte 2, jedoch nach der Stufe V	Wie in Spalte 2

Es erhalten	Ruhestandsbeamte		Durch freie Vereinbarung eingestellte Angestellte		Notdienstpflichtige		Dienstverpflichtete	Hilfspolizeibeamte	Beamte, die von d. Kripo zur Gefolge für eingestellte Beamte u. Angehörige abgeordnet sind
	Widerrufsbeamte	Angestellte	Angestellte (ohne HH-Angehörige)	HH-Angehörige	ohne Beschäftigungsverhältnis	mit Beschäftigungsverhältnis			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
IV. Reisekostenvergütung bei Rückkehr an den Wohnort nach Beendigung d. Dienstzeit	a) Für Beamte mit eigenem Hausstand f. d. Dauer d. Reise, das Tagegeld f. d. Abfahrts- u. jedoch v. 0,00 ab gerechnet b) Für die übrigen ebenfalls f. d. Dauer der Reise, f. d. Ankunfts- u. jedoch ein volles Tage- u. Übernachtungsgeld	Nein	Nein	Nein	Nach § 4 Abs. 1 d. 3. StD. d. Notdienstverordnung in Verbindung mit dem RdErl. v. 13. 10. 1939 in der Fassung v. 28. 5. 1940 (RMBl. 1940 S. 1061) Buchstaben A, B u. C der Anlage zu letzterem RdErl. sind zu beachten.	Nein	Nein	Nein	a) Für die Empfänger von Beschäftigungsvergütung für die Dauer d. Reise; das Tagegeld v. 0,00 ab berechnet b) Für die übrigen für den Ankunfts- u. volles Tage- u. Übernachtungsgeld
8. Reisebeihilfen	Nach Nr. 7, 8 u. 17 der Bestimmungen über Vergütung bei vorübergehender auswärtiger Beschäftigung der Beamten vom 16. 12. 1933 — RMBl. S. 200 — in der Fassung der RdErl. v. 31. 8. 1939 — RMBl. S. 245 —, vom 14. 6. 1940 — RMBl. S. 191 und vom 30. 4. 1941 — RMBl. S. 134 —, sowie nach dem RdErl. vom 6. 12. 1940 — RMBl. S. 301 —. Für das Protektorat, für die eingegliederten Ostgebiete, für Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg u. Frankreich gelten die RdErl. v. 14. 6. 1939 — RMBl. S. 170 —, vom 16. 11. 1939 — RMBl. S. 320 —, vom 18. 1. 1940 — RMBl. S. 12 — u. vom 18. 7. 1940 — RMBl. S. 201 — u. v. 26. 11. 1940 — RMBl. S. 291 —. Für das Generalgouvernement gilt weiter der RdErl. des Generalgouverneurs vom 26. 2. 1940, bekanntgegeben durch RdErl. des Reichsfürsicherheitshauptamtes vom 9. 5. 1940 — I & 2 Nr. 16509/40-297-2 —. HH-Angehörige, die mindestens den Dienstgrad eines 4-Untst. bekleiden, können bei Urlaubsreisen die Fahrtkosten der II. Wagenklasse erstattet erhalten, wenn sie aus wichtigen Gründen in Uniform reisen müssen.	Nein	Nein	Nein	Nach Abschn. II Ziffer 2 des RdErl. v. 28. 5. 1940 — RMBl. S. 1061 — i. d. F. d. RdErl. vom 30. 8. 1940 — RMBl. S. 1746 —, und vom 25. 12. 1940 — RMBl. 1941 S. 25 — 4-Untst. können bei Urlaubsreisen in Uniform die Fahrtkosten der II. Wagenklasse erstattet erhalten	Wie in den Spalten 2—5	Wie in den Spalten 2—5	Wie in den Spalten 2—5	Nach dem Erlaß vom 25. 11. 1938 — RMBl. 1938 S. 1994 —
9. Fahrtberechnungsausweise	Für Beamte im Krim.-Dienst sowie Angestellte im Vollausdienst einschl. der Krim.-Angest. als Fernschreiber nach dem RdErl. vom 25. 11. 1938 — RMBl. S. 1994 —, für die übrigen nach dem RdErl. des Reichsfürsicherheitshauptamtes vom 7. 5. 1940 — I & 2 Nr. 15863/40-297-8 —.								

Es erhalten	Ruhestandsbeamte		Durch freie Vereinbarungen eingestellte Angeestellte		Notdienstpflichtige		Dienst- verpflichtete	Hilfspolizei- beamte	Beamte, die von d. Kripo zur Ge- stapo als Ersatz für eingesezte Beamte u. Zir- gestellte abgeord- net sind
	Widerrufs- beamte	Angeestellte	Angeestellte (ohne St-St-An- gehörige)	St-St-Angehörige	ohne Beschäf- tigungsverhältnis	mit Beschäf- tigungsverhältnis			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
10. Notstandsbeihilfen (Beihilfen- grundläge, neueste Fassung, ab- gedruckt bei Schilling, Beihil- fengrundläge und Vorschuß- richtlinien usw. 6. Auflage, 1940)	Ja	Ja, jedoch sind die Einkünfte in Nr. 1 200. bei § 12 SO. A zu be- achten	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3 Erhalten der Notdienstpflichtige oder seine Angehörigen Familien- unterhalt, so sind die Leistungen der Familienunterhaltsbehörde aus Anlaß des Beihilfsalles zu berücksichtigen.	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Ja von der Heimat- behörde
11. Unterstützungen. (Erlaß v. 12.5. 1938 — RMBl. v. 8.8.38 u. Erlaß v. 13.7.1938 — RMBl. v. 8.11.37)	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja, es ist jedoch zu beachten, daß das Arbeitsamt Sonderunter- stützungen ge- währen kann (Anordnung d. RMBl. v. 4.9. 1939 — Reichs- anzt. u. Preuß. Staatsanzeiger Nr. 207 v. 6.9. 1939 —)	Ja	Ja von der Heimat- behörde
12. Weiterzahlung der Dienst- bezüge bei Einberufung zum Wehrdienst. (Erlaß vom 26. 8. 1939 — RMBl. v. 212 — 9.9.1939 — RMBl. v. 238 — und 5. 4. 1940 — RMBl. v. 680 —)	Ja	Ja, bei zeitlich begrenzter Ver- pflichtung je- doch nur bis zum Ende der Verpflichtung	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Nein	Nein	Wie in Spalte 3	Wie in Spalte 3	Ja, von der Hei- matbehörde — ohne Dienst- bezüge —

Anlage D

Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen für die außerhalb der Reichsgrenzen mit Einschluß des Generalgouvernements eingesetzten Notdienstpflchtigen.
Tagesätze.

Vergütung	Vergütungsgruppe	Inland	Belgien	Dänemark	Frankreich	Gen.-Gouvernement	Norwegen	Niederlande	Rumänien
1	2	RM	frs.	Kr.	frs.	Loty	Kr.	hfl.	Lei
1. Barvergütung	1	—,50	7,85	1,25	12,—	1,50	1,35	—,60	40,—
	2	1,—	15,70	2,50	24,—	3,—	2,70	1,20	80,—
	2a	1,20	18,80	3,—	28,80	3,60	3,20	1,40	96,—
	3	1,50	23,50	3,70	36,—	4,50	4,—	1,70	120,—
	3a	1,70	26,65	4,25	40,80	5,10	4,55	2,—	136,—
	4	2,—	31,30	4,90	48,—	6,—	5,30	2,30	160,—
	4a	2,20	34,50	5,50	52,80	6,60	5,90	2,60	176,—
	5	2,50	39,20	6,20	60,—	7,50	6,70	2,90	200,—
	6	3,—	47,—	7,40	72,—	9,—	8,—	3,50	240,—
	7	3,50	54,85	8,65	84,—	10,50	9,35	4,—	280,—
2. Bekleidungsentschädigung:									
a) Oberkleidung	2—7	—,60	9,40	1,50	14,40	1,80	1,60	—,70	48,—
b) Stiefel	„	—,20	3,10	—,50	4,80	—,60	—,55	—,25	16,—
c) Unterkleidung	„	—,20	3,10	—,50	4,80	—,60	—,55	—,25	16,—
3. Selbstverpflegung außerhalb d. Heimatorts	„	3,—	47,—	7,40	72,—	9,—	8,—	3,50	240,—
4. Auswärtige Übernachtung, wenn Unterkunft nicht gestellt wird	1—4a	2,—	31,30	4,90	48,—	6,—	5,30	2,30	160,—
	5	2,50	39,20	6,20	60,—	7,50	6,70	2,90	200,—
	6	3,—	47,—	7,40	72,—	9,—	8,—	3,50	240,—
	7	3,50	54,85	8,65	84,—	10,50	9,35	4,—	280,—

Polizeiliche Vorladungen.

RdErl. des RStfP vom 2. 7. 1941

— II R 1 Nr. 304/41-154-5 —

Der nachstehend abgedruckte RdErl. des RfKuchdDtPol. im RmdJ. vom 10. 6. 1941 gilt auch für die Sicherheitspolizei.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 136.

Anlage:**Polizeiliche Vorladungen.**

RdErl. des RfKuchdDtPol. im RmdJ. vom 10. 6. 1941

— O-DuR Org 4-29 III/41 —

(1) Nach meinen Wahrnehmungen ergehen von den Pol.-Behörden an Einzelpersonen und Personenkreise teilweise

Vorladungen, die in einer verbindlicheren Form gehalten werden könnten. In Angelegenheiten, die nicht mit strafbaren Handlungen im Zusammenhang stehen, ist z. B. eine Fassung wie: „Sie haben sich einzufinden . . .“ mit nachfolgender Strafanordnung nicht angebracht. Ich mache es allen Pol.-Behörden zur Pflicht, bei polizeilichen Vorladungen einen angemessenen Wortlaut zu wählen. Die Vorladungen können durchaus in eine freundliche Form gekleidet werden, sofern sie an nicht straffällig gewordene Volksgenossen gerichtet sind.

(2) Für die Vorladung von einzelnen Personen werde ich in Kürze einheitliche Reichspol.-Vordruckmuster herausgeben. Vordrucke der bisherigen Art (für Preußen: Vordr. Pol.-Nr. 68 u. 69) sind daher nicht mehr herstellen zu lassen.

An alle Pol.-Behörden.

— RmBlD. S. 1059.

Personalmitteilungen.**Reichssicherheitshauptamt.**

Ernannt: Zum Oberst der Polizei: H-Staf. Ob.Reg.u.Krim.-Rat Krichbaum (z. Z. Feldpolizeichef d. Wehrmacht).

Zum Reg.Rat: H-Staf. Reg.Rat. Dr. Paeffgen (z. Z. beim Befh. Meh).

Zum Pol.Insp.: Pol.Insp.Anw. Grabert und die Pol.Sehr.

Beh, Tschjener, Carl, Schramm, Schulz (Otto), Bleck, Havemann, Köhrid, Wegener, Wolff (Guido), Stober, Haak, Herr.

Inspektoren der Sicherh. Polizei u. des SD.

Ernannt: H-Staf. Günther zum Insp. in Kassel (bisher komm.).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt: Zum Reg. Rat: Reg. Aff. Dr. Kolb (Wien).
 Zum Krim. Rat: Krim. Komm. Herzberger (Brünn).
 Zum Krim. Komm.: Hilfs-Krim. Komm. Woerner (Braunschweig).
 Zum Pol. Insp.: die Pol. Insp. Anw. Kretschmer (Karlsruhe),
 Müller, Hans (Tilsit).
Versetzt: H-Stubaf. Reg. Rat Dr. Nedwed (Karlsbad) nach
 Stettin als Vertr. des Leiters; H-H' Stuf. Reg. Rat
 Dr. Höner (Saarbrücken) nach Frankfurt/Main als Vertr.
 des Leiters; H-Stubaf. Reg. Rat Dr. Kaufmann (Plauen)
 zum RSHP; H-Stubaf. Reg. Aff. Marmon (Prag) nach
 München; Reg. Aff. Dr. Dollbrecht (Frankfurt/Main zum
 RSHP;
 die Pol. Insp. Schneider, Alfons (Prag) u. Hartmann (Posen)
 zum RSHP.
Abgeordnet: Pol. Ob. Insp. Koppelt (Dessau) zum RSHP;
 Pol. Insp. Gödtel (Neustadt a. d. W.) nach Frankfurt/M.

**Kriminalpolizei(leit)stellen
und Krim. Abteilungen.**

Versetzt: Krim. Rat Rott (München) nach Kattowitz; Krim. Rat
 Dr. Katto (Frankfurt/Oder) nach München.

Abgeordnet: Krim. Rat von Ostrowski (Berlin) nach Memel
 als Leiter der Krim. Abt.

Zurückgetreten: Krim. Komm. Meißner von der Grenzpolizei-
 Schule Preßsch/E. zur Führerschule der SP. in Berlin-Chlbgr.

In den Ruhestand versetzt: Oberreg. u. Krim. Rat Dr. Stein-
 lechner (Wien).

SD.

Kommandiert: H-H' Stuf. Zeidler zum SD-Abfchn. Köln (Rück-
 kommandierung); H-H' Stuf. Hummich zum RSHP
 Amt III (Rückkommandierung); H-O' Stuf. Dr. Schramm zur
 Nebenst. Paris der EWJ; H-U' Stuf. Meise zum SD-Abfchn.
 Dortmund.

Ernannt: H-O' Stuf. Führer zum Ref. beim SD-Abfchn. Thorn.

Versetzt: H-H' Stuf. Schlünzen als Ref. zum SD-LP.
 Breslau; H-O' Stuf. Neukirchen als Ref. zum SD-Abfchn.
 Kiel.

— Befehlsblatt 1941 S. 136.

Befehlsblatt

Ausgabe A

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einfseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preussische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 27

Berlin, den 19. Juli 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 23. 6. 41 Wegfall der Auslagenerstattung zwischen Wehrmacht u. staatl. Polizei bei der Unterbringung u. Verpflegung von Gefangenen. S. 139. — RdErl. 5. 7. 41 Nebentätigkeit der Beamten. S. 139. — RdErl. 8. 7. 41 Beschlagnahme von Druckschriften. S. 139. — RdErl. 9. 7. 41 Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse. S. 140. — RdErl. 9. 7. 41 Aufhebung einer Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse. S. 140. — RdErl. 12. 7. 41 Freigabe von Angehörigen der Sich.Pol. f. d. Wehrmacht bei vorläufiger

Dienstenthebung. S. 140. — RdErl. 14. 7. 41 H-Befehlsblätter. S. 140.

Geh. Staatspolizei. RdErl. 9. 7. 41 Abgrenzung der Badekuren gegenüber Sanatoriumsbehandlungen im Sinne der Beihilfengrundsätze. S. 140. — RdErl. 10. 7. 41 Personalgutachten f. d. Reichskulturkammer. S. 140.

Verschiedenes. Sanitäter f. d. Funkhschule der Sich.Pol. u. des SD. S. 140.

Personalmitteilungen. S. 140.

Sicherheitspolizei und SD.

Wegfall der Auslagenerstattung zwischen Wehrmacht und staatl. Polizei bei der Unterbringung und Verpflegung von Gefangenen.

RdErl. des RfHuchdPol. im RMDJ. vom 23. 6. 1941

— S II C 3 (neu) Nr. 5070/41 —

(Veröffentl.: RMBl. S. 1228).

Das OKW. hat sich damit einverstanden erklärt, daß zur Vereinfachung des Geschäftsganges die gegenseitige Kosten-erstattung zwischen Wehrmacht und staatl. Polizei hinsichtlich der Ausgaben für Unterbringung und Verpflegung von Straf- und Untersuchungsgefangenen sowie von anderen Häftlingen der Wehrmacht und staatl. Polizei in Wegfall kommt. Im Bereich der staatl. Polizei ist bereits durch RdErl. v. 20. 1. 1941 (RMBl. S. 133) angeordnet worden, daß im Verhältnis zu anderen Reichsverwaltungen keine Erstattungs-anforderung über die der Polizei erwachsenden Gefangenen-haft- und -transportkosten stattfindet. Dieser Erstattungs-verzicht galt auch gegenüber den Dienststellen der Wehrmacht und ist nunmehr durch die Einverständniserklärung des OKW. zum gegenseitigen Erstattungsverzicht erweitert worden.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 139.

Nebentätigkeit der Beamten.

RdErl. des RfHuchdPol. im RMDJ. vom 5. 7. 1941

— S I A 1 a Nr. 192/41 —

(1) Die Nebentätigkeit der Beamten wird durch die Ver-ordnung vom 6. 7. 1937 — RGBl. I S. 753 — geregelt (Ver-richtigung: RGBl. I S. 904; außerdem vergl. RdErl. vom 15. 5. 1939 — RMBl. S. 1101 —). Der Beamte bedarf gemäß § 10 DBG. zur Übernahme von Nebentätigkeiten, soweit er hierzu nicht verpflichtet ist, der vorherigen Ge-nehmigung seiner vorgesetzten Behörde.

(2) Die Genehmigung für private Nebentätigkeiten ist insbesondere dann zu versagen, wenn Beforgnis besteht, daß der Beamte wegen hoher Nebeneinnahmen sein Hauptamt vernachlässigen oder sich zu einem unsoliden Lebenswandel hinreißen lassen wird. Wer ohne die vorgeschriebene Geneh-migung eine Nebentätigkeit übernimmt, macht sich disziplinarisch strafbar.

An die Sicherheitspolizei.

— Befehlsblatt S. 139.

Beschlagnahme von Druckschriften.

RdErl. des RfHuchdPol. vom 8. 7. 1941 — IV C 3 Nr. 4147/B —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) Nr. 4147/B — (Befehlsbl. S. 103) werden fol-gende Druckschriften mitgeteilt, die ohne Einteilung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu be-schlagnahmen und einzuziehen sind:

Dr. Schmitz, Peter: „Willst du heiraten“ (Nr. 48 der „Klosterneuburg-Hefte“), Wien-Klosterneuburg, Volksliturgi-scher Verlag.

Dannenbaum, Hans: „Das Heiligtum der Ehe“ (Nr. 19 der „Furche-Schriften“), Berlin, Furche-Verlag.

Schmidt, Hans: „Warum haben wir den Krieg verloren?“, Berlin, Neuland-Verlag.

Polyglott, Kunze: „Polnische Sprachlehre“, Bonn, Goethestr. 44, Verlag Georgis Polyglott.

Becher, Georg: „Goethes wahre Faustform als Lösung des fausträtsels“, München, Verlag Becher.

Freitag, G. H.: „Spion in Feldgrau“, „Als Spion ver-haftet“, Lengerich/Westf., Bischof u. Klein-Verlag.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 139.

V. 19.7.41

Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RfHChdDtPol. im RmdJ. vom 9. 7. 1941

— S IV C 3 (neu) Nr. 7559/E —

Im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt wird nachstehend aufgeführte Zeitschrift ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Schweizer Journal, Zürich“.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 140.

Aufhebung einer Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RfHChdDtPol. im RmdJ. vom 9. 7. 1941

— S IV C 3 Nr. 3802/f —

Im Benehmen mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wird die unter dem 14. 3. 1940 verfügte Ausnahme der Zeitschrift „Karpathenpost“, Kresmark/Zips, Slowakei, von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 140.

Freigabe von Angehörigen der Sicherheitspolizei für die Wehrmacht bei vorläufiger Dienstenthebung.

RdErl. des RfHChdDtPol. im RmdJ. vom 12. 7. 1941

— S I D 1 Nr. 503/41-372 —

Angehörige der Sicherheitspolizei, die im Rahmen eines förmlichen Dienststrafverfahrens vorläufig vom Dienst entlassen oder sonst vorläufig beurlaubt sind, sind für den Wehrdienst — sei es auf Anforderung der Wehrmacht im Rahmen des Erl. des Chefs der Sich. Pol. u. des SD vom 25. 4. 1941 [I A 1 (neu) B. Nr. 63/41 g. Rz. A 11] oder auf Antrag des betreffenden Beamten — nicht ohne meine Genehmigung freizugeben.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 140.

H-Befehlsblätter.

RdErl. des RSfA vom 14. 7. 1941 — II A 1 d Nr. 4217/41 —

An die Erledigung des RdErl. des RSfA vom 15. 5. 1941 — II A 1 d (neu) Nr. 4035/41 — (Befehlsbl. S. 89) bis zum 1. 8. 1941 wird erinnert.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 140.

Geheime Staatspolizei.**Abgrenzung der Badekuren gegenüber Sanatoriumsbehandlungen im Sinne der Beihilfengrundsätze.**

RdErl. des RSfA vom 9. 7. 1941 — I A 6 Nr. 581/41 —

Das mit RdErl. vom 19. 12. 1940 — I E 3 Nr. 9437/40-251 — (Befehlsbl. 1941 S. 5) bekanntgegebene „Verzeichnis der anerkannten Heilbäder im Sinne des § 17 der Beihilfengrundsätze“ ist wie folgt zu berichtigen:

1. Es sind einzufügen auf Seite 6 hinter Gleichenberg (305 m): „Goifen (Salzkammergut) (500 m)“, hinter Heilbrunn (682 m): „Hermannsbad (Wartheland) (64 m)“.

2. Der Ort Johannesbad (400 m) ist zu ändern in „Johannisbrunn (400 m)“.

An die Geh. Staatspolizei — Befehlsblatt S. 140.

Personalgutachten für die Reichskulturkammer.

RdErl. des RSfA vom 10. 7. 1941 — IV C 3 (neu)

Nr. 6340/D —

(1) Die Erstattung von Personalgutachten für die Reichs-

kulturkammer und die ihr angeschlossenen Kammern und Verbände ist dem Zuständigkeitsbereich des Amtes III des RSfA überwiesen worden. Bearbeitende Dienststellen sind die Referate III C 3 und III C 4, die sämtliche Anfragen zentral erledigen. In Zukunft entfällt daher eine weitere selbständige Tätigkeit der Staatspolizei(leit)stellen auf diesem Gebiete. Irrtümlich bei den Staatspolizei(leit)stellen noch eingehende Anfragen sind an die zuständigen SD-(Leit)Abchnitte abzugeben. Die SD-(Leit)Abchnitte haben durch Erl. vom 14. 3. 41 — III A 5-g/11 — Richtlinien für die Bearbeitung erhalten. Soweit bei den Staatspolizei(leit)stellen noch Anfragen vorliegen, sind diese aufzuarbeiten.

(2) Alle früheren Erlasse, betr. Auskünfte an die Reichskulturkammer, die ihr angegliederten Kammern und Verbände sind damit hinfällig geworden.

An alle Staatspolizei(leit)stellen. — Befehlsblatt S. 140.

Verschiedenes.**Sanitäter für die Funkhschule der Sich. Pol. u. des SD.**

für die Funkhschule der Sich. Pol. u. des SD wird dringend ein Sanitäter benötigt. Es ist sofort zu melden, ob ein im Sanitätswesen ausgebildeter SD-Angehöriger vorhanden ist, der für diese Aufgabe zur Funkhschule kommandiert werden kann.

Termin für die Meldung an das RSfA (I A 4): 30. 7. 1941. — fehlanzeige erforderlich.

An alle Inspektoren u. SD-(Leit)Abchnitte.

— Befehlsblatt 1941 S. 140.

Personalmitteilungen.**Reichssicherheitshauptamt.**

Zugeteilt: H-Stubaf. Reg. Rat Schellenberg dem Amt VI als Gruppenl. u. stellv. Amtschef.

Befehlshaber u. Kommandeure der Sich. Pol. u. des SD.

Verfetzt: H-Stubaf. Reg. Rat Huppenkothgen (Rdr. Lublin) zum RSfA;

Krim-Komm. Preuß (Rdr. Krakau) nach Kattowik;
Krim. Dir. Gans (Befh. Krakau) nach Berlin.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt: Zum Leiter der Stapo St. Oppeln: H-Stubaf. ORR. Biberstein.

Zum Reg. Rat: die Reg. Assessoren Dr. Blaschko, Dr. Krane-

bitter, Dr. Kunz und Dr. Siegel (sämtl. Wien).
zum Pol.Insp.: die Pol.Sekr. Kunte (Troppau) und Mai
(Rachen).

Verfekt: H-Stubaf. Reg.Rat Dr. Deumling (Oppeln) zum
RSHP;

die Krim.Räte Woltersdorf (Münster) nach Kattowik,
Dr. Riedel (Kattowik) nach Stettin, Schäfer, Wilhelm
(Stettin) nach Münster;

Krim.Komm. Lütkenhus (Dessau) nach Köslin, Krim.Komm.
Carstenn (Hamburg) zum RSHP; Krim.Komm. z. Dr. Nellen
(Düsseldorf) nach Frankfurt/Main unter Aufhebung seiner
Verfetzung nach Kattowik;

die Pol.Ob.Insp.: Schlüter (Kassel), Ehlert (Mugsburg) zum
RSHP, Grots (Lüneburg) nach Graudenz, Schrieber (Biele-
feld) zum Befh. Krakau, Schmittnägels (Saarbrücken) nach

Weimar, Markhoff (Kattowik) nach Kassel, Geipel (Dresden)
nach Graudenz;

die Pol.Insp.: Papenfuß (Würzburg) zum RSHP, Söffner
(Graudenz) nach Zichenau, Paul (Breslau) nach Trier.

Abgeordnet: Pol.Ob.Insp. Grots (Graudenz) zum RSHP.

Abordnung aufgehoben: H-Stubaf. Reg.Rat Wolter (bisher
abgeordnet n. Wesermünde) zurück zum RSHP.

SD.

Kommandiert: H-HStuf. Kolledker zum SD-Abdn. Bremen
(als Hauptaußenstellenleiter); H-Stubaf. Podlich zum Befh.
in Meh.

— Befehlsblatt 1941 S. 140.

Befehlsblatt

Ausgabe A

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einsseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preussische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 28

Berlin, den 26. Juli 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RDErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RDErl. 1. 6. 41 Reichszentrale zur Bekämpfung von Kunstwerkfälschungen. S. 143. — RDErl. 9. 7. 41 Erholungsurlaub f. d. Beamten der Sich. Pol. S. 143. — RDErl. 18. 7. 41 Liste des schäd. u. unerwünschten Schrifttums. S. 145. — RDErl. 19. 7. 41 Sammlungen in Diensträumen. S. 145.

Geh. Staatspolizei. RDErl. 14. 7. 41 Heizungsanlagen in Dienstkraftfahrzeugen der Sich. Pol. (Geh. Staatspol.). S. 145.

Reichskriminalpolizei. RDErl. 7. 7. 41 Buch Nr. 1 der Schriftenreihe des RKPP. S. 145. — RDErl. 7. 7. 41 Verbotene Mittel zur Empfängnisverhütung (4. Ergänzung) S. 145.

Verschiedenes. RDErl. 23. 7. 41 Neue Anschrift der SD-Hauptaußenstelle Münster i. W. S. 146.

Personalmittelungen. S. 146.

Sicherheitspolizei und SD.

Reichszentrale zur Bekämpfung von Kunstwerkfälschungen.

RDErl. des RSHR vom 1. 6. 1941

— V B 2 (neu) Nr. 1570/40 —

(1) Für die Bearbeitung von Kunstwerkfälschungen ist die Kriminalpolizei zuständig.

(2) Die beim Reichskriminalpolizeiamt bestehende Reichszentrale zur Bekämpfung von Kunstwerkfälschungen hat folgende Aufgaben:

a) Erfassung sämtlicher ihr gemeldeter Anzeigen über Fälschungen der bildenden Kunst (Bildhauerei, Malerei, Graphik, Kunstgewerbe, Möbel, Teppiche, vor- und frühgeschichtliche Funde usw.), Auswertung aller Nachrichten über Kunstwerkfälschungen im In- und Auslande und kartenmäßige Erfassung der Fälschungen, Führung einer Kartei der Fälscher und Verfälscher von Gegenständen der bildenden Kunst sowie der Vertrieber von gefälschten Kunstwerken.

b) Zentrale Bearbeitung von Anzeigen über Kunstwerkfälschungen, die Aufsehen erregen oder ihrer Art und ihrem Umfang nach von besonderer Bedeutung sind.

c) Ständige Zusammenarbeit mit der Reichskammer der bildenden Künste und deren Landesleitungen, mit der Forschungsgemeinschaft „Das Ahnenerbe“, den Leitern von Museen und öffentlichen Kunstsammlungen, dem „Internationalen Verband von Museumsbeamten zur Abwehr von Fälschungen und unlauteren Geschäftsgebahren“ und mit den maltechnischen Forschungsanstalten.

(3) Die Ortspolizeibehörden und die Gendarmerie haben in jedem Falle über das Auftauchen von gefälschten oder verfälschten Gegenständen, sofern es sich um bedeutende oder anerkannte Werke der bildenden Kunst handelt, und über den Vertrieb solcher Kunstwerke innerhalb ihres Dienstbereiches unverzüglich ihrer Kriminalpolizei(leit)stelle Meldung zu erstatten. Ebenso haben sie Verfahren gegen Fälscher

oder Vertrieber von Kunstgegenständen zu melden. Die Kriminalpolizei(leit)stellen haben im Meldeblatt die Ortspolizeibehörden und die Gendarmeriedienststellen hierauf hinzuweisen und haben selbst, sobald sie von Kunstwerkfälschungen oder dem Vertriebe solcher Fälschungen Kenntnis erlangt haben, unverzüglich an das Reichskriminalpolizeiamt — Reichszentrale zur Bekämpfung von Kunstwerkfälschungen — zu berichten.

(4) Die Staatspolizei(leit)stellen und SD-(Leit)Abchnitte haben die in ihrem Dienstbereich anfallenden Vorgänge über Kunstwerkfälschungen der zuständigen Kriminalpolizei(leit)stelle mitzuteilen.

(5) Die Reichskammer der bildenden Künste hat ihre Landesleitungen angewiesen, ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Bekämpfung der Kunstwerkfälschungen in ständiger Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei durchzuführen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 143.

Erholungsurlaub für die Beamten der Sicherheitspolizei.

RDErl. des RSHR/ChdDPol. im RMdJ. vom 9. 7. 1941

— S I R 1 a Nr. 120/41 — *)

(1) Der Erholungsurlaub für die Beamten der Sicherheitspolizei ist bisher nicht nach einheitlichen Richtlinien gewährt worden, sondern z. T. noch nach den Vorschriften der früheren Länderbehörden. Auf Grund des § 17 Abs. 3 des am 1. 7. 1937 in Kraft getretenen neuen Deutschen Beamtengesetzes ist eine Neuregelung des Erholungsurlaubs für alle Beamten von der Reichsregierung in Aussicht genommen, aber noch nicht abgeschlossen und jetzt bis zur Beendigung des Krieges zurückgestellt worden. Zur Behebung aller Zweifel wird darauf hingewiesen, daß bis auf weiteres für die Beamten im Reichshaushalt — also auch für die

*) Sonderabdrucke dieses RDErl. können in beschränktem Umfange beim RSHR — I R 1 — angefordert werden.

gesamte Sicherheitspolizei — die „Richtlinien für die Erteilung des Erholungsurlaubs für die Reichsbeamten“ vom 9. 3. 1925 in der Fassung vom 6. 3. 1928 gelten (RBefBl. 1925 S. 75 u. 1928 S. 55).

(2) Hiernach erhalten Erholungsurlaub:

a) Planmäßige Beamte:

Urlaubs- gruppe	Besoldungs- gruppe	Alters- abteilung 1: bis zu 30 Jahren	Alters- abteilung 2: 30 bis 40 Jahre	Alters- abteilung 3: über 40 Jahre
		Kalendertage		
A	A 11	16	21	28
B	A 6—A 10	18	25	31
C	A 4 u. A 5	21	28	35
D	A 2 u. A 3	25	31	37
E	A 1 u. darüber	29	37	42

Maßgebend für die Einreihung in die Urlaubsklassen ist die Besoldungsgruppe, nach deren Stufen der Beamte seine Bezüge erhält. Hat ein Beamter beim Antritt seines Urlaubs das ihn zu einer längeren Urlaubsdauer berechtigende Lebensjahr noch nicht vollendet, so wird ihm der längere Urlaub gewährt, wenn die Vollendung dieses Lebensjahres innerhalb des Rechnungsjahres eintritt.

b) Außerplanmäßige Beamte über 30 Jahre oder mit einer außerplanmäßigen Dienstzeit von mehr als drei Jahren:

Urlaubsdauer wie zu a). — für die Einreihung in die Urlaubsklassen ist die BesGr. maßgebend, in der der Beamte bei regelmäßigem Verlauf seiner Dienstlaufbahn zuerst planmäßig angestellt wird. Die außerplanmäßige Dienstzeit von drei Jahren muß der Beamte im Laufe des Urlaubsjahres vollenden.

c) Die übrigen außerplanmäßigen Beamten:

1. Urlaubsdauer wie zu a), jedoch ist der Urlaub im 1. Dienstjahr der außerplanmäßigen Dienstzeit um 5 Kalendertage, im 2. Dienstjahr der außerplanmäßigen Dienstzeit um 3 Kalendertage, im 3. Dienstjahr der außerplanmäßigen Dienstzeit um 2 Kalendertage zu kürzen.

2. In die Urlaubsklassen werden die Beamten wie zu b) eingereiht. Maßgebend ist das Jahr der außerplanmäßigen Dienstzeit, das der Beamte im Laufe des Urlaubsjahres vollendet. Eine planmäßige Anstellung während des Urlaubsjahres bleibt selbst dann unberücksichtigt, wenn ihr rückwirkende Kraft beigelegt ist.

d) Beamte im Vorbereitungsdienst:

Nach sechsmonatiger Dauer des Vorbereitungsdienstes kann ihnen gewährt werden,

1. soweit sie das 30. Lebensjahr vollendet haben, der für planmäßige Beamte vorgesehene Urlaub unter Kürzung um 5 Tage,

2. soweit sie das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, der für außerplanmäßige Beamte vorgesehene Urlaub unter weiterer Kürzung um 3 Tage. Maßgebend ist das Lebensalter, das der Beamte im Laufe des Urlaubsjahres vollendet.

3. Den Versorgungsanwärtern im Vorbereitungs- und Probendienst ist der für planmäßige Beamte vorgesehene Urlaub zu gewähren. Für die Einreihung in die Urlaubsklassen ist die BesGr. maßgebend, in der der Beamte bei regelmäßigem Verlauf seiner Dienstlaufbahn zuerst planmäßig angestellt wird.

Zusatzurlaub.

(3) a) Diejenigen Beamten, die auf Veranlassung ihres Dienstvorgesetzten den Erholungsurlaub in der Zeit vom 1. 11. bis zum 30. 4. nehmen müssen, erhalten einen Zusatzurlaub bis zu höchstens 7 Tagen; fällt der Urlaub nur zum Teil in

diese Zeit, so verringert sich der Zusatzurlaub entsprechend. Beamten, die erst in der Zeit vom 1. 11. bis zum 30. 4. beurlaubt werden können, weil sie nach Abs. 2 d) vor ihrer Beurlaubung sechs Monate Dienst getan haben müssen, wird der Zusatzurlaub nicht gewährt.

b) Schwerkriegsbeschädigte und Schwerunfallverletzte Beamte (das sind Beamte, die in ihrer Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 v. H. beschränkt sind) dürfen auf Antrag einen längeren Erholungsurlaub erhalten, wenn dies aus gesundheitlichen Gründen nach einem von dem Beamten beizubringenden ärztlichen Zeugnis im Einzelfall erforderlich ist. Von der Einforderung eines ärztlichen Zeugnisses kann abgesehen werden, wenn der Zusatzurlaub nicht mehr als 7 Tage betragen soll und nach dem allgemeinen Gesundheitszustand des Beamten und der Art seiner Beschädigung ohne weiteres als begründet angesehen werden kann.

(4) Für die hauptamtlichen SD-Angehörigen behält es bei der bisherigen Urlaubsregelung einstweilen sein Bewenden.

(5) Die RdErlasse vom 11. 3. 1941 — I C (a) 1 f Nr. 103/41 — (nicht veröffentl.) und vom 12. 5. 1941 — S I A 1 Nr. 120/41 — (Befehlsbl. S. 83) sowie die Sonderregelungen für die Ost-, Südost- und besetzten Gebiete bleiben unberührt.

(6) Für den Erholungsurlaub der Kriminalangestellten gilt die Dienstordnung für die Kriminalangestellten der Sicherheitspolizei vom 15. 10. 1937 — S D 2 Nr. 17/37 —. Da sich die Urlaubsklassen noch nach dem alten Reichsangestelltentarif richten, ist hier bereits mit Erl. vom 22. 11. 1938 — S D 2 Nr. 7587/38 — eine Angleichung an die seit dem 1. 4. 1938 gültige Tarifordnung A (für Angestellte) vorgenommen worden. Der Abschnitt „VII Jahresurlaub“ der Dienstordnung für die Kriminalangestellten der Sicherheitspolizei erhält daher folgende Fassung:

„Für die Urlaubsgewährung an Kriminalangestellte gilt § 11 der Tarifordnung A für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst; es gehören

zur Urlaubsklasse C

die Kriminalangestellten der Grundvergütungen
2000 bis 3300 RM,

zur Urlaubsklasse B

die Kriminalangestellten der Grundvergütungen
3600 bis 5400 RM und

zur Urlaubsklasse A

die Kriminalangestellten der Grundvergütung
6000 RM.“

(7) Bei Erkrankungen ist in Verbindung mit dem Erholungsurlaub folgendes zu beachten:

a) Bei Dienstunfähigkeit ist Erholungsurlaub außerhalb der Krankheitsdauer im Umfang der allgemeinen Urlaubsregelung zu gewähren.

b) Bei Erkrankungen, die keine Dienstunfähigkeit zur Folge haben, aber ein Aussetzen des Dienstes, auch in Verbindung mit einer Kur oder Nachkur, erforderlich machen, entscheidet der Dienstvorgesetzte, ob und inwieweit ein solcher Urlaub auf den Erholungsurlaub anzurechnen ist.

(8) Der Erholungsurlaub ist stets so rechtzeitig zu beantragen, daß die Regelung der Vertretung noch vor dem Urlaubsantritt möglich ist.

(9) Zusatz für das Reichssicherheitshauptamt:

Die Urlaubsanträge der Beamten des Reichssicherheitshauptamtes sind stets den Geschäftsstellen der Ämter zur Genehmigung vorzulegen. Über den Erholungsurlaub der zum Reichsministerium des Innern gehörigen Beamten ergeht besonderer Erlaß.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 143.

Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums

RdErl. des RSGH vom 18. 7. 1941 — IV C 3 (neu) —

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 37) teile ich folgende Einreichungen mit:

Kuchhoff, Joseph: „Wir gehen zum Vater“, Verlag: A. Laumann'sche Verlagsbuchhandlung, Dülmen i. W.

Lang, Ernst: „Der Ausweg“, Verlag Schwert und Schild, Diesdorf bei Gatersdorf.

Köberle, Prof. Dr. Adolf: „Christenstand und Alltag“, Stiftungs-Verlag, Potsdam.

Trapp, Maxim: „Warum sterben viele Menschen zu früh?“, Verlag Robert Noske, Borna bei Leipzig, 1939.

Wirth, Hans: „Das große Ärgernis — Christus und wir Christen“, Tyrolia-Verlag, Innsbruck-München.

Schäppe, Dr. theol. P. Franz Solan: „Die katholische Missionschule im ehemaligen Deutsch-Ostafrika“, Verlag: Ferdinand Schöningh, Paderborn.

Grüner, Dr. Leop., Kaplan: „Der neue Mensch“, Verlag: F. Gschers, Dresden i. W.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 145.

Sammlungen in Diensträumen.

RdErl. des RSGH vom 19. 7. 1941 — II B 1 Nr. 685/41-151 —

(1) Nach dem RdErlaß des Reichsministers des Innern, zugleich im Namen sämtl. Reichsminister usw. vom 22. 9. 1938 (RMBlD. S. 1581) sind Sammlungen jeder Art in den Dienstgebäuden der öffentlichen Behörden grundsätzlich untersagt. Von diesem allgemeinen Sammlungsverbot waren durch die RdErlasse des RMDJ. vom 9. 1. 1940 und 1. 8. 1940 (RMBlD. S. 67 u. 1574) Sammlungen für das Kriegsmunterhilfswerk sowie Sammlungen zugunsten des Kriegshilfswerks für das Deutsche Rote Kreuz unter bestimmten Voraussetzungen ausgenommen worden. Die RdErlasse vom 9. 1. und 1. 8. 1940 sind inzwischen durch den RdErl. des RMDJ. vom 30. 6. 1941 (RMBlD. S. 1197) auf Anregung der Partei-Kanzlei aufgehoben worden.

(2) Damit ist auch für die Dienststellen der Sicherheitspolizei u. des SD das allgemeine und grundsätzliche Sammlungsverbot gemäß RdErl. des RMDJ. usw. vom 22. 9. 1938 — II SB 1139 II/38-6960 — (RMBlD. S. 1581) wieder in Kraft getreten.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 145.

Geheime Staatspolizei.**Heizungsanlagen in Dienstkraftfahrzeugen der Sicherheitspolizei (Geh. Staatspolizei).**

RdErl. des RSGH vom 14. 7. 1941 — II D 3 a Nr. 1094/41 —

(1) In den vergangenen Wintermonaten sind bei einzelnen Staatspolizei(leit)stellen verschiedene Dienstkraftwagen ohne vorherige Genehmigung mit Heizungsanlagen ausgerüstet worden.

(2) Der Einbau von Heizungsanlagen wird hiermit grundsätzlich verboten.

(3) Bereits eingebaute Heizungsanlagen dürfen nicht mehr in Betrieb genommen werden, sofern sie Betriebs- oder

Unterhaltungskosten verursachen. Dabei wird besonders darauf hingewiesen, daß unter Betriebskosten auch jede direkte oder indirekte Stromentnahme aus der Batterie eines Fahrzeuges zu verstehen ist.

(4) Reparaturbedürftige Heizungsanlagen sind nicht wieder instandzusetzen.

(5) Für die notwendige Heizung von Dienstkraftfahrzeugen sind Katalyt-Öfen zu beschaffen. Die Kosten sind aus den laufenden Kassenanschlagmitteln bei Kapitel 14 a Titel 42 Unterteil 1 zu bestreiten.

An die Geh. Staatspolizei.

— Befehlsblatt S. 145.

Reichskriminalpolizei.**Buch Nr. 1 der Schriftenreihe des Reichskriminalpolizeiamtes.**

RdErl. des RSGH vom 7. 7. 1941

— V B 1 Nr. 807/40 IV —

(1) Nach Fertigstellung einer Neuauflage des Buches Nr. 1 der Schriftenreihe des Reichskriminalpolizeiamtes „Organisation und Melbedienst der Reichskriminalpolizei“ wird der Kriminal-Wissenschaft und -Praxis Verlag, E. Jandke, Berlin N 54, Schwebter Str. 263, den Dienststellen der Staatl. Kriminalpolizei die erforderliche Anzahl von Exemplaren übersenden.

(2) Die gemäß RdErl. vom 28. 6. 1940 (Befehlsbl. S. 65) eingesandten Bedarfsmeldungen bieten keine geeignete Grundlage einer Verteilung des Buches auf die Dienststellen der Staatl. Kriminalpolizei, weil sie nach nicht einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellt worden sind und vielfach in irrümlicher Auslegung des RdErl. auch den Bedarf der Gendarmerie und Gemeindekriminalpolizei erfassen. Der Verteilung des Buches wird daher folgender Schlüssel zugrunde gelegt: die Kriminalpolizeileitstellen erhalten je 25, die Kriminalpolizeistellen und die Einsatzkommandos der Sich.Polizei im Elsaß und in Lothringen je 15 und der Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD in Krakau 55 Exemplare.

(3) Die Bücher sind von den Kriminalpolizei(leit)stellen auf die Dienststellen der Staatl. Kriminalpolizei in jedem Kriminalpolizeistellenbereich (Krim.-Abteilungen, -Inspektionen und -Außendienststellen) zu verteilen.

(4) Die Beschaffung erfolgt aus Mitteln des Reichssicherheitshauptamtes, dem Durchschrift der Empfangsbescheinigung einzusenden ist.

(5) a) Zur Deckung des Bedarfs der Gemeindekriminalpolizei hat sich der Verlag bereit erklärt, Bestellungen auf das Buch Nr. 1 der Schriftenreihe des RKPV zum Preise von 3,25 RM je Stück auszuführen. Dieser Preis kann jedoch nur innegehalten werden, wenn Sammelbestellungen des Buches für den Bereich jeder Kriminalpolizeileitstelle erfolgen. Der Versand wird danach an die Kriminalpolizeileitstellen vorgenommen, denen die Weiterleitung der bestellten Exemplare obliegt.

b) Die Kosten der Lieferung und des Verfandes gehen zu Lasten der anfordernden Gemeindekriminalpolizeidienststelle.

c) Um den Bezug zu dem genannten Preis, an den sich der Verlag unter Berücksichtigung der geschilderten Voraussetzung bis zum 1. 10. 1941 gebunden hält, zu ermöglichen, stelle ich anheim, gegebenenfalls nach diesen Richtlinien zu verfahren.

An die Staatl. Kriminalpolizei.

— Befehlsblatt S. 145.

Verbotene Mittel zur Empfängnisverhütung (4. Ergänzung).

RdErl. des RSGH vom 7. 7. 1941 — V B 3 Nr. 1139/41 —

Als Nachtrag zu meinem RdErl. vom 20. 2. 1941 (Befehlsbl. S. 37) und den dazu ergangenen Ergänzungen

vom 8. 3., 22. 3. und 12. 5. 1941 (Befehlsbl. S. 44, 59 u. 84) teile ich nachstehend eine Liste weiterer in- und ausländischer Mittel der im Abf. 1 des Erlasses vom 20. 2. 1941 bezeichneten Art mit:

a) Pasten:

Liebfroda: „Chemidroga“, E. v. d. Driesch, Berlin SW 68, Hollmannstr. 11.
 Mil-San: N. D. Chem.-pharm. Fabrik „Menoline“, Den Haag, Nieuwe Wille 15 (Holland).
 Ortho-Gynol: Johnson u. Johnson, Ltd., Sough, Bucks (England).
 Sternal: Apotheker Franz Koenigsberger GmbH., Berlin N 24, Johannisstr. 18/19.

b) Tabletten, Vaginal-Kugeln usw.:

Alvitrol (Tabletten): Firma Walter Lewinski, Rauen i. Mark.
 Antikonceps Sayrell (Glob. vagin.): Apotheke „Zum Heiligen Rissi“, Preßburg, Sturgasse 6b (Slowakei).
 Eros-frauen (Kugeln) (Ovula) Dr. Engler: „Eros“ A. G., Chem.-pharm. Laboratorium, Zürich 27 (Schweiz).
 Comolo (Tabletten): H. R. Napp Ltd., 3 u. 4, Clements, Inn, Kingsway, London WC2 (England).
 Markosterol (Globuli): Fabrik chem.-pharm. Spezialpräparate, Apotheker A. Löw, Wien III, Steingasse 7.
 Merkurin-Ufarom (Tabletten): „Ufarom“, vorm. Egger & Co., A. G., Cluj, Str. Sacuiasca 6 (Rumänien).
 Neo-Spermol: Paradiesvogel-Apotheke, Dr. O. Brunner, Zürich, Limmatquai 110 (Schweiz).
 Osteria (Globuli): Friedrich Heidemann, Kontor pharm. Präparate, Bremen, Postfach 329.
 Pannazee-Tabletten „Schade“: Berthold Schade, Berlin-Charlottenburg, Leibnizstr. 96.

Provaginal (Ovula): Laboratoires Bottu, 115, Rue Notre-Dame-des-Champs, Paris VIe (Frankreich).

Prophylactol „Eko“ (Supposit): „Eko“ Ph. Mr. E. Kolar, Dr. Mr. B. Rakusan, Prag XII, Uruguayska ul. 6 (Protektorat).

Sterilamin (Tabletten): „Sapic“ S. A., Str. Cazarnei 89, Bukarest (Rumänien).

Talisman-frauen (Kugeln) (Tabletten): Gbr. Banderkow, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7-8.

Tropovale „Unger“: H. Unger, Berlin-Schöneberg, Bayrischer Platz 7.

Tutament (Tabletten): Dr. Schweitzer GmbH., Berlin-Reinickendorf, Scharnweberstr. 67/68.

Vagipurin, früh. Bismors (Tabl.): „Bika“ Chem. pharm. Fabrik, Stuttgart, Talstr. 47.

Vero-Schutz „Apotheker O. Müller“ (Tabletten): August Müller & Co., Laboratorium „Hansa“, Berlin-Friedrichshagen, Rhodanallee 49.

Wiba-Sicherheitskugeln: Laboratorium „Wiba“, Wuppertal-Barmen, Rittershausen.

c) Spülpulver:

Turbulan-A: Löns & Co., K. G., Hannover, Tivolistr. 3.

d) Spülflüssigkeit:

Bidelactan: M. Ptacek, Stadt-Apotheke, Mährisch-Ostau, Masarykovo nm 18 (Protektorat).

Lavagin-„Kolin“: Aktien-Fabriken zur Erzeugung von Chemikalien, Kolin (Protektorat).

Zusatz für die Krim. Pol. (Zeit) stellen: Dieser Erlass ist im Meldeblatt abzudrucken.

An die Staatl. Kriminalpolizei. — Befehlsblatt S. 145.

Verschiedenes.

Neue Anschrift der SD-Hauptaußenstelle Münster i.W.

RdErL. des RStH vom 23. 7. 1941 — II A 1 d Nr. 4228/41 —

Die SD-Hauptaußenstelle Münster ist mit Wirkung vom 22. 7. 1941 nach Münster, Staufenstr. 8 (Tel.: 41 680), verzogen. Verschlußsachen sind zu richten an den

Sicherheitsdienst des RStH

SD-Hauptaußenstelle Münster

3. Hd. von H-Obersturmführer

Helmuth Fiegler o. D. i. A.

Münster i. W., Staufenstr. 8.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 146.

Personalmittelungen.

Befehlshaber und

Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt: Zu Pol.Insp.: die Pol.Insp.Anw. Hannig (Kdr. Krakau), Grudno (Warschau), Gogg (Dublin), Hering (Radom).

Staatspolizei(Leit)stellen.

Ernannt: Zu Pol.Insp.: der a. pl. Pol.Insp. Biermann (Breslau) und die Pol.Insp.Anw. Rippelbeck (Salzburg), Uhle (Saarbrücken), Lideka (Trier), Weber, Gustav (Regensburg), Nigbur (Hamburg), Dorow (Bromberg), Reinhardt (Berlin).

Verfekt: Pol.Ob.Insp. Wagner, Erich (Breslau) zur AdSt. Liegnitz;

die Pol.Insp. Freuwört (Braunschweig) zum RStH, Twarek (Kattowitz) nach Wilhelmshaven;

die Krim.Komm. Erdbrügger (Köslin) nach Stettin — unter Aufhebung seiner Abordnung —, Timmermann (Bremen — GPK. Luchaven) zum GPK. Bremen-Hafen; die Krim.-Komm. 3. Pr. Müller, Wilhelm (Bremen) nach Düsseldorf — GPK. Emmerich — u. Jensen (Düsseldorf) nach Bremen.

Kriminalpolizei(Leit)stellen und Krim.Abteilungen.

Ernannt: Zu Krim.Kommissarinnen a. Pr.: die Krim.Ober-

sekretärinnen Kloppenburg (Bremen), Koepfel (Dortmund), Friedrichs (Hamburg), Bock von Wülffingen (Dresden), Tabbert (Kiel), Teidner (Halle), Templin (Posen), Rost (Karlsruhe) und Weniger (Lithmannstadt).

Verfekt: Krim.Kat Küßner (Stapo Hannover) zur KPS. Kiel; die Krim.Komm. Labitzke (Budweis) nach Prag, Gornickel (Berlin) zum RStH, Dillge (Wuppertal) nach Dresden, Holz (Dresden) nach Wuppertal, Laupitz (Salzburg) zur Gem.Kripo Oldenburg.

SD.

Kommandiert: Die H-H-Stuf. Jüterbock zum Befh. Krakau und Quante zum SD-LA Reichenberg; die H-O-Stuf. Bauer zum SD-LA Reichenberg, Gunkel zum SD-Abdn. Neustettin, Schmidt zum SD-Abdn. Linz, die H-U-Stuf. Bergelt und Hemm zum Befh. Oslo, Rimpler zum SD-LA Breslau; H-O-Scharf. Frommeyer zum SD-Abdn. Zichenau.

Berichtigung: Die im Befehlsbl. 1941 S. 137 veröffentlichte Kommandierung des H-O-Stuf. Dr. Schramm zur Nebenstelle Paris der EWJ. ist aufgehoben worden.

— Befehlsblatt 1941 S. 146.

Befehlsblatt

Ausgabe B

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einfseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preussische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 29

Berlin, den 2. August 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RDErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RDErl. 23. 7. 41 Ernennungen u. Beförderungen von Angeh. d. Sich. Pol. u. d. SD, die zum Wehrdienst einberufen sind. S. 147. — RDErl. 23. 7. 41 Altbewirtschaftung. S. 147. — RDErl. 24. 7. 41 Rundfunkgeräte im Dienstgebrauch. S. 149. — RDErl. 28. 7. 41 Einstellung v. W-Erfahreservisten mittels der Notdienstverpflichtung. S. 149. — RDErl. 30. 7. 41 Übersicht über die allgemeinen Erlasse des RSHa (Stand Oktober 1940). S. 149.

Geh. Staatspolizei. RDErl. 28. 7. 41 feststellung der Volks- u. Staatsfeindlichkeit gegenüber emigrierten Juden deutscher Reichsangehörigkeit. S. 149.

Verschiedenes. Berichtigung des Verzeichnisses der an das fS-Netz angeschlossenen Dienststellen. S. 150.

Personalmitteilungen. S. 150.

Sicherheitspolizei und SD.

Ernennungen und Beförderungen von Angehörigen der Sicherheitspolizei u. des SD, die zum Wehrdienst einberufen sind. RDErl. des RSHa vom 23. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 101/41 —

(1) Ich weise auf die Beachtung der Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 7. 9. 1939 (RGBl. I S. 1701) über die Bekanntgabe von Ernennungs- und Beförderungserlassen nebst Zusatzverordnung vom 15. 1. 1940 (RGBl. I S. 195) hin und erlaube, von der Verordnung vom 7. 9. 1939 über die Veröffentlichung der Ernennungen oder Beförderungen von Beamten und Angehörigen des SD, die sich im Wehrdienst befinden, weitgehenden Gebrauch zu machen, damit Benachteiligungen der an der Front stehenden Männer unbedingt vermieden werden. Wenn die Urkunde nicht überfandt wird, ist sie von der Heimatdienststelle aufzubewahren. In diesen Fällen ist eine schriftliche Benachrichtigung über die Ernennung oder Beförderung angebracht.

(2) Zur Durchführung dieser Maßnahmen haben auch die nachgeordneten Dienststellen im Rahmen ihrer Ernennungsbefugnis die Veröffentlichung im „Befehlsblatt des Chefs der Sicherheitspolizei u. des SD“ unter dem Abschnitt „Personalmitteilungen“ unmittelbar durch Schnellbriefbericht an die Schriftleitung des Befehlsblatts im RSHa selbst zu veranlassen. Dem Bericht ist von dem zu veröffentlichenden Text stets ein Durchschlag beizufügen.

(3) Die Ausdehnung der Verordnungen auf die im auswärtigen Einsatz stehenden Beamten der Sicherheitspolizei ist bereits angeregt.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 147.

Altbewirtschaftung.

RDErl. des RSHa vom 23. 7. 1941

— II D 3 b/3 a Nr. 1221/41 —

Nachstehende Anordnungen der Reichsstelle für Mineralöl vom 8. 7. 1941 (veröffentl. im Deutschen Reichsanzeiger

u. Preussischen Staatsanzeiger Nr. 157 vom 9. 7. 1941) werden hiermit zur Kenntnis gebracht. Künftig ist entsprechend zu verfahren.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 147.

Anordnung Nr. 40

der Reichsstelle für Mineralöl.

Altbewirtschaftung.

Vom 8. Juli 1941.

Auf Grund der Verordnung über den Warenverkehr in der Fassung vom 18. August 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1431) und der Bekanntmachung über die Reichsstellen zur Überwachung und Regelung des Warenverkehrs vom 18. August 1939 (Deutscher Reichs- und Preussischer Staatsanzeiger Nr. 192 vom 21. August 1939) wird mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers angeordnet:

§ 1

Gebrauchte Mineralöle aller Art, insbesondere Ablauföle aus Verbrennungskraftmaschinen, Industrieböle, Isolieröle, Putzwolleöle, verschmutzte Lösungsmittel (Spezial- und Testbenzin, Waspetroleum) sind von demjenigen, bei dem sie anfallen, vor zusätzlicher Verschmutzung geschützt, sowie nach den einzelnen Sorten getrennt zu sammeln und gemäß den nachfolgenden Bestimmungen der Aufarbeitung zuzuführen.

§ 2

(1) Gebrauchte Mineralöle sind an Mineralölhändler oder zugelassene Regenerierbetriebe (§ 3 Abs. 1) zu veräußern oder bei den letzteren gegen Lohnzahlung aufarbeiten zu lassen. Die Mineralölhändler sind verpflichtet, die gebrauchten Mineralöle zugelassenen Regenerierbetrieben zuzuführen.

(2) Die nach Abf. 1 zur Ablieferung von Altlöl Verpflichteten müssen die gebrauchten Mineralöle mindestens alle 3 Monate, spätestens bis zum 10. Tage jedes Kalendervierteljahres zum Kauf oder zur Lohnaufarbeitung anbieten.

§ 3

(1) Die Befreiung gebrauchter Mineralöle von Verunreinigungen und Beimischungen aller Art (Regenerierung) durch chemische und physikalische Verfahren oder eines von diesen darf nur in den von der Reichsstelle für Mineralöl, Berlin SW 68, Krausenstraße 22/24, zugelassenen Regenerierbetrieben erfolgen. Die Zulassung kann an Bedingungen und Auflagen geknüpft und auf bestimmte Mengen begrenzt werden. Sie ist jederzeit widerruflich. Die Regenerierbetriebe, welche Altlöl für eigene Rechnung und gegen Lohnzahlung aufarbeiten dürfen, werden im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger bekanntgegeben.

(2) Für diejenigen Betriebe, welche schon vor Inkrafttreten dieser Anordnung die im eigenen Betrieb anfallenden Öle für den Eigenverbrauch regeneriert haben, gilt die nach Abf. 1 erforderliche Zulassung als widerruflich erteilt.

§ 4

(1) Die aufgearbeiteten Mineralölschmieröle sollen mindestens den vom Fachnormenausschuß für Schmiermittel anforderungen herausgegebenen Richtlinien für Einkauf und Prüfung von Schmiermitteln (zu erhalten bei der Beuth-Vertriebs-G. m. b. H., Berlin SW 19, Dresdener Str. 97) entsprechen.

(2) Aufgearbeitetes Mineralölschmieröl darf nur dann in den freien Verkehr gebracht werden, wenn der Veräußerer sich unter Beachtung der in den obigen Richtlinien angegebenen Ermittlungsmethoden von der Erfüllung der Gütevorschriften überzeugt hat.

(3) Der Reichsstelle für Mineralöl ist jederzeit Einsicht in die Betriebsbücher und Analyseergebnisse zu gewähren. Sie kann von ihren Beauftragten die Betriebe unter Entnahme von Proben eingehend überprüfen lassen.

§ 5

Die Reichsstelle für Mineralöl kann in besonders begründeten Fällen Ausnahmen von dieser Anordnung zulassen. Die Ausnahmegewilligung kann an Bedingungen und Auflagen geknüpft und jederzeit widerrufen werden.

§ 6

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden nach §§ 10, 12—15 der Verordnung über den Warenverkehr bestraft.

§ 7

Diese Anordnung tritt am 18. Juli 1941 in Kraft. Sie gilt auch für die eingegliederten Ostgebiete und die Gebiete von Eupen, Malmedy und Moresnet. Mit Inkrafttreten dieser Anordnung treten die Vorschriften der Anordnung Nr. 20 vom 10. Januar 1939 (Deutscher Reichs- und Preussischer Staatsanzeiger Nr. 13 vom 16. Januar 1939) außer Kraft.

Berlin, den 8. Juli 1941.

Der Reichsbeauftragte für Mineralöl.
J. A. Budczies.

Bekanntmachung Nr. 1

der Reichsstelle für Mineralöl vom 8. Juli 1941
zur Anordnung Nr. 40 (Altlölbewirtschaftung).

Vom 8. Juli 1941.

Auf Grund des § 3 Absatz 1 der Anordnung Nr. 40 der Reichsstelle für Mineralöl werden nachstehend die Unternehmungen veröffentlicht, die zur unbeschränkten Regenerierung von gebrauchten Mineralölen zugelassen sind:

Sitz der Firma:

Name der Firma:

Berlin-Adlershof, Volkswohlstr. 166	Gebr. Avenarius
Berlin-Britz, Gradestr. 83	Pintsch-Öl G. m. b. H.
Berlin-Charlottenburg 9, Adolf-Hitler-Platz 7—9—11	Deutsche Gasolin Aktien-gesellschaft
Berlin-Rudow, Stubenrauchstraße	Mineralöl-Raffinerie Teutonia G. m. b. H.
Berlin-Rudow, Kanalstr. 47—51	Paul Neuling Mineralöl-Raffinerie
Bremen, Postfach 755	Mineralöl-Raffinerie vorm. August Korff
Bremen-Holzhafen, Liebauer Straße	Deutsche Mineralölwerke Nachf. Joh. Lorenz Beh
Breslau 24, Hermannstädter Straße Nr. 1—5	Greiner & Koblitz
Dortmund-Wickede, Seldtestr. 118	Friedrich Fründ & Co.
Dortmund, Tankweg 50	Westfälische Mineralöl- und Asphaltwerke W. H. Schmitz K. G.
Duisburg-Wanheimerort, Forststr. 44	A. Lensvelt & Sohn
Frankfurt/Main - Sachsenheim, Casellastraße 31	Südwestöl-Raffinerie August Kroschopf
Freiburg/Breisgau, Katharinenstr. 16	Adolf Kieffer & Co.
Freital/Sa., Birckiger Str. 11	Hans Joachim Kettlich
Freudenstadt	Georg Oest & Cie.
Gau Algesheim/Rhein	Gebr. Avenarius Chem. Fabrik
Halle/Saale-Diemitz, Postschloß-fach 380	Fritz Stenzel K. G. Mineralöl-Raffinerie
Hamburg-Wilhelmsburg, Reiherstiegdeich 252	Deutsche Petroleum A. G. Erdölwerke
Hamburg 1, Spitalerstr. 12	Deutsche Vacuum - Öl-Aktiengesellschaft
Hamburg 1, Ferdinandstr. 55—57	Johann Haltermann
Hamburg-Wilhelmsburg, Schmidtstraße 13	Mineralölverarbeitung Weiß & Co. G. m. b. H.
Hamburg 1, Alsterufer 4—5	Rhenania-Offag Mineralölwerke A. G.
Hervest-Dorsten 11, Bismarckstraße Nr. 25—27	Wilh. Otto Duesberg & Co.
Hindenburg/Oberschlesien, Kronprinzenstraße 367	Wasserwerk Deutsch-Oberschlesien GmbH.
Insterburg/Ostpr., Hindenburgstraße 21	Chemische Fabrik Gustav Drengwitz
Kiel-Haffsee, Neuenrade 2—10	Mineralölwerke F. Harmisen
Kierspe-Bahnhof/Westfalen	Kattwinkel & Kuhbier
Klassenbach/Erzgebirge, Adolf-Hitler-Straße 3	Bremer Chemische Fabrik A. G.
Koblenz-Lützel, Andernacher Straße Nr. 162	Dr. H. Günecke Chem. Fabrik
Korbach, Bez. Kassel, Schloßfach 60	Karl Pohlmann Mineralöl-Raffinerie
Kronach/Bayern	Franz Voigtländer Mineralölwerk
Ladenburg a. Neckar	Becker & Co. Mineralöl-Raffinerie
Leipzig O 27, Holzhäuser Straße 110	Öl-Aufbereitung Gustav Rauch
Leopoldshall-Staßfurt, Hohenerle-bener Straße 41	Fischer & Comp.
Mainz-Gonsenheim, Jahnstr. 48	Dr. C. Grunert
Messel b. Darmstadt	Jost & Bernhard

Mittelbach, Bez. Chemnitz	Mineralölindustrie W. Franz
Nordhausen a. H.	Spengemann & Co.
Nürnberg 34	Durbanolwerk Hans Durban
Oberhausen/Rheinland, Güterstraße Nr. 12	Ölwerk Tedden G. m. b. H.
Opladen	„DOR“ Mineralöl-Raf- finerie Rothert & Co.
Osnabrück, Neulandstraße 34—38	Chemische Fabrik Osn- abrück Möllering & Co. H. G.
Ottobrunn b. München, Rosenheimer Landstraße 6	JOG Ludwig Jerzog Mineralöl-Raffinerie
Regensburg, Dalbergstraße 6	Michael Barthel & Co. Chemische Fabrik G. m. b. H.
Stuttgart 13, Talstraße 36	„Süddöl“ Mineralöl-Raf- finerie G. m. b. H.
Stuttgart-Bad Cannstatt, Quellen- straße 26	Gottlob Epple
Wien 10, Hausergasse 24—26	Bingen & Perkonigg, Gesellschaft für Ölver- wertung
Wien I, Bartensteingasse 3	Klederinger Mineralöl- Raffinerie Alfr. Ebert
Wörmlich/Halle-Saale, Halleische Straße 59—61	Huth & Richter Chem. Fabrik H. G.

Berlin, den 8. Juli 1941.

Der Reichsbeauftragte für Mineralöl.
J. A.: Budczies.

Rundfunkgeräte im Dienstgebrauch.

RdErl. des RSHH vom 24. 7. 1941 — II D 1 Nr. 1046/41 —

(1) Im Anschluß an den RdErl. des RSHH vom 20. 11. 1940 — I G 1 — (Befehlsbl. S. 163) wird angeordnet, daß sämtliche Dienst-Rundfunkgeräte des RSHH einzuziehen sind, soweit sie den einzelnen Dienststellen nicht auf Grund des vor-
genannten Runderlasses zu belassen sind.

(2) Die Durchführung obliegt dem Referat II D 1. Sämtliche Geräte, die den auf Grund des vorbezeichneten Erlasses berechtigten Dienststellen des RSHH verbleiben, werden mit einer Kennmarke plombiert und erhalten eine Kontrollnummer. Geräte ohne Plombe dürfen in Zukunft nicht mehr verwendet werden.

An die Dienststellen des RSHH. — Befehlsblatt S. 149.

Einstellung von H-Ersatzreservisten mittels der Notdienst- verpflichtung.

RdErl. des RSHH vom 28. 7. 1941 — I A 4 —

Aus gegebener Veranlassung wird auf folgendes hin-
gewiesen:

Bei Einstellungen bzw. Einberufungen mittels der Not-
dienstverpflichtung ist zu beachten, daß der Einzuberufende
— sofern er bereits im Besitz des Annahmescheines der
Waffen-H ist — in der Wehrüberwachung der zuständigen
Ergänzungsstelle der Waffen-H steht. Bevor die Notdienst-
verpflichtung solcher Ersatzreservisten durchgeführt wird, ist
mit der zuständigen Ergänzungsstelle der Waffen-H Ver-
bindung aufzunehmen mit dem Ziele, die vorherige Freigabe
zugunsten des SD zu erwirken. Bei Außerachtlassung dieser
Maßnahme läuft der Betreffende in der Wehrüberwachung
weiter und wird durch das Ergänzungsamt zur Dienstleistung
bei der Waffen-H einberufen. Die Ergänzungsstellen haben
auf Grund des Nichteintreffens der Männer bei den Truppen-
teilen erst durch Rückfrage bei den Wehrbezirkskommandos
feststellen können, daß sie bereits beim SD Dienst leisten. Um
diese Unzuträglichkeiten zu vermeiden, hat das Ergänzungs-
amt der Waffen-H beim Reichssicherheitshauptamt um ent-
sprechende Unterrichtung und Anweisung an die nachgeord-
neten Dienststellen gebeten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 149.

Übersicht über die allgemeinen Erlasse des Reichssicherheits- hauptamtes (Stand Oktober 1940).

RdErl. des RSHH vom 30. 7. 1941

— II A 1 Nr. 596/40-151 —

(1) Den Dienststellen der Sicherheitspolizei u. des SD geht
demnächst für den Dienstgebrauch eine „Übersicht über die
allgemeinen Erlasse des Reichssicherheitshauptamtes (Stand
Oktober 1940)“ zu. Ein Begleiterlaß ist der „Übersicht“ vor-
geheftet.

(2) Im Reichssicherheitshauptamt erfolgt die Ausgabe
über die Geschäftsstellen der Ämter auf der Grundlage des
Verteilers für das Befehlsblatt, Ausgabe A. Die Befehls-
haber und Kommandeure der Sich. Pol. u. des SD, die Staats-
polizei(leit)stellen und SD-(Leit)Abchnitte haben aus der
ihnen zugehenden Anzahl an Druckstücken nach Bedarf die
ihnen nachgeordneten Außenstellen und Grenzpol.-Kom-
missariate weiterzubeliefern. Die suspendierten Staatspolizei-
stellen und SD-(Leit)Abchnitte werden von hier aus unmittel-
bar beliefert. Die Außenstellen und Grenzpol.-Kommissariate
ihres früheren Dienstbereiches sind jedoch von den über-
nehmenden Staatspolizei(leit)stellen und SD-(Leit)Abchnitten
aus zu versorgen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 149.

Geheime Staatspolizei.

Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit gegenüber emigrierten Juden deutscher Reichsangehörigkeit.

RdErl. des RSHH vom 28. 7. 1941

— II A 5 Nr. 189/41-212 —

Über die staats- und vermögensrechtliche Behandlung
emigrierter Juden deutscher Reichsangehörig-
keit wird demnächst eine allgemeine Regelung getroffen
werden. Mit Rücksicht hierauf sind bis auf weiteres Anträge
nach Abs. (2) Ziff. 3 des RdErl. über die Feststellung der

Volks- u. Staatsfeindlichkeit und staatsfeindlichen Betäti-
gung im Sinne des § 615 a der RVO. vom 2. 4. 1941
— II A 5 Nr. 189/41-212-1 — (Befehlsbl. S. 67) nicht vor-
zulegen. Hinsichtlich emigrierter Juden, die eine auslän-
dische Staatsangehörigkeit erworben haben, können weiter-
hin Anträge auf Feststellung der Volks- u. Staatsfeindlich-
keit gestellt werden.

An die Staatspolizei(leit)stellen. — Befehlsblatt S. 149.

Verschiedenes.

Berichtigung des Verzeichnisses der an das Fernschreibnetz angeschlossenen Dienststellen.

(f. Befehlsblatt 1940 Seite 115.)

Durch die Änderung des Ortsnamens Ploch in Schröttersburg ist unter „P“ Ploch zu streichen und unter „Sch“ Schröttersburg einzutragen.

Unter P: Neu: Pgram, Ek., Belgrad,

Unter C: Neu: Cilli, Greko, Graz,
Unter G: Neu: Groß-Rosen, EL., Breslau,
Unter G: Neu: Gufen, KL., Mauthausen,
Unter L: Neu: Leitmeritz, ADSt., Reichenberg,
Unter S: Neu: St. Pölten, ADSt., Wien,
Unter Sch: Neu: Scharfenwiese, Greko, Zichenau.

— Befehlsblatt 1941 S. 150.

Personalmitteilungen.

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt: Zum Pol.Sekt. durch Uck. des RMdJ. v. 23. 7. 41 der Pol.Assistent Heinz-Rudolf Schultke (3. Jt. im Wehrdienst).

Kriminalpolizei(leit)stellen und Krim.Abteilungen.

Ernannt: Zu KrimDir.: Die Krim.Räte Geisler (Warschau) und Weber (Gladbach-Rheydt, 3. Jt. Luxemburg).

Verseht: Krim.Rat Schwab (Mannheim) nach Pforzheim, Krim.Komm. Dr. Absalon (Wien) nach Mannheim unter Aufhebung seiner Abordnung zum RSGP, Krim.Komm. a. Pr. Spengler (Dortmund) nach Berlin.

SD.

Verseht: H-H'Stuf. Peters zum Insp. Salzburg, unter gleichzeitiger Ernennung z. Personalref.

Kommandiert: H-O'Stuf. Teichmann zur EGr. Belgrad; die H-H'Stuf. Zuchristian zum Beauftr. des ChdSPudSD für Frankreich u. Belgien, Dienststelle Paris, und Bartelt zum SD-LA Hamburg, die H-O'Stuf. Mayr zur EGr. Belgrad, Dr. Müllner zum SD-LA Wien (Rückkommand.), Klink zum RSGP, Amt III, Bayerl zum SD-LA Stettin, Körner zum SD-Abdn. Zichenau, die H-U'Stuf. Thielecke zum SD-Abdn. Halle (Rückkommand.), Güthloff zum SD-Abdn. Innsbruck (Rückkommand.), Fellrath zum SD-Abdn. Thorn, Thalhoffer zum Befh. Oslo und Petersen zum RSGP, Amt III.

— Befehlsblatt 1941 S. 150.

Befehlsblatt

Ausgabe B

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einfseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 30

Berlin, den 9. August 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 28. 7. 41 Ausnahmen vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse. S. 151. — RdErl. 29. 7. 41 Liste des schädli. u. unerwünschten Schrifttums. S. 151. — RdErl. 31. 7. 41 Beschlagnahme von Druckschriften. S. 153. — RdErl. 4. 8. 41 Briefkopf des höheren H- u. Pol.führers Südost. S. 153.

SD-Angelegenheiten. RdErl. 4. 8. 41 Hauptamtlich im SD tätige Studienassessoren. S. 153.

H- und Parteiangelegenheiten. Anordn. v. 28. 3. 41 Ehen von Mitgliedern der NSDAP. u. ihrer Gliederungen mit Angehörigen fremder Volksgruppen. S. 153.

Verschiedenes. Berichtigung zum Verzeichnis der KP(L)Stellen. S. 154.

Personalmitteilungen. S. 155.

Sicherheitspolizei und SD.

Ausnahmen vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RfKuchdPol. im RMDJ. vom 28. 7. 1941

— S IV C 3 Nr. 6321/E —

Im Benehmen mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wird nachstehend aufgeführte Zeitung ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Karpantenland“, Preßburg.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 151.

Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums.

RdErl. des RfKuchdPol. vom 29. 7. 1941 — IV C 3 —

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. 1940, S. 37) teile ich folgende neue Einreichungen mit:

Gaßner, Dr. Adolf: „Demokratie als schweizerisches Schicksal“, Verlag „Bücherfreunde“, Basel, 1941.

Näf, Werner: „Die Schweiz im europäischen Umbruch“, Frey u. Wasmuth, Verlag R. G., Zürich, 1941.

de Rougemont, Denis: „Aufgabe oder Selbstaufgabe der Schweiz“, Rascher-Verlag, Zürich, 1941.

de Quervain, Alfred: „Christi Reich und die irdischen Reiche“, Druck und Verlag Friedrich Reinhardt, Basel, 1941.

Kanner, Dr. Israel Zwi: „Sarah Aaronson. Eine jüdische Heldin“, Buchdruckerei E. Schumacher u. Cie., Dietrich/Schweiz, 1939.

Schmatolla, Otto: „Die Vitamine. Eine Selbsttäuschung“, Selbstverlag, Hamburg 26, 1940.

Gerling, Reinh.: „Bub oder Mädel nach Wunsch — Ein Wegweiser für intime Eheftagen“, Rita-Verlag, Spremberg (Lausitz), 1926.

Außerdem sämtliche Druckschriften folgender Autoren:

Abicht, Karl Fritz
Alexander, Edgar
Arbüster, Martin
Arzt, Georg Arthur
Bänninger, Konrad
Bandmann, Eugen
Balazs, Bela
Barth, Peter
Baum, Oskar
Baumann, Alfons
Becher, Ulrich
Bekker, Paul
Ben-Ester,
Benes, Eduard
Berger, Walter
Bernstorff, Graf Joh.
Heinrich
Beyer, Oskar
Beyer, Gg.
Bialik, Ch. N.
Biegi, Karl
Birk, Friedrich
Bittermann, M.
Bloch, Camille
Bloch, Chajim
Blomberg, Harry
Böckel, Karl
Boegler, Franz
Borchardt, Rudolf
Borgese, G. A.
Borstendorfer, Adolf
Karl Emil
Bräuer, Walter
Brauer, Max Friedrich
Julius

Braun, Matthias
Brehm, Karl
Brehmer (Bremmer), Fritz
Brenner, Arvid
Breuer, Bessie
Bristler, Eduard
Brod, Otto
Brun, Theodor
Bühren, Karl
Bruder, Gustav
Burkett, Kurt Clemens
Burger, Felix (Erich Ham-
burger)
Carlebach, Eriel Gotthelf
Chaim, Ben
Chmara, Wilhelm August
Friedrich
Coenen, Hubert
Creutzburg, August
Dahlem, Franz
Dang, Alfred
Danzewitz, Heinz. Pet.
Dill, Johann
Dill, Erhard
Duwe, Willi
Ecker, Hubert
Ehrlich-Hidler, Leop.
Eichen, Klaus
Eifinger, Christian
Eliasberg, Wladimir
Engels, Heinrich
Emmerich, H.
Eppstein, Eugen
Expenbeck, Fritz
Faldt, Richard

Finsterbusch, Hans Walter	Jltis, Hugo	Lorik, Johann Baptist	Rittel, Heinrich
Fischer, Heinrich	Jmmendorf, Paul	Ludwig, Adolf	Robert, Paul A.
Fischer, Ottokar	Jros, Ernst	Lüdersdorf, Erwin	Roda-Roda,
Florian, Wilhelm	Jwo, Jack	Lunau, Heinz	Pfeiffer, Max
Forster, Peter	Jacob, Walter	Machts, Hartwig	Rosenfeld, Martin
Frank, Wolf	Jacobsen, Paula, geb. Sünken	Mahlmann, Hans Heinz	Rosenberg, Arthur
Franz, Leopold	Jäger, Adam	Aug. Ludwig	Ruest, Anselm
Frei, Bruno	Jahn, Ernst	Mainzer, Ferd.	Rudolf, A.
Fricke, Bruno	Jung, Ludwig	Malaparte, Curzio	Ruin, Hans
Friedländer, Otto	Justinian	Malikus, Theodor	Sanjara, Rachel
Frischauer, Willi	Kahler, Erich	Mannheim, Karl	Schaber, Willi
Fritsch, Wilhelm	Kahn, Fritz	Marx, Hugo	Schächter, Edmund
Fromer, Jak.	Kaim, Rud. Jul.	Max, Gustav Ludwig	Schäfer, Kurt Rich. Ludwig
Fuchs, Theodor	Kaiser-Blüth, Kurt	Merin, Peter	Schälcke, Fritz
Gellert, Kurt	Karlweis, Marta	Merz, Konrad	Schaffrath, Friedrich
Georg, Manfred	Kak, H. W.	Michaëlis, Cassie	Schifftan, Gerhard
George, G. J.	Kaufmann, Francisco	Middecke, Hippolit	Schmid, Arthur
Germanicus	Hilario	Mielenz, Willi	Schmidt, Hanna, gesch.
Geßner, Hans	Kazmierczak, Anna, geb. Riker	Mikisch, Johann Karl	Schmidner, geb. Stunz
Glässer, Wolfgang	Kessel, Irma	Miles, Ecclesia	Schmidt - Ammann, Paul
Goetz, Bruno	Kesser, Herman	Miller, Anton	Schneid, Otto
Gohlke, Elfriede	Kilian, Hans	Mindt, Th.	Schneider, Emilie
Goldbaum, Erich	Kilian, Peter	Moudry, Karel	Schneider, Herbert
Grabowski, Adolf	Kiesewetter, Ernst	Mühlen, Hermynia zur	Schneider, Paul Franz
Grim, Albert	Kippenberger, Hans Karl	Mühlen, Norbert	Schnog, Karl
Grob, Rudolf	Kirschmann, Emil	Mühlestein, Hans	Schor, Joes Eusebius
Groha, Georg	Klausmann, Robert	Müller, A.	Schreiner, Gerth
Gröhl, Karl	Knan, Otto	Münzer, Kurt	Schreiner, Karl
Grönwald, Heinrich	Knieling, Hanns	Musil, Robert	Schuhmann, Paul
Gros, Arthur	Kniestedt, Friedrich	Naßliner, Alfred	Schuhmacher, Ernst
Grötsch, Robert Gottlieb	Kobler, Franz	Natonek, Hans	Schulze, Max Karl Gustav
Günther, Hans	Koenen, Wilhelm	Neubauer, Paul	Schwalbach, Johann
Gundelfinger, Leo	König, Heinrich	Neumann, Franz	Schwarz, Karl
Haas, Kurt	Koestler, Arthur	Neumann, Margaret	Schwertenbach, W.
Hahn, Josef	Kokoschka, Oskar	Nettl, Paul	Sforza, Carlo
Halfter, Karl Otto	Kolbenhoff, Walter	Nicolas, Ernst Gottwald	Siebenschein, Hugo
Halkett, G. R.	Koll, Otto	Niederberger, Gustav	Simon, Jacob
Haller, Martin	Kowalski, Paul	Okon, Theodor	Singer, Mirjam
Haller, Paul	Kraschukki, Heinz	Oppenheimer, Max (Mopp)	Singer, Irma
Hamburger, Erich	Kraus-Fessel, Meta	Osten-Sacken, Maria	Sinzheimer, Hugo
Hammerstein, Hans v.	Kreiser, Walter	Paesche, Carl	Siodmak, Kurt
Hansmann, Wilhelm	Krelaus, Hermann	Paetel, Karl Otto Wil- helm	Sommerfeld, Martin
Harand, Irene	Krenek, Ernst	Papoušek, J.	Sonnenberg, Martin
Heckert, Friedrich	Krille, Otto	Petersen, Thomas	Scheyer, Eugen
Hemberger, Andreas	Kriß, Rudolf	Petry, Peter	Schick, Friedrich
Henschke, Carola	Kühler, Willibert	Pfannstiel, A. S.	Spahn, Hans
Hentschke, Gustav	Künder, Paul Christian	Philip, André	Sprey, Jacob
Reinhöld	Lachmann, Fritz	Pied, Julius	Stauk, Ludwig, genannt „Dicco“
Herrguth, Erich	Lämmelin, Hch.	Pinner, Felix	Stechert, Kurt
Herrmann, Max	Landsberg, Paul Lud- wig	Plank, Robert	Steinberg, A. S.
Hertz, Paul	Landshoff, Fritz	Pleßner, Hellmut	Steinberg, S. D.
Hertzl, Theodor	Langstein, Georg	Plett, Martin	Steinemann, Eugen
Hesper, Theodor	Laß, Otto	Podach, F. E.	Steinhausen, Hermann
Heß, Moses	Lauriolle, August Hein- rich	Pohl, Heinz	Steinmeyer, Hermann
Heydenau, Friedrich	Lehnert, Gustav	Pollatschek, Stefan	Steinthal, Hans Gustav
Heymann, Fritz	Leonhard, Rudolf	Pötsch, Walter	Stern, Erich
Hilke, Paul	Lewin, Samuel	Pötsch, Waldemar Felix	Stöcker, Helene
Hiltbrunner, Hermann	Lichnowsky, Mechthild	Priester, Hans E.	Struve, Carola
Hinrichs, Klaus	Lichtwik, Leopold	Prokosch, Eduard	Sturmthal, Adolf
Hirschfeld, Hans	Liebert, Arthur	Prodosch, Frederik	Sutter, Hans
Historikus	Lichti, Urs.	Pukner, Heinrich	Sylvester, Erich
Hollsteiner, Joh.	Lipp, Franz	Redo, C.	Teschik, Karl
Hoffmann, Charlotte	Lipshuk, Siegfried	Regius, Heinrich	Tetens, H.
Hofmann, Max Moritz	Lissauer, Ernst	Reich, Annie	Tekner, Edwin Fritz
Prinz zu Hohenlohe- Langenburg, Max Karl	Graf von Löwen- stein-Scharfeneck, Hubertus Maria Friedrich	Reinbold, Georg	Thalheimer, Siegfried
Holland, Lothar	Lorenz, Peter	Reinhard, E. A.	Thiele, Arthur Otto
Hornung, Walter		Reinhard, E. M.	Tieke, Hans
Horvath, Ödön von		Remmele, Otto	Tombrock, Hans
Hoyer, Niels		Richter, Valentin	Tratz, Robert de
Humbert, Manuel		Ripley, Robert C.	Treibeles, (Tramer)
		Ritter, Hans	

Tritsch, Walter
 Uhde, Wilhelm
 Urbahns, Hugo
 Utik, Emil
 Wags, Alfred Hermann
 Friedrich
 Wajsen, Arnold
 Valentin, Hugo
 Victor, Walter
 Voegelin, Erich
 Vogel, Johann
 Wachter, Franz
 Wangenheim, Martin
 Warburg, Fritz
 Warschauer, Franz
 Weigner, Karel
 Weiß, Ernst

Weißmann, Robert
 Wenger, Lisa
 Weyland, Paul
 Wielek, Heinz
 Willenbacher, Jörg
 Woflsberg, Oskar
 Wronkow, Ludwig
 Woodmann, Dorothy
 Wyl, Hans von
 Zaugg, Richard
 Zeidler, Alfred
 Ziehm, Alfred
 Zicker, Milly
 Zoff, Otto
 Zuckerhandl, D.
 Züricher, H.
 Zwehl, Hans von

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 151.

Beschlagnahme von Druckschriften.

RdErl. des RStH vom 31. 7. 1941 — IV C 3 Nr. 4174/B —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) Nr. 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) werden weitere Druckschriften mitgeteilt, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Krieg, Elfriede: „Jung-Java-Bilder aus der Schularbeit in Niederländisch-Indien“,

„Die javanische Frau“,

beide erschienen in der Missionsbuchhandlung Stursberg u. Cie., Neukirchen, Kreis Moers,
 „Frauen-Missionsarbeit auf Java“, Druck: St. Johannis-Druckerei, Lahr-Dinglingen (Baden).

Keding, Karl: „Dein Lebensflug“, Ostwerk-Verlag in Berlin.

Breidenbach, Karl: „Worte deutscher Männer über Gott und Gottesoffenbarung“, Verlag: Ondken, Kassel.

Munske-Kunowsky: „Mädel aus aller Welt“, Verlag: G. Schönfeld's-Verlagsbuchhandlung, Berlin.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 153.

Briefkopf des höheren H- und Polizeiführers Südoft.

RdErl. des RStH vom 4. 8. 1941

— II A 1 Nr. 374 V/41-151 —

Entsprechend der Aufteilung des Gaues Schlesien in die Provinzen Nieder- und Oberschlesien ist der Briefkopf des höheren H- u. Polizeiführers Südoft in Breslau durch Erl. des RStH u. d. Pol. im RmdJ. vom 29. 7. 1941 — O.Rdo. I O Nr. 63/41 — in Abänderung des Erl. vom 6. 12. 1939 — O.Rdo. O Nr. 210/39 II — wie folgt festgesetzt worden:

„Der höhere H- und Polizeiführer
 bei den Oberpräsidenten in
 Nieder- und Oberschlesien und
 beim Reichsstatthalter im Sudetengau
 im Wehrkreis VIII.“

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 153.

SD-Angelegenheiten.**Hauptamtlich im SD tätige Studienassessoren.**

RdErl. des RStH vom 4. 8. 1941 — I A 4 —

(1) Mit RdSchreiben vom 18. 12. 1940 — III A 2 (alt) RSt. 11 900/40 — wurde um Meldung von Studienassessoren erlucht, die zur hauptamtlichen Dienstleistung im SD befristet beurlaubt bzw. als Ergänzungspersonal eingezogen sind, nach Kriegsende aber in den Schuldienst zurückkehren wollen.

(2) Eine Zusammenstellung der betreffenden Studienassessoren wurde von hier am 6. 5. 1941 dem Reichserziehungsministerium überandt mit dem Bemerkten, daß ein zur hauptamtlichen Dienstleistung beim Chef der Sicherheitspolizei u. des SD beurlaubter Studienassessor bezüglich Ein- und Anstellung gegenüber den im Schuldienst verbliebenen Studienassessoren nicht benachteiligt werden solle.

(3) Das Reichserziehungsministerium schloß sich der hiesigen Auffassung in seiner Antwort vom 20. 6. 1941 an, die nachstehend abschriftlich mitgeteilt wird:

„Ich trete Ihrer Auffassung bei, daß Studienassessoren, die zur Zeit zur hauptamtlichen Dienstleistung beim Chef der Sicherheitspolizei u. des SD beurlaubt sind, bei Ihrer Anstellung als Studienräte keine Nachteile gegenüber den im Schuldienst verbliebenen Studienassessoren der entsprechenden Prüfungsjahrgänge erleiden sollen. Bei dem herrschenden Lehrermangel muß ich im Interesse der höheren Schule allerdings Wert darauf legen, daß diese Studienassessoren bzw. Studienräte nicht zu lange ihrem Berufe entzogen werden und ich bitte deshalb um gefällige Äußerung, bis wann ich mit der Rückkehr dieser Lehrkräfte in den höheren Schuldienst rechnen kann. Von den in Ihrer Liste aufgeführten Studienassessoren sind N. N. zum 1. Januar 1941 und N. N. zum 1. April 1941 zu Studienräten ernannt worden. Der Ernennungsvorschlag für Studienassessor N. N. ist bereits eingegangen; mit seiner baldigen Anstellung ist zu rechnen.“

für die übrigen Studienassessoren liegen Ernennungsvorschläge noch nicht vor. Ich habe diesbezüglich zunächst bei den zuständigen Unterrichtsverwaltungen Rückfrage gehalten.“

An die SD-Dienststellen.

— Befehlsblatt S. 153.

44- und Parteiangelegenheiten.

Abdruck aus dem Reichsverfügungsblatt der NSDAP,
 Ausg. A, vom 7. 4. 1941.

Der Stellvertreter des Führers
 Stabsleiter

Anordnung A 16/41.

Betrifft: Ehen von Mitgliedern der NSDAP. und ihrer Gliederungen mit Angehörigen fremder Volksgruppen;
 Verfügung V 10/40.

In Durchführung der Verfügung des Stellvertreters des Führers vom 23. 11. 1940 hat die Bearbeitung der Ehe-

genehmigungsanträge nach folgenden Richtlinien und Arbeitsverfahren zu erfolgen:

1. Antragsteller für eine beabsichtigte Eheschließung, die der Ehegenehmigungspflicht unterliegt, ist das Mitglied der NSDAP. oder ihrer Gliederungen. Sind beide Ehepartner Parteigenossen, so kommt die Einholung der Genehmigung in Wegfall.
2. Die Entscheidung über die zu genehmigenden Ehen trifft der Gauleiter.
3. Die Anträge sind über den zuständigen Kreisleiter auf Antragsformularen einzureichen. Der Kreisleiter hän-

digst dem Antragsteller das Antragsformular und Fragebogen mit dem Ersuchen aus:

- a) die Formulare ausgefüllt an die Kreisleitung zurückzusenden,
- b) eine Unbedenklichkeitserklärung des staatlichen Gesundheitsamtes,
- c) einen selbstgeschriebenen Lebenslauf des fremdvölkischen Ehepartners, und
- d) je ein Lichtbild (Paßbild) des Antragstellers und des Ehepartners beizufügen.

4. Der Kreisleiter hält beim zuständigen Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums Nachfrage, ob der fremdvölkische Ehepartner bereits rassistisch überprüft wurde. Ist der Ehepartner auf Grund dieses Musterungsergebnisses dieser Dienststelle für eindeutlichbar erklärt worden, so ist dem Gauleiter unter Hinweis auf die Entscheidung des Reichskommissars die Genehmigung des Antrages vorzuschlagen. Wurde der Ehepartner jedoch für nicht eindeutlichbar erklärt, so ist ohne weitere Prüfung dem Gauleiter Ablehnung des Antrages in Vorschlag zu bringen.

5. Wird auf Grund des Antragsformulars ein amtlicher Ausweis vorgelegt, wonach der Ehepartner die deutsche Volkszugehörigkeit besitzt, so kann der Kreisleiter im Auftrage des Gauleiters die Genehmigung zur Ehe erteilen.

6. Ist der vorgesehene Ehepartner nicht im Besitze des amtlichen Ausweises über seine deutsche Volkszugehörigkeit, so sind die erforderlichen Unterlagen einzuholen und weiter zu bearbeiten.

7. Der Kreisleiter fordert bei der Geheimen Staatspolizei ein Leumundszeugnis über den beabsichtigten Ehepartner des Antragstellers ein.

8. Der Kreisleiter sendet die durch den Kreisamtsleiter für Rassenpolitik überprüften Unterlagen mit dessen Bericht über die rassistische Wertigkeit des fremdvölkischen Ehepartners und gegebenenfalls seiner Sippe, und soweit ein Kreisgrenzlandamt vorhanden ist, mit der Stellungnahme des Beauftragten des Kreisgrenzlandamtes über den Gauamtsleiter für Rassenpolitik an den Gauleiter. Der Kreisleiter fügt seine eigene Stellungnahme dem Antrag bei.

9. Das Gauamt für Rassenpolitik überprüft in der Kartei, ob über den fremdvölkischen Ehepartner schon eine Entscheidung vorliegt. Nötigenfalls ist von der Zentralkartei für genehmigungspflichtige Ehen beim Rassenpolitischen Amt, Reichsleitung, Mitteilung darüber einzuholen. Falls der fremdvölkische Ehepartner schon einmal abgelehnt worden ist, ist die weitere Bearbeitung einzustellen und dem Gauleiter die Ablehnung der Genehmigung vorzuschlagen.

10. Sobald alle geforderten Unterlagen dem Gauamtsleiter für Rassenpolitik vorliegen, entscheidet er, ob zur Behebung etwaiger Zweifel noch eine persönliche Untersuchung des Antragstellers und des fremdvölkischen Ehepartners durch ihn selbst erforderlich ist.

11. Der Leiter des Gauamtes für Rassenpolitik legt den Antrag unter Beifügung sämtlicher Unterlagen mit einem eigenen Gutachten zwecks Entscheidung an den Gauleiter vor.

12. Die Entscheidung des Gauleiters ist dem Leiter des Rassenpolitischen Amtes unter Verwendung einer entsprechenden Karteikarte mitzuteilen. Ebenso wird sie beim Gauamt für Rassenpolitik in einer eigenen Kartei festgelegt.

München, den 28. März 1941.

gez. M. Bormann.

— Befehlsblatt 1941 S. 153.

Verschiedenes.

Berichtigung

zum Verzeichnis der Kriminalpolizei(leit)stellen.

Seite 4 (Tilsit): **Krim.Abt. Memel**: Leiter: **Krim.Rat von Ostrowski**.

In der Spalte „Jugehörige Staatl. Krim.Polizei“ ist „Suwalki“ zu streichen u. dafür zu setzen: „Sudauen“.

Seite 5 (Zichenau): In der Spalte „Jugehörige Gemeindekrim.Pol.“ sind folgende Änderungen von Städtenamen vorzunehmen: Plock in **Schröttersburg**, Mlawka in **Milau**, Putusk in **Ostenburg**, Ostrolenka in **Scharfenwiese**, Plonsk in **Plöhnen**.

Seite 12 (Frankfurt a. O.): Leiter: 3. Jt. unbesetzt.

Seite 18 (Troppau): In der Spalte „Jugehörige Gemeindekrim.Pol.“ ist neu einzusetzen: **Sternberg**, Lichtensteinplatz 9, Anruf: 221.

Seite 18 a (Rattowitz): Bei **Krim.Abt. Sosnowitz** streichen: Breslauer Str. 2 und Anruf 61 101—3 u. dafür zu setzen: Litzmannstr. 10, Anruf 62 156—7.

In der Spalte „Jugehörige Gemeindekrim.Pol.“ ist „Chrzanow“ zu streichen u. dafür zu setzen: „**Krenau**“.

Seite 22 (Leipzig): Gemeindekrim.Pol. **Grimma**: Anruf 161, nach Dienstschluß 414.

Seite 25 (Reichenberg): **Krim.Abt. Brück**, Leiter: 3. Jt. unbesetzt. Als Außendienstl. der **Krim.Abt. Brück** sind neu

einzutragen: **Dux**, Bahnhofstr. 2, Anruf: 39 — **Oberleutensdorf**, Schloßstr. 9, Anruf: 4 — **Bilin**, Prokopigasse 3, Anruf: 9.

Seite 45 (Frankfurt a. M.): Chef: 3. Jt. unbesetzt.

Seite 55 (Dortmund): Chef: 3. Jt. unbesetzt. Die **Gemeindekrim.Pol. Hüsten** ist zu streichen. Die **Gemeindekrim.Pol. Neheim** ist zu ändern in „**Neheim-Hüsten**“.

Seite 62 (Braunschweig): Leiter: **H-Stubaf. Krim.Dir. Erhardt Volkmann**.

Seite 65 (Hamburg): Leiter: Wohnung: Carlstr. 17, Anruf privat: 22 32 64.

Krim.Abt. Cuxhaven, Leiter: 3. Jt. abgeordnet.

Seite 75 (Danzig): hinter **Gemeindekrim.Pol. Neustadt** ist zu setzen: (**Westpr.**).

Seite 76 (Bromberg): Chef: Anruf privat: 2700/2701. **Krim.Abt. Thorn**: Chef: Anruf privat: 2371/2373, Leiter: **H-H-Stuf. Krim.Rat Fritz Oellermann**, Wohnung: Seglergasse 5/II.

Seite 77 (Graudenz): In der Spalte „Jugehörige Gemeindekrim.Pol.“ ist „**Lipno**“ zu streichen u. dafür zu setzen: „**Leipe (Westpr.)**“. hinter **Gemeindekrim.Pol. Rippin** und **Strasburg** ist zu setzen: (**Westpr.**).

— Befehlsblatt 1941 S. 154.

Personalmittelungen.**Reichsicherheitshauptamt.**

Ernannt: Zum Amtsrat: Pol. Rat Pieper.
Zum Pol. Insp.: Pol. Sekr. Ullrich.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt: Zum Pol. Insp.: Pol. Insp. Anw. Bordowski (Stettin).

Versezt: Die Krim. Käte Kausch (Halle) nach Berlin und Wendzio (Führerschule) nach Brünn;

die Krim. Komm. Gold (Augsburg) nach Halle und Stübs (RSHP) zur Stapoleitst. Berlin; Krim. Komm. 3. Dr. Kretschmer (Brünn) nach Weimar;

die Pol. Insp. Martin (Wilhelmshaven) und Freitsche (Braunschweig) zum RSHP, Schumacher, Arnold (Kdr. Warschau) nach Frankfurt/Main.

Abgeordnet: Pol. Ob. Insp. Becker, Franz (Berlin) nach Graz, Pol. Insp. Jansen (Graz) nach Halle.

Auf Antrag entlassen: Assessor Dr. Karthausen (Weimar).

SD.

Kommandiert: Die H-H-Stuf. Pröschel zur Nebenst. Paris der EWJ, aus den Fünften zum Befh. Den Haag, Meyer (Walter) zum SD-Abchn. Hohenfelsa, Lampe zum SD-LP

Prag, Krambs zum SD-LP Breslau, Berger zum SD-LP Stettin, Reinel zum Kdr. Marburg/Drau, Madecker zum RSHP (Amt II),

die H-O-Stuf. Theis zum SD-Abchn. Tilsit, Winkelhake zum RSHP (Amt II), Zeidler zum SD-Abchn. Kiel, Narr zum RSHP (Amt III), Dr. Schramm zum RSHP (Amt III), Höfler zum RSHP (Amt III), Sigismund zum RSHP (Amt III), Fiske zum Beauftr. des ChdSPudSD, Dienstst. Brüssel, Schulte als Adj. 3. Chef einer Einsatzgr., König zum Befh. Straßburg, Baumann zum RSHP (Amt II), Teufel zum RSHP (Amt VI),

die H-U-Stuf. Dr. Hartlieb zum Befh. Straßburg, Lapp zum Befh. Straßburg, Scheffler zum SD-LP Königsberg, Reißnauer zum SD-Abchn. Hohenfelsa, Pohlmann zum RSHP (Amt II), Walther zum SD-Abchn. Bremen, Hohenia zum RSHP (Amt II),

H-H-Scharf. Ufken zum RSHP (Amt III), H-O-Scharf. Kühne zum RSHP (Amt II), H-Scharf. Frackmann zum Kdr. Krakau.

Versezt: H-H-Stuf. Karth zum SD-LP Breslau.

Ernannt: H-O-Stuf. Mathes zum Ref. beim SD-Abchn. Chemnitz.

— Befehlsblatt 1941 S. 155.

Befehlsblatt

Ausgabe A

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einfseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 31

Berlin, den 16. August 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 1. 8. 41 Dienststreifen von Behördenangehörigen. S. 157. — RdErl. 2. 8. 41 Unfallfürsorge f. d. Beamten und nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder der Sich. Pol. u. des SD. S. 158. — RdErl. 9. 8. 41 Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspreffe. S. 158.

Geh. Staatspolizei. RdErl. 5. 8. 41 Reisebeihilfen u. Beschäftigungvergütung. S. 159. — RdErl. 8. 8. 41 Übertragung von Verwaltungsaufgaben des Reise- u. Umzugskostenrechts auf die Kassenanschlagstellen der Sich. Pol. S. 159.

Personalmitteilungen. S. 159.

Sicherheitspolizei und SD.

Dienststreifen von Behördenangehörigen.

RdErl. des RSHH vom 1. 8. 1941

— II C 1 Nr. 3102/41-291-11 —

Nachstehende Erlasse des Reichsverkehrsministers gebe ich hiermit bekannt.

Der Reichsverkehrsminister Berlin, den 15. Juli 1941.
20 Bsp. 224

(1) Zur Erleichterung des kriegswichtigen Dienstreise-, Berufs- und Geschäftsverkehrs soll folgender Versuch gemacht werden: Auf der Strecke Berlin—München wird ab 20. bzw. 21. Juli ein besonderes Dienst-D-Zugpaar 1.—3. Klasse mit folgendem Fahrplan eingelegt:

13.45 ab Berlin Anh. Bhf. an 23.05	
Dienst-D 78 15.50 ab Halle (S.) Hbf. an 20.57 Dienst-D 77	
(erstmalig 20.47 an Nürnberg Hbf. ab 16.06 (erstmalig	
am 20. 7.) 22.39 an Augsburg Hbf. ab 14.14 am 21. 7.)	
23.33 an München Hbf. ab 13.20	

(2) Diese Dienst-D-Züge können nur in Verbindung mit einer Platkarte benutzt werden, es haben also auch die Inhaber von Zeit- und Dauerfahrkarten aller Art, von Fahrkarten für Abgeordnete des Reichstags, von Netzkarten u. dgl. eine Platkarte zu lösen. Die Platkarten werden vom 3. Tage vor dem Reisetage an gegen die tarifmäßige Gebühr von 1 RM für die 1. und 2. Kl. und 0,50 RM für die 3. Kl. ausgegeben und lauten auf einen bestimmten Platz in einem bestimmten Wagen. Es werden nur Platkarten von Berlin oder Halle nach Nürnberg, Augsburg oder München und umgekehrt verkauft und insgesamt nur so viel, wie Sitzplätze im Zuge vorhanden sind (in der 1. Kl. 4, in der 2. Kl. 6 Plätze je Abteil), so daß jedem Reisenden ein Sitzplatz gewährleistet wird; der Zwischenverkehr Berlin—

Halle oder Nürnberg—München bleibt ausgeschlossen. Ein Teil der für die Dienst-D-Züge zur Verfügung stehenden Platkarten wird bis zum Vortage, 17 Uhr, für Dienststreifen von Behörden, Partei-, Wehrmachtstellen und öffentlichen Körperschaften sowie für sonstige kriegswichtige Berufs- und Geschäftsreisen vorbehalten und kann bis zu diesem Zeitpunkt gegen die Erklärung, daß es sich um eine Reise der genannten Art handelt, bei folgenden Reisebüros bestellt werden:

a) Richtung München:

in Berlin: beim Mitteleuropäischen Reisebüro, Potsdamer Platz,

in Halle: beim Hapag-Reisebüro und bei der Fahrkartenausgabe Halle Hbf.

b) Richtung Berlin:

in München: beim Amtlichen Bayerischen Reisebüro,

in Augsburg: beim Lloydreisebüro, Max-Wilhelm-Straße 14,

in Nürnberg: beim Amtlichen Bayerischen Reisebüro.

Die übrigen Platkarten sowie die bis zum Vortage, 17 Uhr, nicht in Anspruch genommenen Vorbehaltsplatkarten stehen dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung und werden außer bei den genannten Reisebüros auch bei den Fahrkartenausgaben der Abfahrtsbahnhöfe ausgegeben.

(3) Ich bitte, alle an dem Zug interessierten nachgeordneten Dienststellen und die zuständigen Berufsorganisationen der Städte Berlin, Halle, Nürnberg, Augsburg und München zu verständigen und dafür Sorge zu tragen, daß die für den Behördenverkehr vorbehaltenen Platkarten auch wirklich nur für Dienst-, Berufs- und Geschäftsreisen in Anspruch genommen werden; für private Reisen,

insbesondere auch für Reisen mit familienangehörigen steht nur die darüber hinaus für den öffentlichen Verkehr vorbehaltene Zahl von Plaktkarten zur Verfügung. Von einer Veröffentlichung der Züge in der Tagespresse, in Zeitschriften usw. bitte ich abzusehen.

(4) Da es voraussichtlich während der Dauer des Krieges nicht möglich sein wird, die Zahl der Schlafwagenläufe auch nur annähernd der starken Nachfrage entsprechend zu vermehren, bitte ich insbesondere diejenigen Dienstreisenden, deren Zeit eine zweimalige Halbtagesreise erlaubt, die jedoch bisher mit Rücksicht auf die Überfüllung mancher Tageszüge den Schlafwagen benutzten, auf diese Züge zu verweisen, so daß eine gewisse Entlastung im Schlafwagenverkehr erreicht wird zugunsten derjenigen Reisenden, die mit dem Schlafwagen ausschließlich aus Gründen der Zeitersparnis reisen müssen.

Der Reichsverkehrsminister Berlin, W 8, den 30. Juli 1941.
15 Dpsch. 28

Betr.: Schlafwagenverkehr.

(1) Die anhaltend starke Nachfrage nach Schlafwagenplätzen veranlassen die Deutsche Reichsbahn zu folgenden Maßnahmen:

1. Die Vorverkaufsstift für die ab 15. August 1941 verkehrenden Schlafwagen wird auf 5 Tage vor dem Reisetage verkürzt.
2. Im Schlafwagenzug Berlin—München und zurück (D 70/71) werden vom gleichen Zeitpunkt ab etwa 80 % der Bettplätze 1./2. Klasse für Dienst- und Berufsfahrten vorgehalten, und zwar bis 17 Uhr des Vortages der Reise. Die Vorbehaltsplätze werden vom Mitteleuropäischen Reisebüro (MER) und seinen Vertretungen gegen eine Bescheinigung der Behörde oder Firma, daß es sich um eine Dienst- oder Berufsfahrt handelt, verkauft. Die Bescheinigung kann auch durch eine schriftliche Erklärung ersetzt werden, die am Schalter auf bereitgehaltenem Vordruck abzugeben ist.

(2) Die am Vortage bis 17 Uhr für Dienst- und Berufsfahrten nicht bestellten Bettplätze werden von dieser Zeit ab für den öffentlichen Verkehr freigegeben.

(3) Ich bitte, alle interessierten nachgeordneten Dienststellen und die zuständigen Berufsorganisationen zu verständigen und dafür zu sorgen, daß die für den Dienst- und Berufsverkehr vorbehaltenen Plätze auch wirklich nur für diesen Zweck in Anspruch genommen werden. Für private Reisen und für Reisen von familienangehörigen steht nur die für den öffentlichen Verkehr vorbehaltene Zahl von Bettplätzen in dem Schlafwagenzug zur Verfügung.

(4) Da es trotz der Regelung nicht möglich sein wird, alle Wünsche auf Bettplätze in der Verkehrsverbindung Berlin—München zu befriedigen, bitte ich erneut, Dienst- und Berufsfahrten, die nicht unbedingt während der Nacht ausgeführt werden müssen, auf die mit Schreiben vom 15. Juli 1941 — 20 Bsp 224 — mitgeteilten Dienst-D-Züge zu legen, bei denen durch die Ausgabe von Plaktkarten eine Gewähr für bequemes Reisen gegeben ist und deren Fahrplan so gelegt ist, daß noch ein Teil des Reisetages für Dienst- oder Berufsgeschäfte zur Verfügung bleibt.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 157.

Unfallfürsorge für die Beamten und nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder der Sicherheitspolizei u. des SD.

RdErl. des ChdSPudSD vom 2. 8. 1941

— II C 1 Nr. 3102/41-291-11 —

Wie aus verschiedenen Anfragen hervorgeht, bestehen bei den Dienststellen noch vielfach Unklarheiten über die Unfallfürsorge für die Beamten und nichtbeamteten Gefolgs-

schaftsmitglieder der Sicherheitspolizei, insbesondere bei Sportunfällen anlässlich der dienstlichen Körper Schulung. Es wird daher auf folgendes hingewiesen:

1. Wird ein Beamter durch einen Dienstunfall verletzt, so wird ihm und seinen Hinterbliebenen gem. § 107 ff. DVG. Unfallfürsorge gewährt. Unfälle, die bei der dienstlichen Körper Schulung entstehen, sind ohne weiteres als Dienstunfälle anzusehen, da die Beamten der Sicherheitspolizei zur Teilnahme am Sport dienstlich verpflichtet sind.
2. für die nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder, die zu dem Kreis der nach den Bestimmungen des Dritten Buches der Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit dem RdErl. vom 25. 2. 1938 (RMBlD. S. 333) unfallversicherten Personen gehören (z. B. Kraftfahrer, Drucker, an der Papierzerreißmaschine tätige Personen usw.), tritt das Reich als Träger der Unfallfürsorge ein. Unfälle, die sich bei der Ausübung der dienstlichen Körper Schulung ereignen, werden als Betriebsunfälle angesehen.
3. für die im Vollzugsdienst tätigen Angestellten der Sicherheitspolizei ist ein Gesetz zur Änderung der Reichsversicherungsordnung in Vorbereitung, durch welches auch sie in den Kreis der gegen Unfall versicherten Personen aufgenommen werden sollen. Bis zum Erscheinen dieses Gesetzes hat sich der Reichsminister des Innern durch RdErl. vom 28. 3. 1941 (RMBlD. S. 542) damit einverstanden erklärt, daß die Vorschriften des Dritten Buches der Reichsversicherungsordnung — Unfallversicherung — mit Wirkung vom 26. 8. 1939 entsprechend angewendet werden.
4. Das Verfahren richtet sich in den Fällen zu Ziff. 2 und 3 nach den RdErl. vom 25. 2. und 31. 3. 1938 (RMBlD. S. 333, 582), 23. 1. 1939 (RMBlD. S. 195), 29. 2. und 20. 12. 1940 (RMBlD. S. 379, 2301, 2303).
5. Die Büro- und Kanzleiangestellten der Sicherheitspolizei, die bisher ohne Unfallversicherungsschutz waren, sind mit Wirkung vom 1. 5. 1941 durch eine an die Sportgemeinschaft-H e. V. angeschlossene Kollektivversicherung gegen Unfälle bei der dienstlichen Körper Schulung versichert worden.
6. Die männlichen und weiblichen Angestellten des Sicherheitsdienstes sind ebenfalls durch eine an die Sportgemeinschaft-H e. V. angeschlossene Kollektivversicherung gegen Unfälle bei der dienstlichen Körper Schulung versichert.
7. Die nach Ziff. 5 und 6 der Kollektivversicherung unterliegenden Unfälle sind der Sportgemeinschaft-H e. V. — Zentralverwaltung —, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 49, auf den vorgeschriebenen Unfallmeldebogen zu melden. Die Unfallmeldebogen sind von der Sportgemeinschaft-H von Fall zu Fall anzufordern. Die Sportgemeinschaft-H bearbeitet die Unfälle unter Beteiligung des Reichssicherheitshauptamtes — Gruppe II Ca oder II Cb —.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 158.

Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse
RdErl. des RfHuchdSPol. i. RmDJ. vom 9. 8. 1941

— S IV C 3 Nr. 4095/f —

Im Benehmen mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wird nachstehend aufgeführte Zeitung ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Neue Ordnung“, Agram.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 158.

Geheime Staatspolizei.

Reisebeihilfen und Beschäftigungsvergütung.

RdErl. des RStH vom 5. 8. 1941

— II C 2 Nr. 1410/41-297-2 —

(1) Nach Nr. 17 der Abordnungsbestimmungen und den dazu ergangenen ergänzenden Runderlassen steht für die in Betracht kommenden Dreimonats- usw. Abschnitte jeweils nur eine Reisebeihilfe zu. Eine Möglichkeit, im gleichen Zeitabschnitt zwei Reisen mit Reisebeihilfen auf Reichskosten auszuführen, ist — abgesehen von dem Fall, daß Ostern und Pfingsten in die ersten drei Monate der Abordnung fallen — in den Vorschriften nicht vorgesehen; insbesondere besteht keine rechtliche Möglichkeit, Urlaubstreifen, die an sich zu gegebener Zeit hätten bewilligt werden können, aber aus dienstlichen oder persönlichen Gründen unterbleiben mußten, auf Reichskosten später nachzuholen. Anträge auf Übertragung von Reisebeihilfen auf einen späteren Zeitraum sind daher nicht vorzulegen; sie werden vom Reichsminister der Finanzen erfahrungsgemäß nicht genehmigt.

(2) Bei dieser Gelegenheit weise ich darauf hin, daß abgeordnete Beamte usw., die außerhalb ihres dienstlichen Wohnsitzes oder in dessen Nähe einen eigenen Hausstand gründen, nach Nr. 18 der Abordnungsbestimmungen keinen Anspruch auf das höhere Beschäftigungstagegeld haben.

Falls sich hieraus in Einzelfällen Härten ergeben, ersuche ich um Vorlage begründeter Anträge der Beamten. Die Anträge sind nach dem Vordruck für Weiterbewilligung von Trennungsschädigung (f. Erl. vom 20. 9. 1940 — Befehlsbl. S. 107) vorzulegen.

An die Kassenanschlagstellen
der Sicherheitspolizei.

— Befehlsblatt S. 159.

Übertragung von Verwaltungsaufgaben des Reise- und Umzugskostenrechtes auf die Kassenanschlagstellen der Sicherheitspolizei.

RdErl. des RStH u. d. Pol. im RMDJ. vom 8. 8. 1941

— S II C 2 Nr. 1911/41-297-5 —

In Abänderung meines Erl. vom 20. 1. 1941 — S I E (a) 2/3 Nr. 17743/40-297 — ermächtige ich die Kassenanschlagstellen der Sicherheitspolizei, Zuschüsse zur Umzugskostenentschädigung bis zu 400,— RM nach § 7 UStG. zu bewilligen. (Vgl. Verordnung des RStF. vom 30. 5. 1941, RGBl. I S. 300.)

An die Kassenanschlagstellen
der Sicherheitspolizei.

— Befehlsblatt S. 159.

Personalmitteilungen.

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt: Zum Krim. Dir. durch Urkunde des RMDJ. v. 13. 5. 1941 der Krim. Rat Wilhelm Boening (3. Jt. im Wehrdienst).

Zu Reg. u. Krim. Räten: die Krim. Dir. Kubitzky, Lichtenberg, Dr. Schambacher, Schulz, Franz und Vogt.

Inspektoren und Kommandeure der Sich. Pol. u. d. SD.

Bauftragt m. d. vertretungsw. Wahrnehmung d. Dienstgesch. des Insp. in Königsberg: H-Ö-Stubaf. ORR. Dr. Albatz (Stapoleiter Königsberg);

m. d. Wahrnehmung d. Dienstgesch. d. Rdt. in Warschau: H-Ö-Stubaf. RR. Dr. Hahn.

Verfekt: H-Ö-Stubaf. Krim. Dir. Müller, Johannes (stellv. Rdt. Warschau), als Rdt. nach Lublin.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt: Zum Reg. Rat: H-Ö-Stuf. Reg. Assessor Dr. Bast (Münster).

Verfekt: H-Ö-Stubaf. RR. Thomsen (Kattowitz) zur Stapoleitst. Breslau unter gleichzeitiger Abordn. als pers. Ref. 3. Insp. d. Sich. Pol. u. d. SD in Breslau; H-Ö-Stuf. Assessor Dr. Dörnte (München) nach Brunn; Krim. Rat Baumann (Würzburg) nach Salzburg.

Abgeordnet: Die Pol. Insp. Birkner u. Blama (beide Wien) zum RStH.

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Kriminalabteilungen.

Ernannt: Zum Krim. Ob. Sekr. durch Urkunde des RMDJ. vom 11. 8. 41 der Krim. Sekr. Karl Härtger, Krim. Abt. Suhl (3. Jt. im Wehrdienst);

zum Krim. Sekr. durch Urkunde des Pol. Präf. Berlin vom 26. 7. 41 der Krim. Oberassistent Wilhelm Krüger, KPLeitst. Berlin (3. Jt. im Wehrdienst);

zum Krim. Sekr. durch Urkunde des Pol. Präf. Berlin vom 1. 8. 41 der Krim. Oberassistent Oskar Schubert, KPLeitst. Berlin (3. Jt. im Wehrdienst).

SD.

Kommandiert: H-Ö-Stubaf. Kraus zum RStH — VI (Rückkommandierung), die H-Ö-Stuf. Dr. Bockhardt zum RStH — III, Siebel zum SD-LA Stettin, Perrey zum SD-Abdn. Kattowitz, Ellissen zum Befh. Met, H-Ö-Stuf. Werner zum SD-LA Hamburg (Rückkommandierung).

Ernannt: H-Ö-Stubaf. Gliß zum Führer des SD-LA Düsseldorf, die H-Ö-Stuf. Dr. Scherding zum Führer des SD-Abdn. Paderborn, Dr. Schimmerohn zum Führer des SD-Abdn. Halle, H-Ö-Stuf. von Bassewitz zum Adj. d. Insp. Breslau unter gleichz. Veretzung zum Stab des Insp. Breslau.

— Befehlsblatt 1941 S. 159.

Befehlsblatt

Ausgabe A

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einfseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 32

Berlin, den 23. August 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RDErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RDErl. 9. 8. 41 Auslandsdienststreifen u. Dienststreifen in die besetzten Gebiete. S. 161. — RDErl. 10. 8. 41 Kirchensteuer. S. 161. — RDErl. 13. 8. 41 Uniform.

S. 161. — RDErl. 14. 8. 41 Werke russischer Autoren u. Vertrieb russischen Schrifttums. S. 162. Personalmitteilungen. S. 162.

Sicherheitspolizei und SD.

Auslandsdienststreifen und Dienststreifen in die besetzten Gebiete.

RDErl. des RfH u. ChdSD. im RMdJ. vom 9. 8. 1941
— S I A 1 a Nr. 141/41 —

(1) Der RDErl. des ChdSD. vom 16. 2. 1941 (Befehlsbl. S. 35) über Einreisen in besetzte und fremde Staatsgebiete sieht für Dienststreifen ins Ausland und in die besetzten Gebiete die Genehmigungspflicht durch den Chef der Sich. Pol. u. des SD vor. Dieses Verfahren hat sich hinsichtlich der Reisen in die besetzten Gebiete nicht als zweckmäßig erwiesen. Es ist daher künftig zu unterscheiden zwischen Auslandsdienststreifen, die nach den hierfür gültigen Sonderbestimmungen des Reichsministers der Finanzen grundsätzlich durch die oberste Reichsbehörde zu genehmigen sind, und Dienststreifen in die besetzten Gebiete, die keine Auslandsdienststreifen sind und daher wie Inlandsdienststreifen von dem zuständigen Vorgesetzten oder von der vorgesetzten Behörde — in der Regel schriftlich — genehmigt werden. Hierzu wird bestimmt, daß über Reisen in die besetzten Gebiete der unteren und mittleren Beamten bis zum Sekretär sowie der H-Männer und Unterführer der Dienststellenleiter entscheidet, für die höheren Dienstgrade — ausgenommen der Dienststellenleiter und sein Vertreter — der Inspekteur. Die Inspektoren, Stapo- und SD-Abchnittsleiter sowie ihre Vertreter bedürfen für derartige Reisen der Genehmigung des Chefs der Sich. Pol. u. des SD.

(2) Ich ersuche alle Stellen, auf schärfste Einschränkung der Dienststreifen in die besetzten Gebiete Bedacht zu nehmen. Die Genehmigung solcher Dienststreifen darf daher nur in den dringendsten Fällen und unter Anlegung eines strengen Maßstabes erteilt werden. Im RSH ist für alle Beamten und SD-Angehörigen grundsätzlich die Genehmigung der Amtschefs erforderlich. Die Amtschefs bedürfen der Zustimmung des Chefs der Sich. Pol. u. des SD.

(3) Außerdem erwarte ich, daß jeder, der in die besetzten Gebiete einreist, den zuständigen örtlichen Befehlshaber oder Kommandeur hiervon in Kenntnis setzt.

(4) Das Tragen der H-Uniform beim Betreten fremden Staatsgebietes ist, wenn nicht besondere Umstände die Notwendigkeit zum Tragen der Uniform erkennen lassen und

die ausdrückliche Genehmigung hierzu vorliegt, grundsätzlich verboten.

(5) Die Anträge sind rechtzeitig vorher auf dem Dienstwege einzureichen.

(6) Ich werde jeden, der gegen diesen Erlass verstößt, ohne Ansehen der Person unnachsichtlich zur Rechenschaft ziehen.

(7) Zur Behebung von Zweifeln weise ich darauf hin, daß als „besetzte Gebiete“ im Sinne dieses Erlasses folgende Länder gelten: Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, die besetzten Gebiete Frankreichs — mit Ausnahme von Elsaß und Lothringen —, Griechenland, Kroatien, die sonstigen Gebiete des ehem. Jugoslawien — mit Ausnahme der Untersteiermark und der besetzten Gebiete Kärntens und Krains — und die besetzten Gebiete der UdSSR.

(8) Der RDErlaß vom 16. 2. 1941 — I C (b) 3 R3 Sp 2-2 — (Befehlsbl. S. 35) wird hierdurch aufgehoben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 161.

Kirchensteuer.

RDErl. des ChdSD. vom 10. 8. 1941
— II C 1 Nr. 5073/41-256 —

Die Ausführung der Kirchensteuerbescheide ist eine Angelegenheit, die nur die Kirchengemeinde und deren Mitglieder angeht. Im Bereiche der Sicherheitspolizei und des SD dürfen Kirchensteuerbeträge weder auf Anweisung von Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD noch auf Anforderung von Kirchenbehörden hin einbehalten werden. Ich ersuche, diese Anordnung den für die Sicherheitspolizei zuständigen Amtskassen bekanntzugeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 161.

Uniform.

RDErl. des RfH u. ChdSD. im RMdJ. vom 13. 8. 1941
— S I A 1 a Nr. 389/41 —

(1) Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß Wehrmachtschulterstücke zur feldgrauen Uniform der Sicherheits-

23.8.41

polizei und des SD nur mit schwarzer Unterlage und polizei-grünem Vorstoß getragen werden dürfen. Das Tragen von Schulterstücken und -klappen ohne polizei-grünen Vorstoß ist unzulässig.

(2) Vordrucksmäßige Schulterstücke und -klappen sind im Bedarfsfalle zahlenmäßig — getrennt nach Dienstgraden — vom Reichssicherheitshauptamt, Referat II C 2, anzufordern.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 161.

Werke russischer Autoren und Vertrieb russischen Schrifttums.
RdErl. des RSHP vom 14. 8. 1941 — IV C 3 Nr. 1674/H —

(1) Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda hat an die ihm nachgeordneten Dienststellen folgenden Erlaß herausgegeben:

„Bis auf weiteres dürfen Werke russischer Autoren wie Komponisten, Schriftsteller, Theaterdichter usw. ohne jede Ausnahme nicht aufgeführt werden. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß ab sofort in Konzert, Theater, Rundfunk, Gaststätten usw. jegliche Aufführung von Werken russischer Herkunft unterbleibt. Sinngemäß ist auch die öffentliche Darbietung russischer Volkslieder unstatthaft. Ferner ist die Presse anzuweisen, von Besprechung oder Erwähnung von Werken russischer Herkunft ab sofort Abstand zu nehmen.“

(2) Ergänzend zu diesem Erlaß hat das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda noch mitgeteilt, daß gegen das Auftreten russischer oder ukrainischer Chöre und Musiker (russische Emigranten) keine Bedenken bestehen, falls diese keine russische Musik zu Gehör bringen. Das Auf-

treten darf jedoch nicht unter dem bisherigen Namen wie z. B. Don-Kosaken, Kuban-Kosaken usw. erfolgen. Es ist auch nicht mit dem Zusatz „ehemalige“ Don-Kosaken usw. zulässig. Bedenken, für eine neutrale Bezeichnung den Namen des bisherigen Leiters zu verwenden, bestehen nicht. Das Auftreten in russischen Nationaltrachten oder Kostümen kann angesichts der augenblicklichen Lage jedoch nicht gestattet werden.

(3) Bezüglich des Schrifttums hat die Reichsschrifttumskammer (Abteilung Buchhandel) im Einvernehmen mit dem Leiter des deutschen Buchhandels unter dem 25. 7. 1941 folgende Anweisung gegeben:

„Der politischen Lage entsprechend sind ab sofort alle Werke russischer Autoren bis auf weiteres nicht mehr zu vertreiben. Dies gilt sowohl für die gegenwärtige wie auch für die russische Literatur früherer Zeiten. Ausnahmen, die durch propagandistische Notwendigkeiten gegeben sein können, bedürfen in jedem Falle der vorherigen Genehmigung der Abteilung Schrifttum im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, die im Einvernehmen mit allen zuständigen Stellen erfolgt und dem Buchhandel an geeigneter Stelle bekanntgegeben wird.“

(4) Ich gebe von diesen Anordnungen Kenntnis. Staatspolizeiliche Überwachungen sind zunächst nicht erforderlich, da dies Aufgabe der Organe der Reichsschrifttums- und Reichsmusikkammer ist. Sollten sich jedoch besondere Umstände ergeben, bitte ich, das Erforderliche im Einvernehmen mit den zuständigen Reichspropagandaämtern zu veranlassen.

(5) Der Chef der Ordnungspolizei ist gleichzeitig unterrichtet worden.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 162

Personalmittelungen.

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt: zum Pol.Insp.: Pol.Hpt.Wachtmstr. Franke.

Inspektoren u. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Beauftragt m. d. vertretungsw. Wahrnehmung der Dienstgesch. des Insp. in München: H-Stubaf. ORR. Dr. Jssellhorst (Stapoleiter München).

Ernannt: zu Pol.Insp.: Pol.Insp.Anw. Walter Schröder (Radom), Pol.Sekr. Fritz Herrmann (Radom), die Pol.Hpt.Wachtmstr. Dittberner (Krakau) u. Slawinski (Warschau).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt: zu Reg.Räten: H-Stubaf. Reg.Assessor Hoepfner (Posen, z. Zt. SD-LA Posen), die H-H-Stuf. Reg.Assessoren Bruhn (Stapoleitst. Stuttgart, z. Zt. beim Insp. Stuttgart), Ebert (Lichmannstadt), Hübner (Dresden, z. Zt. Befh. Prag), Dr. Husmann (Potsdam), Weygandt (Leipzig);

zum Pol.Ob.Insp.: Pol.Insp. Birnstein (Magdeburg); zu Pol.Insp.: die apl. Pol.Insp. Johannes Fischer u. Grapow (beide Breslau), Samel (Schwerin), die Pol. Sekr. Hennig (Wien), Raffl (Brünn), Unger (Danzig), Pol.Mstr. Huget (Düsseldorf), die Pol.Hpt.Wachtmstr. Böttner (Graudenz) u. Gutt (Köslin).

Verseht: H-O-Stuf. RR. Dr. Kunz (Wien) nach Berlin, H-H-Stuf. Reg.Assessor Hünze (Bromberg) nach Königsberg, zugl. als Vert. d. Leiters, Pol.Insp. Anderson (Schwerin) zum RSHP.

Die Versehung des Pol.Insp. Alfons Schneider zum RSHP ist wieder aufgehoben worden.

Abgeordnet: Pol.Ob.Insp. Wiesinger (Wefermünde) zum RSHP.

In den Ruhestand verseht: Pol.Insp. Galle (Oppeln).

Kriminalpolizei(leit)stellen und Krim.Abteilungen.

Ernannt: zum Reg. u. Krim.Dir.: OReg. u. Krim.Rat Kap-hengst (Wien).

Abgeordnet: Krim.Rat Nußbaum (Brüx) zur Dtsch. Krim. Pol. Brünn.

Verseht: die Krim.Räte Menneking (Stapoleitst. Berlin) zur KPLSt. Berlin, Oellermann (Memel) nach Thorn und Ostrowski (Berlin) nach Memel; die Krim.Komm. Jwanekki (Berlin) nach Chemnitz, Otto Lange (Frankfurt/M.) zum RSHP (Amt V) u. Bruno Lange (Gleiwitz) zur Gem. Krim. Pol. Bonn.

In den Ruhestand verseht: Krim.Komm. Hollands (Wuppertal).

SD.

Kommandiert: H-O-Stuf. Dr. Klotz zum Befh. Mek, H-H-Stuf. Karth zum SD-LA Breslau (unter Aufhebung seiner Versehung zum SD-LA Breslau), H-U-Stuf. Walther zum Insp. Hamburg.

Verseht: H-U-Stuf. Wörner zum SD-Abdn. Innsbruck, H-O-Scharf. Nottebohm zum SD-Abdn. Saarbrücken.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt: zu Krim.Sekr.: die Krim.Ob.Assistenten Hempel (Kripoleitst. Hamburg), Anzinger, Rain, Schöffler, Simeth (sämtl. Kripoleitst. München);

zum Krim.Assistenten: apl. Krim.Assistent Kempke (Stapo Innsbruck, z. Zt. Geh. Feldpol.);

zum apl. Krim.Assistenten mit Wirkung vom 1. 8. 1941: Krim.AssistentenAnw. Gipsier (Stapoleitst. Stuttgart).

— Befehlsblatt 1941 S. 162.

Befehlsblatt

Ausgabe A

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einfseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Deutscher Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 33

Berlin, den 30. August 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 9. 8. 41 Behandlung zurückkehrender Fremdenlegionäre. S. 163. — RdErl. 13. 8. 41 Verbot von ausländischen Druckschriften. S. 163. — RdErl. 16. 8. 41 Verbot von ausländischen Druckschriften. S. 163. — RdErl. 18. 8. 41 Verbot von ausländischen Druckschriften. S. 163. — RdErl. 19. 8. 41 Erholungsurlaub. S. 164. — RdErl. 22. 8. 41 Liste des schäd. u. unerwünschten Schrifttums. S. 164.

Personalmitteilungen. S. 164.

Sicherheitspolizei und SD.

Behandlung zurückkehrender Fremdenlegionäre.

RdErl. des RfHuChdDtPol. im RMdJ. vom 9. 8. 1941

— S IV E 3 Nr. 31 679 —

(1) Da die in Frankreich für Rückkehrer aus der französischen Fremdenlegion nach Deutschland errichteten Internierungslager inzwischen weitgehend geräumt sind, ist der Abschnitt III des RdErl. des RfHuChdDtPol. im RMdJ. vom 26. 2. 1941 — S IV E 3 Nr. 31 679 — (Befehlsbl. S. 42 und fS.-Erlaß an die Dienststellen im Westen vom 23. 11. 1940 S Nr. 31 337) zu streichen und ab sofort nicht mehr anzuwenden.

(2) Der Absatz IV des genannten Erlasses hat durch den vorletzten Absatz des RdErl. des RfHuChdDtPol. im RMdJ. vom 29. 5. 1941 — S IV E 3 Nr. 31 772 g — eine Abwandlung erfahren, die aus Billigkeitsgründen bei Schutzhafentanträgen zu berücksichtigen ist.

(3) Der Abschnitt V des obengenannten RdErl. ist durch den RdErl. des RfHuChdDtPol. im RMdJ. vom 14. 6. 1941 — S IV E 3 Nr. 31 337 g — überholt. Ich ersuche, ihn zu streichen.

(4) Im übrigen bleibt der RdErl. für alle nach Deutschland zurückkehrenden ehemaligen Legionäre weiterhin gültig.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 163.

Verbot von ausländischen Druckschriften.

RdErl. des RfHuChdDtPol. im RMdJ. vom 13. 8. 1941

— S IV C 3 Nr. 7105/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 33 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung der Schrift:

„Geschichtliche Betrachtungen zum Verständnis der Gegenwart“ von Werner Näf, Verlag H. R. Sauerländer u. Co.,arau 1941, verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 163.

Verbot von ausländischen Druckschriften.

RdErl. des RfHuChdDtPol. im RMdJ. vom 16. 8. 1941

— S IV C 3 Nr. 7629/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 33 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung der Schriften:

1. Werner Näf: „Die Schweiz im europäischen Umbruch“, Frey u. Wasmuth Verlag A.G., Zürich 1941;

2. Dr. Adolf Gasser: „Demokratie als schweizerisches Schicksal“, Verlag „Bücherfreunde“, Basel 1941;

3. Denis de Rougemont: „Aufgabe oder Selbstaufgabe der Schweiz“, Rascher-Verlag, Zürich 1941, verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 163.

Verbot von ausländischen Druckschriften.

RdErl. des RfHuChdDtPol. im RMdJ. vom 18. 8. 1941

— S IV C 3 Nr. 7540/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 33 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung der Schrift:

„Schlaglichter der Endzeit. Ein Weckruf an die Gemeinde des Herrn“, von S. Limbach, Verlag von Heinrich Majer, Basel 1941, verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 163.

Erholungsurlaub.

RdErl. des RfH u. ChdD Pol. im RMdJ. vom 19. 8. 1941
— S I P 1 Nr. 120/41 —

Im Nachgang zu meinem RdErl. vom 9. 7. 1941 — S I P 1 Nr. 120/41 — (Befehlsbl. S. 143) bestimme ich folgendes:

1. Soweit mein RdErl. vom 12. 5. 1941 — S I P 1 Nr. 120/41 — (Befehlsbl. S. 83) und der RdErl. des RMdJ. zgl. i. N. des RfM., d. Pr. MPräf. u. d. Pr. fM. vom 18. 4. 1941 — II 1679/41 - 6460 — (RMBlD. S. 666) nicht entgegenstehen, ist der Erholungsurlaub von allen Angehörigen der Sicherheitspolizei u. des SD. nach Möglichkeit ungeteilt zu nehmen.
2. Urlaubsgefuche der Leiter der Staatspolizei(leit)stellen, der Kriminalpolizei(leit)stellen und der SD-(Leit)Ab-schnitte sind, soweit sie nicht unter Ziff. 3 fallen, über den zuständigen Inspekteur der Sicherheitspolizei u. des SD. dem RSfH. rechtzeitig zur Genehmigung vorzu-legen.

3. Ich ermächtige die Inspektoren der Sicherheitspolizei u. des SD, den ihnen unterstellten Leitern der Staatspolizei(leit)stellen, der Kriminalpolizei(leit)stellen und der SD-(Leit)Ab-schnitte Urlaub bis zur Dauer von drei Tagen in eigener Zuständigkeit zu gewähren.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 164.

Liste des (schädlichen und unerwünschten Schrifttums.

RdErl. des RSfH. vom 22. 8. 41 — IV C 3 —

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 25. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 37) teile ich folgende neue Einreichungen mit:

Limbach, S.: „Schlaglichter der Endzeit. Ein Weckruf an die Gemeinde des Heren“, Verlag von Heinrich Majer, Basel, 1941;

Werner, Bruno E.: „Deutsche Plastik der Gegenwart“, Rembrandt-Verlag, Berlin, 1940.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 164.

Personalmittelungen.**Befehlshaber und Kommandeure
der Sich.Pol. u. des SD.**

Ernannt: zum Oberstleutnant d. Pol.: H-O'Stubaf. Böhme, stellv. Befh. in Prag; zum Krim.Rat: Krim.Kommissar Burger (Radom).

Kommandiert: H-O'Stubaf. Hirschberg z. Befh. Straßburg.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt: zu Krim.Räten: die Krim.Komm. Nohles und Hufenstuhl (Düsseldorf), zu Pol.Oberinspektoren: die Pol.Insp. Wilhelm Hoffmann und Gustav Heinrich (Berlin), zum Krim.Komm.: Hilfskrim.Komm. Arnoldi (Bremen), zum Pol.Insp.: Pol.Hptwachtm. Schröder (Hamburg).

Verseht: H-Stubaf. RR. Dr. Denediger (Graudenz) nach Danzig als Leiter der Stapoleitst., H-O'Stuf. Reg.Assessor Dr. Schlegel (Königsberg) nach Prag, Krim.Komm. Baucke (Schneidemühl) nach Kattowik, Krim.Komm. 3. Pr. Steinfurth (Graudenz) nach Brunn.

Abgeordnet: H-Stubaf. RR. Hans-Helmut Wolff zum Befh. Den Haag unter gleichz. Entbindung von den Dienstgeschäften als komm. Leiter der Stapoleitst. Danzig, Krim.Komm. Hollack (Bremen) zum Befh. Oslo, Pol-Sekt. (Pol.Insp.Änw.) Kaßler (Berlin) zum RSfH., Pol.Insp.Änw. Lux (Führerschule Berlin) zum RSfH.

**Kriminalpolizei(leit)stellen
und Kriminalabteilungen.**

Ernannt: zum Krim.Dic.: Krim.Rat Buchheld (Hamburg), zum Krim.Komm.: Krim.Komm. 3. Pr. Burger (Wien), zur Krim.Kommissarin 3. Pr.: Krim.Ob.Sekretärin Roth-schuh (Berlin).

Verseht: Krim.Dic. Buchheld (Hamburg) nach Wien, Krim.Komm. Berchem (Köln) nach Berlin.

**Abgeordnet und in Planstellen des Generalgouvernements
eingewiesen:** die Krim.Kommissare Klapper (Plauen) zum Kdr. Krakau, Niemeyer (Stuttgart) zum Kdr. Krakau, Kahlenberger (Cuxhaven) zum Kdr. Warschau, van Look (Wiesbaden) zum Kdr. Warschau, Heidelberger (Stuttgart) zum Kdr. Lublin, Strunk (Zwickau) zum Kdr. Radom.

In den Ruhestand verseht: Krim.Komm. Vogl (München).

SD.

Verseht: die H-O'Stuf. Höffelbarth zum SD-LA. Dresden unter gleichz. Ernennung z. Ref. und Höfler zum RSfH. unter gleichz. Aufhebung seiner Kommandierung zum RSfH.

Kommandiert: die H-f-Stuf. Trenz zum RSfH. (Rückkomm.), Eber zum Insp. Stuttgart und Haß zum RSfH. (Rückkomm.), die H-O'Stuf. Hansch zum SD-A. Neustettin, Kohls zum SD-A. Jichenu, Specht zum RSfH., Thiemann zum Beauftr. des ChdSPudSD. f. Belgien u. Frankr., Dienstst. Paris, Kurch zum Kdr. Lublin, Gries zum SD-LA. Hamburg (Rückkomm.), die H-U'Stuf. Beier zum SD-LA. Stettin, Butgereit zum Befh. Oslo, Hamm zum Befh. Oslo, Jäger zum Beauftr. des ChdSPudSD. f. Belgien u. Frankr., Dienstst. Brüssel, Tänzer zum Befh. Den Haag.

Die im Befehlsbl. 1941, S. 146, veröffentl. Kommandierung des H-O'Stuf. Schmitz zum SD-A. Linz ist aufgehoben worden.

Im Wehrdienst.

Ernannt: zu Krim.Sekretären: die Krim.Ob.Assistenten Dahlke, Fortreuter (beide Kripoleitst. Berlin) und Wilde (Kripoleitst. Bremen).

— Befehlsblatt 1941 S. 164.

Befehlsblatt**Ausgabe A****Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD**

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einfseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 34

Berlin, den 6. September 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 19. 8. 41 Verbot von ausländischen Druckschriften. S. 165. — RdErl. 25. 8. 41 Ausnahmen vom Verbot französischer Druckschriftenerzeugnisse. S. 165. — RdErl. 26. 8. 41 Krankenversicherung der in das Ausland abgeordneten Gefolgschaftsmitglieder. S. 165. — RdErl. 26. 8. 41 Verdunkelungsmaßnahmen im Kraftfahrzeugverkehr. S. 167. — RdErl. 28. 8. 41 Verbot von

ausländischen Druckschriften. S. 168. — RdErl. 1. 9. 41 Ausnahmen vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse. S. 168.

Verschiedenes. Nachtrag zum Verzeichnis der Funkstellen. S. 168. — Verschlusssachenanschrift. S. 169.

Personalmitteilungen. S. 169.

Sicherheitspolizei und SD.**Verbot von ausländischen Druckschriften.**

RdErl. des RfHu.ChdDiPol. im RMDJ. vom 19. 8. 1941

— S IV C 3 Nr. 7613/ E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung der Schrift:

„Christi Reich und die irdischen Reiche“

von Alfred de Quervain, Druck u. Verlag von Friedrich Reinhardt, Basel 1941, verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 165.

Ausnahmen vom dem Verbot französischer Druckschriftenerzeugnisse.

RdErl. des RfHu.ChdDiPol. im RMDJ. vom 25. 8. 1941

— S IV C 3 Nr. 7596/E. —

(1) Im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt und dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird die in Nancy erscheinende Zeitung „L'Echo de Nancy“ von dem allgemeinen Verbot französischer Druckschriftenerzeugnisse ab sofort ausgenommen.

(2) Gegen die Verbreitung dieser Zeitung im Reichsgebiet (ohne Elsaß-Lothringen und Luxemburg) bestehen keine Bedenken.

(3) Eine Kontrolle ist nicht erforderlich.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 165.

Krankenversicherung der in das Ausland abgeordneten Gefolgschaftsmitglieder.

RdErl. des RfHu.ChdDiPol. im RMDJ. vom 26. 8. 1941

— S II C 1 Nr. 3098/41-291-9 —

Nachstehend bringe ich zwei Schreiben des Herrn Reichsarbeitsministers vom 15. 5. u. 11. 6. 1941 zur Kenntnis und Beachtung.

Der Reichsarbeitsminister Berlin SW 11, den 11. Juni 1941
II b Nr. 1089/41 A Saarlandstr. 96

An

den Herrn Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern

Berlin SW 11

Betr.: Krankenversicherung der in das Ausland abgeordneten Gefolgschaftsmitglieder.

Auf das Schreiben vom 16. 4. 1941

— S II C 2 1 (neu) B. Nr. 306/41-291-9 —.

(1) Die Krankenversicherung der nach den besetzten Westgebieten sowie nach Dänemark und Norwegen abgeordneten Gefolgschaftsmitglieder deutscher Dienststellen und Betriebe ist in Nr. 1 meines abschriftlich beigefügten Erlasses vom 15. 5. 1941 — II b 1232/41 A — geregelt. Danach bleiben die in den genannten Gebieten beschäftigten deutschen Gefolgschaftsmitglieder grundsätzlich bei den Trägern der Krankenversicherung im Reich, denen sie bisher angehört haben, versichert, sofern die Lohn- und Gehaltsabrechnung für sie von einer Stelle im Reich vorgenommen wird. Die anderen deutschen Gefolgschaftsmitglieder sind bei den in Paris, Brüssel, Den Haag, Kopenhagen und Oslo errichteten deutschen Krankenkassen (Zweigstellen) anzumelden. Für Italien verweise ich auf Art. 4 Buchst. c des deutsch-italienischen Vertrags über Sozialversicherung vom 20. 6. 1939 — RGBl. BG 40 II S. 207.

(2) Über die Durchführung der deutschen Krankenversicherung in anderen Ländern besteht noch keine Regelung. Es ist auch nicht möglich, mit allen in Betracht kommenden Ländern Abkommen zu treffen. Ich habe jedoch keine Bedenken, daß die nach anderen Ländern von amtlichen deutschen Stellen abgeordneten deutschen Gefolgschaftsmitglieder bei der Krankenkasse, der sie vor der Abordnung angehörten, versichert bleiben. Im Erkrankungsfall wäre den Versicherten Krankenhilfe gemäß § 221 RVO von der betreffenden

deutschen Dienststelle zu gewähren, der die zuständige deutsche Krankenkasse im Reich die entstandenen Aufwendungen ersetzt; die im Reich zurückgebliebenen Familienangehörigen erhalten in diesen Fällen Familienhilfeleistungen von der Krankenkasse im Reich.

Der Reichsarbeitsminister Berlin SW 11, den 15. Mai 1941
II b. 1232/41 A Saarlandstr. 96

An

die Träger der Kranken- und Unfallversicherung, ihre Aufsichtsbehörden und Verbände.

Betr.: Durchführung der deutschen Kranken- und Unfallversicherung in den besetzten Gebieten und in Dänemark.

Zur Vereinfachung und weiteren Vereinheitlichung der deutschen Krankenversicherung in den besetzten Westgebieten, den besetzten norwegischen Gebieten und in Dänemark sowie zur Regelung einiger Fragen der Unfallversicherung in den genannten Gebieten bestimme ich — soweit erforderlich auf Grund des § 5 der Verordnung über die Krankenversicherung im Ausland vom 26. Oktober 1939 (RGBl. I S. 2175) und des § 9 der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 13. Februar 1939 (RGBl. I S. 206) — folgendes:

1. Die in den besetzten Westgebieten, den besetzten norwegischen Gebieten oder in Dänemark versicherungspflichtig beschäftigten deutschen Staatsangehörigen, die von Betrieben oder Verwaltungen im Reich nach den genannten Gebieten abgeordnet sind, bleiben ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Beschäftigung in diesen Gebieten bei dem Träger der Krankenversicherung im Reich versichert, dem sie zuletzt angehörten. Alle anderen in den genannten Gebieten versicherungspflichtig beschäftigten deutschen Staatsangehörigen sind bei der für das betreffende besetzte Gebiet oder für Dänemark zuständigen deutschen Krankenkasse (Zweigstelle) zu versichern, außer wenn sie in einem Betriebe beschäftigt sind, für den im Reich eine Betriebskrankenkasse oder die Seekasse zuständig ist, oder wenn sie vor Aufnahme der Beschäftigung in den genannten Gebieten bereits Mitglieder einer Ersatzkasse waren und nach der Art ihrer Beschäftigung in den genannten Gebieten bei der Ersatzkasse versichert bleiben dürfen. Eine Abordnung im Sinne des Satzes 1 ist anzunehmen, wenn die Lohn- oder Gehaltsabrechnung von einer Stelle im Reich vorgenommen wird.

Soweit nach Absatz 1 für die Krankenversicherung der in den genannten Gebieten beschäftigten deutschen Staatsangehörigen ein Träger der Krankenversicherung im Reich zuständig ist, kann der Betriebsführer jederzeit für die nicht bei einer Ersatzkasse versicherten Mitgliedschaftsmitglieder bei dem zuständigen Träger der Krankenversicherung im Reich oder bei der für das betreffende besetzte Gebiet oder Dänemark zuständigen deutschen Krankenkasse (Zweigstelle) beantragen, daß die Mitgliedschaft vom ersten Tage des auf den Antrag folgenden Monats an bei der für das betreffende besetzte Gebiet oder für Dänemark zuständigen deutschen Krankenkasse (Zweigstelle) besteht. Dem Antrag ist zu entsprechen. Ist dem Antrag von einer deutschen Krankenkasse (Zweigstelle) im besetzten Gebiet oder in Dänemark stattgegeben worden, so hat diese dem zuständigen Träger der Krankenversicherung im Reich sogleich Nachricht zu geben. Hat der zuständige Träger der Krankenversicherung im Reich dem Antrag stattgegeben, so hat er der zuständigen deutschen Krankenkasse (Zweigstelle) in den besetzten Gebieten oder in Dänemark sogleich Mitteilung zu machen.

Soweit bisher deutsche Staatsangehörige auf Grund von Ziff. I Nr. 2 meines Erlasses vom 24. 12. 1940 — II b 2778/40 A — (RABl. 1941 S. II 20) bei der für das betreffende besetzte Gebiet oder für Dänemark zuständigen Krankenkasse (Zweigstelle) versichert worden sind, verbleibt

es dabei. Im übrigen ist Ziff. I Nr. 2 meines Erlasses vom 24. 12. 1940 nicht mehr anzuwenden.

Die deutschen Krankenkassen (Zweigstellen) in den besetzten Gebieten und in Dänemark haben auch in den Fällen, in denen der im besetzten Gebiet oder in Dänemark Beschäftigte bei einem Träger der Krankenversicherung im Reich versichert bleibt, im Bedarfsfalle oder auf Ersuchen des Trägers der Krankenversicherung im Reich Krankenhilfe nach Ziff. I Nr. 1 meines Erlasses vom 24. 12. 1940 — II b 2778/40 A — (RABl. 1941 S. II 20) zu gewähren. Ich erwarte, daß die Träger der Krankenversicherung im Reich bei der Gewährung von Krankenhilfe an ihre Versicherten in den genannten Gebieten sich grundsätzlich der Vermittlung der für das betreffende Gebiet zuständigen deutschen Krankenkasse (Zweigstelle) bedienen.

Den Familienangehörigen der in den besetzten Gebieten oder in Dänemark beschäftigten deutschen Staatsangehörigen, die bei einer deutschen Krankenkasse (Zweigstelle) in diesen Gebieten versichert sind, haben die Träger der Krankenversicherung im Reich im Bedarfsfalle auch ohne Ersuchen der zuständigen deutschen Krankenkasse in den besetzten Gebieten oder in Dänemark zu deren Lasten Krankenscheine auszustellen und Leistungen zu gewähren. Zuständig ist der deutsche Träger der Krankenversicherung, an den sich der Angehörige zuerst wendet. Soweit dieser den Umfang der nach der Satzung der verpflichteten Krankenkasse dem Familienangehörigen zu bewilligenden Leistungen nicht kennt, hat er zunächst mindestens die Regelleistungen als vorläufige Leistungen zu gewähren. Der verpflichteten Krankenkasse (Zweigstelle) in den besetzten Gebieten oder in Dänemark ist sogleich von der Ausstellung eines Krankenscheines oder der Gewährung von Leistungen Mitteilung zu machen.

2. Arzthilfe darf mit Wirkung vom 1. Juni 1941 in den besetzten Westgebieten nur durch die kassenärztliche Vereinigung Deutschlands sichergestellt werden. Dies gilt auch in den Fällen, in denen für Grenzgänger eine Sonderregelung nach § 205 Abs. 5 RVO besteht. Satzungsbestimmungen nach § 205 Abs. 5 RVO schließen nicht aus, daß auch den Grenzgängern und ihren Familienangehörigen von den für das betreffende besetzte Gebiet zuständigen deutschen Krankenkassen (Zweigstellen) auf Ersuchen des zuständigen Trägers der Krankenversicherung im Reich Leistungen gewährt werden; ich empfehle von dieser Möglichkeit weitgehend Gebrauch zu machen.

3. Um den Trägern der Krankenversicherung die in Ziff. II meines Erlasses vom 24. 12. 1940 — II b 2778/40 A — (RABl. 1941 S. II 20) und in Abschnitt B Nr. 5 meines Erlasses vom 30. 4. 1941 — II b 1082/41 A — angeordneten Mitteilungen über die Abmeldungen von Arbeitskräften aus Norwegen, Dänemark, den Niederlanden, Belgien und den besetzten französischen Gebieten an die für das betreffende Land zuständige deutsche Krankenkasse (Zweigstelle) zu erleichtern, haben die Betriebsführer, die Arbeitskräfte aus den genannten Gebieten beschäftigen, die Abmeldungen für diese Arbeitskräfte den Trägern der Krankenversicherung in dreifacher Ausfertigung zu erstatten. Eine Ausfertigung ist für den betreffenden Träger der Krankenversicherung im Reich, die zweite für das Arbeitsamt bestimmt; die dritte Ausfertigung der Abmeldung ist von dem Träger der Krankenversicherung im Reich der deutschen Krankenkasse (Zweigstelle) in dem betreffenden besetzten Gebiet oder in Dänemark zuzuführen.

Teil I des durch meinen Erlass vom 18. 2. 1938 — II c 664/38 — II a 1685/38 — vorgeschriebenen Vordrucks für Abmeldungen wird hinter den Worten „aus sonstigen Gründen“ wie folgt ergänzt:

„Nur bei Arbeitskräften aus Norwegen, Dänemark, den Niederlanden, Belgien und den besetzten französischen Gebieten auszufüllen: Der ausgeschiedene ausländische Beschäftigte ist in seinen Heimatstaat zurückgekehrt — hat seine Arbeitsstelle im Deutschen Reich gewechselt.“)

*) Zutreffendes unterstreichen!

Vorhandene alte Vordrucke können bei Abmeldungen deutscher Versicherter aufgebraucht werden.

4. Für die Gewährung von Krankenpflege an Familienangehörige in den besetzten Westgebieten bedarf es mit Wirkung vom 1. 5. 1941 nicht des Nachweises von Vorversicherungszeiten; in Fällen besonderer Härte kann auch schon für die Zeit vor dem 1. 5. 1941 von dem Nachweis der Vorversicherungszeiten abgesehen werden. Soweit mein Erlass vom 6. 11. 1940 — II b 2216/40 A — (RPAbl. S. II 403) — zu Ziffer I Nr. 2 — dieser Regelung entgegensteht, ist er nicht mehr anzuwenden.

5. Auch in Belgien und den besetzten französischen Gebieten ist mit Wirkung vom 1. 5. 1941 Familiensterbegeld zu gewähren, und zwar im Falle des Todes der Ehefrau des Versicherten in Höhe von 20,— RM, im Falle des Todes eines Kindes des Versicherten in Höhe von 10,— RM. Zur Befreiung von Härten kann auch für Sterbefälle vor dem 1. 5. 1941 Familiensterbegeld gewährt werden. Soweit schon bisher Familiensterbegeld gezahlt worden ist, verbleibt es dabei.

6. Die Zweigstellen deutscher Krankenkassen in den besetzten Westgebieten, in den besetzten norwegischen Gebieten und in Dänemark werden ermächtigt, an Stelle des zuständigen Trägers der Krankenversicherung im Reich mit rückwirkender Kraft die nach § 216 Abs. 1 Nr. 2 RVO erforderliche Zustimmung zur Rückkehr eines erkrankten ausländischen Versicherten in das besetzte Gebiet oder nach Dänemark zu erteilen, sofern nach den gesamten Umständen des Falles dem Versicherten nicht zugemutet war, die Zustimmung des zuständigen Trägers der Krankenversicherung im Reich einzuholen. Im Falle der Erteilung der Zustimmung durch die Zweigstelle hat diese dem zuständigen Träger der Krankenversicherung im Reich Mitteilung zu machen und auf Verlangen die Gründe für die Erteilung der Zustimmung anzugeben.

7. Die Aufsicht über die in den besetzten Westgebieten und in Dänemark errichteten Zweigstellen der deutschen Krankenkassen wird von mir unmittelbar geführt. Ich behalte mir vor, bestimmte Beamte am Sitz der Zweigstellen mit der Durchführung der Aufsicht zu betrauen.

8. Der Anspruch der Hinterbliebenen eines ausländischen Arbeiters aus den besetzten Westgebieten, den besetzten norwegischen Gebieten und aus Dänemark auf Leistungen der Reichsunfallversicherung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Hinterbliebenen sich zur Zeit des Unfalls nicht gewöhnlich im Deutschen Reich aufhielten (vgl. § 596 RVO).

9. Die Zweigstellen deutscher Krankenkassen in den besetzten Gebieten und in Dänemark werden ermächtigt, Unfalluntersuchungen in den Gebieten, für die sie zuständig sind, an Stelle der sonst zuständigen deutschen Polizeibehörden (vgl. § 1560 RVO) durchzuführen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 165.

Verdunkelungsmaßnahmen im Kraftfahrzeugverkehr.

RdErl. d. RStPA vom 26. 8. 1941

— II D 3 b/3 a Nr. 1402/41 —

(1) Im RStBl. Teil I Nr. 84 vom 31. 7. 1941 — S. 455/56 — sind die Ausführungsbestimmungen zu § 18 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschußgesetz vom 4. 7. 1941 veröffentlicht, deren Ziffer A I hiermit nachstehend allen Dienststellen der Sich. Pol. u. d. SD zur Kenntnis gebracht wird.

(2) Auf Ziff. I Abschnitt 1 Abs. 7, nach dem die Bestimmungen der Abs. 3, 4 und 5 für die Fahrzeuge der Polizei nicht gelten, wird besonders hingewiesen.

(3) Alle übrigen Maßnahmen sind — wie angeordnet — durchzuführen.

(4) Die Kosten sind aus den Kassenanschlagmitteln zu bestreiten.

Ausführungsbestimmungen

zu § 18 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschußgesetz.

Dam 4. Juli 1941.

Auf Grund des § 18 Abs. 1 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschußgesetz (Verdunkelungsverordnung) vom 23. Mai 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 965) in der Fassung der Vierten Änderungsverordnung zum Luftschußrecht vom 25. März 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 168) werden im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe nachstehende Bestimmungen über Verdunkelungsmaßnahmen an den Beleuchtungsanordnungen der Landfahrzeuge erlassen:

A. Nicht schienenengebundene Landfahrzeuge.

1. Kraftfahrzeuge und Anhänger.

1. Allgemeines.

Die nachstehenden Bestimmungen gelten für solche Kraftfahrzeuge, die auf Grund der Verordnung über die Weiterbenutzung von Kraftfahrzeugen vom 6. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1698) in der Fassung der Verordnung vom 17. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2055) weiterbenutzt werden dürfen, und für im Verkehr befindliche Anhänger. Bei Einzelfahrtgenehmigungen (Erlass des Reichsverkehrsministers vom 7. September 1940 — K 1. 15 006 — Reichs-Verkehrs-Blatt, Ausgabe B, S. 268) kann die Verwaltungsbehörde (Zulassungsstelle) Ausnahmen bewilligen.

2. Scheinwerfer.

(1) Für die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge mit Tarnscheinwerfern oder mit Tarnblenden an den Hauptscheinwerfern gelten die Verordnung des Reichsverkehrsministers und des Reichsministers des Innern vom 30. Dezember 1939 (Reichsgesetzbl. 1940 I S. 171) und die Bestimmungen hierzu im Reichs-Verkehrs-Blatt, Ausgabe B.

(2) Die Hauptscheinwerfer müssen, sofern sie nicht mit Tarnblenden nach Abs. 1 versehen sind, in geeigneter Weise (z. B. durch Klappen oder schwarzen Anstrich der Abschlußscheibe) lichtdicht so abgedeckt werden, daß nur ein waagerechter, 5 bis 8 Zentimeter langer und 1 Zentimeter breiter Schlit in der Mitte der Abschlußscheibe das Licht austreten läßt. Die Klappen müssen so ausgeführt sein, daß die vorgeschriebenen Abmessungen der Lichtaustrittsöffnung nicht durch Verziehen oder Einreißen verändert werden können (z. B. Einfassen der Lichtaustrittsöffnung durch einen formfesten Rahmen).

(3) Bei Kraftfahrzeugen, die mit einem Tarnscheinwerfer nach Abs. 1 ausgerüstet sind, müssen die Glühlampen für Fern- und Abblendlicht aus den Hauptscheinwerfern entfernt werden *).

(4) Bei Kraftfahrzeugen, die weder mit einem Tarnscheinwerfer noch mit Tarnblenden an den Hauptscheinwerfern nach Abs. 1 ausgerüstet sind, ist die Zuleitung zum Fernleuchtkörper abzuklemmen und an den abgeblendeten Leuchtkörper anzulegen.

(5) Alle übrigen Scheinwerfer (Nebellampen, Kurvenlampen, Breitstrahler, Suchscheinwerfer, Rückfahrscheinwerfer und dergleichen) müssen durch Entfernen der Glühlampen außer Betrieb gesetzt werden *). Kenn-Scheinwerfer (§ 52 Abs. 3 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung) sind nach Abs. 2 abzudecken.

(6) Bei Motorfahrzeugen (Kraftfahrzeugen mit Tretebellen), deren Höchstgeschwindigkeit 30 Kilometer je Stunde nicht übersteigt, genügt ein Abschirmen der Scheinwerfer wie bei den Fahrradlampen unter II Nr. 1.

(7) Die Bestimmungen unter Abs. 3, 4 und 5 erster Satz gelten nicht für Fahrzeuge der Wehrmacht, Waffen- u. Polizei und Feuerwehr.

3. Begrenzungs Lampen, Freilampen von Droschken, Zeichen für das Mitführen von Anhängern, Merkmale, Schlußlichter.

(1) Die Helligkeit der Begrenzungs Lampen, der Freilampen von Droschken, der Zeichen für das Mitführen von Anhängern, der Merkmale von Verwaltungen, Unternehmungen usw. sowie der Schlußlichter ist in geeigneter Weise (z. B. durch Färben der Glühlampen, durch Anstrich der Glaszylinder oder Abschlußscheiben, durch Einlegen von Kunststoffscheiben oder anderem schwach durchscheinendem Material, gegebenenfalls auch Papier) soweit herabzusetzen, daß die Lichtquelle bei Dunkelheit und klarer Sicht bis zu einer Entfernung von 200 Meter noch sichtbar, aus einer Entfernung von 500 Meter jedoch nicht mehr wahrnehmbar ist. Die Farbe des austretenden Lichtes darf keine wesentliche Veränderung erleiden.

(2) Im einzelnen ist noch zu beachten:

- a) Bei Begrenzungs Lampen, die in die Scheinwerfer eingebaut sind (Standlicht), braucht in der Regel nur die vordere Hälfte des Glühlampenkolbens dunkel gefärbt oder abgedeckt zu werden, um ein Ausstrahlen des Lichtes nach oben zu verhüten. Die Pflicht, die Scheinwerfer nach Nr. 2 Abs. 2 abzudecken, wird dadurch nicht berührt. Bei Kraftfahrzeugen mit besonderen Begrenzungs Lampen sind die Standlichter aus den Hauptscheinwerfern zu entfernen*).
- b) Die Freilampen von Droschken dürfen keine höhere Leistungsaufnahme als 5 Watt haben.
- c) Die leuchtende Fläche der Anhängerzeichen (§ 44 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung) darf nicht verkleinert werden.

4. Beleuchtung der Kennzeichen.

(1) Für die Beleuchtung der hinteren Kennzeichen ist blaues Licht zu verwenden, und zwar müssen die hinteren Kennzeichen bei Dunkelheit unter einem Aufblickswinkel von etwa 90° für ein normal-sichtiges Auge bei einer Schriftgröße von 75 Millimeter auf eine Entfernung von mindestens 10-Meter, bei einer Schriftgröße von 45 Millimeter auf eine Entfernung von mindestens 6 Meter und bei einer Schriftgröße von 35 Millimeter auf eine Entfernung von mindestens 5 Meter noch deutlich lesbar sein. Diese Beleuchtung kann durch Blaufärben der Glühlampen, durch blauen Anstrich der Glaszylinder oder Abschlußscheiben, durch Einlegen von blauen Kunststoffscheiben oder dergleichen erreicht werden.

(2) Durch das Blaufärben der Glühlampen oder des Glaszylinders der Petroleumlampen wird bei einer vereinigten Schluß-Kennzeichenleuchte gleichzeitig die Helligkeit des roten Schlußlichtes herabgesetzt. Dieses Verfahren darf deshalb nicht bei solchen Schluß-Kennzeichenleuchten angewendet werden, deren Schlußlicht an sich schon eine geringe Helligkeit aufweist.

5. Fahrtrichtungsanzeiger.

Die Helligkeit der Fahrtrichtungsanzeiger ist in geeigneter Weise (z. B. durch Färben der Glühlampe) soweit herab-

zusetzen, daß keine Beeinträchtigung der sicheren Führung des Fahrzeugs durch Blendung eintritt. Die Fahrtrichtungsanzeiger müssen jedoch bei Dunkelheit und klarer Sicht bis zu einer Entfernung von 150 Meter sichtbar sein. Die Farbe der leuchtenden Fläche darf keine wesentliche Veränderung erleiden.

6. Bremslichter.

Die Bremslichter sind in geeigneter Weise (z. B. durch schwarzen Anstrich der Anschlußscheibe) lichtdicht so abzudecken, daß nur ein waagerechter, höchstens 1 Zentimeter breiter Schlitz in Höhe der Glühlampe das Licht austreten läßt.

7. Innenbeleuchtung.

(1) Für die Innenbeleuchtung der Fahrzeuge darf, unbeschadet der Sonderregelung für Omnibusse in Abs. 2, nur dunkelblaues Licht verwendet werden. Dies gilt nicht für Fahrzeuge, in denen während der Verdunkelung gearbeitet werden muß, wenn an den Fenstern und Türen lichtdichte und lichtdicht abschließende Vorhänge vorhanden sind.

(2) Für die Verdunkelung der Lichtaustrittsöffnungen und der Innenbeleuchtung bei den Omnibussen gelten sinngemäß die gleichen Bestimmungen wie für Straßenbahnen (vgl. Abschnitt B Nr. 6 und 7). Bei Omnibussen, in denen keine Fahrgastabfertigung während der Fahrt stattfindet, kann von einer Verdunkelung der Lichtaustrittsöffnungen abgesehen werden, wenn für die Innenbeleuchtung blaues Licht nach Abschnitt B Nr. 3 Abs. 5 verwendet wird.

*) Zur Vermeidung von Kurzschlüssen empfiehlt es sich, vor dem Entfernen der Glühlampen die Sicherungen zu entfernen oder die Zuleitungen abzuklemmen und zu isolieren. An Sicherheitsdienst u. SD. — Befehlsblatt S. 167.

Verbot von ausländischen Druckschriften.

RdErl. des RfK u. ChdDtPol. im RmdJ. vom 28. 8. 1941

— S IV C 3 Nr. 3245/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung sämtlicher Schriften von Walther Lütthi verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 168.

Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RfK u. ChdDtPol. im RmdJ. vom 1. 9. 1941

— S IV C 3 Nr. 2667/f —

Im Benehmen mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wird nachstehend aufgeführte Zeitung ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Deutsches Volksblatt“ — Novi Sad —

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 168.

Verschiedenes.

Nachtrag zum Verzeichnis der Funkstellen der Sidj. Pol. u. d. SD (Befehlsblatt 1940 S. 20)

(II D 1 Nr. 1151/41)

Funkbegleitwagen des Gruppenführers.

Einsatzgruppe A:

- Funkstelle I (Gruppenstab)
- Feste Leitfunkstelle XVII Riga (Res-Stab)
- Funkstelle II (Eß 1 b)
- Funkstelle III (Eß 1 a)

Einsatzgruppe B:

- Leitfunkstelle VII (Gruppenstab)
- Funkstelle VIII (Sonderkommando 7)
- Funkstelle XI (Eß 7 b)
- Funkstelle XII (Eß 9)

Einsatzgruppe C:

- Leitfunkstelle IV (Gruppenstab)
- Funkstelle V (Eß 5)

Funkstelle VI (Eß 6)

festste Funkstelle XIII Lemberg (Rdr. d. Sipo u. d. SD Lemberg)

Einsatzgruppe D:

Leitfunkstelle IX (Gruppenstab)

Funkstelle X (Eß 11 b)

Empfangsfunkstelle XIV (Vorkommando der Einsatzgruppe)

Empfangsfunkstelle XV (Eß 11 a)

Empfangsfunkstelle XVI (Eß 12)

Diese Funkstellen sind, soweit vorstehend nicht aus-

drücklich anders bezeichnet, beweglich. Der jeweilige Standort ist beim Kommandostab im RSHR, IV C 1, zu erfragen. An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt 1941 S. 168.

Verchlußsachen-Anschrift.

Verchlußsachen für den Polizeipräsidenten — Kommando der Schutzpolizei — in Berlin sind zu richten: z. Hd. von Oberleutnant der Schutzpolizei Winkelmann o. D. i. R. Die Versendung an einzelne Sachbearbeiter widerspricht den Vorschriften der Verchlußsachenanweisung (II A 1 Nr. 668/41-154-6).

— Befehlsblatt 1941 S. 169.

Personalmitteilungen.

Reichssicherheitshauptamt.

Verfeh: Amtsrat Quetting, Reg. Amtmann Tischer, die Reg. Ob. Insp. Bunke und Kunze, Oberzollinsp. Hofmeister vom RfM. zum RSHR. Die Pol. Insp. Kummerow, Worms (Stapoleit Berlin) und Weber (Regensburg) zum RSHR.

Befehlshaber und Kommandeure der Sich. Pol. u. des SD.

Ernannt: zum Pol. Rat: Pol. Ob. Insp. Georg Müller (Befh. Krakau); zu Krim. Insp.: die Krim. Ob. Sekr. Reschke und Stern (Rdr. Warchau), Becher (Rdr. Krakau).

Abgeordnet: H-Stubaf. Reg. Rat Korndörfer (Stapo Kassel) zum Befh. Meh.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt: zum Pol. Ob. Insp.: Pol. Insp. Jörgens (Trier); zu Krim. Insp.: die Krim. Ob. Sekr. Hesse (Kattowik) und Koroschek (Graz).

Verfeh: H-Stubaf. Reg. Rat Henschke (Königsberg) nach Kiel (als Leiter der Stapostelle), H-Stubaf. Reg. u. Krim. Rat Dr. Lüdke (Hildesheim) nach Kassel (als Leiter d. Stapostelle), Pol. Insp. Hannemann (Trier) nach Zichenau.

Abgeordnet: Pol. Insp. Urban (Regensburg) zur EWJ. Litmannstadt.

Die im Befehlsbl. 1941 S. 159 veröffentlichte Verfehung des H-H-Stuf. Rff. Dr. Dörnte von München nach Brunn ist aufgehoben worden.

SD.

Kommandiert: H-H-Stuf. Ernst Maier zum Befh. Straßburg, H-O-Stuf. Baumann zum SD-LA Stettin, die H-U-Stuf. Dr. Georg Bauer zum Befh. Oslo und Dr. Pittlach zum SD-LA Wien (Rückkommandierung).

Verfeh: H-O-Stuf. Günzel zum SD-LA Prag.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt: zum Krim. Ob. Sekr.: Krim. Sekr. Löffler (Kripoleitst. Breslau); zu Krim. Ob. Assistenten: die Krim. Ob. Assistenten z. Dr. Haschke und Kridke (Stapoleitst. Breslau); zum Krim. Assistenten: der Krim. Assistent z. Dr. Münch (Stapoleitst. Wien); zu apl. Krim. Assistenten: die Krim. Assistenten Anw. Holzinger, Pichler und Ruffinger (sämtl. Stapoleitst. Wien), Denker, Hinrichs, Knebel, Kuhlmann, Nannen, Priebe, Sahlmann, Ströh und Struwe (sämtl. Stapo Bremen); Kriß Klose, Knorn, Rudolf Schulze und Schwarz (sämtliche Stapoleitst. Breslau).

— Befehlsblatt 1941 S. 169.

Befehlsblatt

Ausgabe A

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin-SD 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einsseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 35

Berlin, den 13. September 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 2. 8. 41 Mitnahme von Zahlungsmitteln im Reiseverkehr nach den besetzten Gebieten Sowjetrußlands. S. 171. — RdErl. 29. 8. 41 Erhöhung des Luftdruckes bei Kraftfahrzeugbereifung. S. 173. — RdErl. 1. 9. 41 Kommandeur der Sich.Pol. u. d. SD in Lemberg. S. 174. — RdErl. 1. 9. 41 Ausnahmen vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspreße. S. 174. — RdErl. 2. 9. 41 Festsetzung eines „Sicherungsgeldes“ als staatspolizeiliche Präventivmaßnahme. S. 174. — RdErl. 3. 9. 41 Verlegung des Dienstortes des SD-Abschnitts Neustadt an der Weinstraße nach Saarbrücken. S. 174. — RdErl. 4. 9. 41 Dienststreifen von Behördenangehörigen. S. 174. — RdErl. 5. 9. 41 Paßtechnische Regelung des Verkehrs mit dem Reichskommissariat Ostland; hier: Inh.

von roten Dienstaussweisen der Sich.Pol. u. d. SD. S. 175. — RdErl. 5. 9. 41 Paßtechnische Regelung des Verkehrs mit dem Distrikt Galizien im Generalgouvernement; hier: Inh. von roten Dienstaussweisen der Sich.Pol. u. d. SD. S. 175. — RdErl. 5. 9. 41 Paßtechnische Regelung des Verkehrs mit dem Bezirk Bialystok; hier: Inh. von roten Dienstaussweisen der Sich.Pol. u. d. SD. S. 175. — RdErl. 5. 9. 41 Paßtechnische Regelung des Verkehrs mit dem Reichskommissariat Ukraine; hier: Inh. von roten Dienstaussweisen der Sich.Pol. u. d. SD. S. 176.

Geheime Staatspolizei. RdErl. 1. 9. 41 Heranziehung von Gerichtsvollziehern bei der Versteigerung jüdischen Umzugsgutes. S. 176.

Personalmitteilungen. S. 176.

Sicherheitspolizei und SD.

Mitnahme von Zahlungsmitteln im Reiseverkehr nach den besetzten Gebieten Sowjetrußlands.

RdErl. des RfK u. d. SD-Pol. im RmdJ. vom 2. 8. 1941

— S II C 2/Dev. Nr. 10 414/41-290 b —

A.

Auf Grund der durch den RdErl. des Reichswirtschaftsministers in Devisenangelegenheiten Nr. 59/41 DSt/RSt v. 15. 7. 1941 getroffenen Anordnungen wird die Mitnahme von Zahlungsmitteln im Dienstreiseverkehr nach den besetzten Gebieten der UdSSR für die Sicherheitspolizei und den SD wie folgt geregelt:

I.

Mitnahme von Zahlungsmitteln.

(1) Bei Dienststreifen nach Sowjetrußland ist bis auf weiteres grundsätzlich die Landeswährung (Rubel) mitzunehmen. Soweit keine Zahlungsmittel in Landeswährung vorhanden oder erhältlich sind, können Reichskreditkassenscheine mitgeführt werden. Reichskreditkassenscheine gelten in den besetzten Gebieten Sowjetrußlands in dem gleichen Umfange als Zahlungsmittel wie die Landeswährung.

(2) Die Mitnahme von RM-Beträgen ist verboten. Entgegen diesem Verbot mitgeführte RM-Beträge verfallen der Beschlagnahme. Verstöße gegen dieses Verbot stellen strafbare Devisenvergehen dar.

(3) Im Rahmen der Reisefreigrenze von 10,— RM dürfen lediglich Scheidemünzen und Rentenmarktscheine zu 1, 2 und 5 Rentenmark mitgeführt werden.

(4) Für die gemäß Absatz 1 mitgeführten Landeswährungen oder Reichskreditkassenscheine sind von den Dienst-

stellen der Sicherheitspolizei und des SD Dienstreisebescheinigungen nach Muster — Anlage A — auszustellen.

(5) Auf Grund der Dienstreisebescheinigung dürfen bis auf weiteres nur die zur Deckung der Reisekosten und Nebenkosten erforderlichen Beträge mitgeführt und in den besetzten Gebieten der UdSSR verwendet werden.

(6) Die Dienstreisebescheinigung ersetzt die Devisenausfuhrgenehmigung, jedoch nicht die paßrechtliche Ausreiselerlaubnis. Für Reisen in die besetzten Gebiete der UdSSR ist der Durchlaßschein Ost erforderlich.

(7) Auf Grund der Dienstreisebescheinigung sind die Dienstreisenden berechtigt, die darin aufgeführten Zahlungsmittel aus- und wieder einzuführen. Die Dienstreisebescheinigung ist daher sorgfältig aufzubewahren; sie ist bei der Rückreise dem deutschen Grenzabfertigungsbeamten auszuhandigen.

II.

Erwerb von Zahlungsmitteln.

(1) Der Erwerb von Rubeln oder Reichskreditkassenscheinen für Dienststreifen nach den besetzten Gebieten der UdSSR hat durch die Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD auf Grund eines schriftlichen Antrages nach Muster — Anlage B — zu erfolgen. Abgabestellen sind die örtlichen Reichsbankanstalten und Devisenbanken. Die Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD außerhalb Berlins werden hierdurch ermächtigt, entsprechende Anträge bei den Abgabestellen zu stellen und die für die Mitnahme der Zahlungsmittel erforderlichen Dienstreisebescheinigungen auszufertigen. Ein Durchschlag der Dienstreisebescheinigung ist für Kontrollzwecke zu den Akten zu nehmen. Die Dienstreisebescheinigungen sind mit einer laufenden Nummer zu versehen. Sofern die örtlichen Abgabestellen nicht in der Lage

sind, die benötigten Beträge in Landeswährung oder Reichskreditkassenscheinen abzugeben, können diese beim RSHR, Referat II C 2/Dev., Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Str. 8, unter gleichzeitiger Überweisung des RM-Gegenwertes, angefordert werden.

(2) Die Berliner Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD haben die benötigten Rubel oder Reichskreditkassenscheine sowie die erforderlichen Dienstreisebescheinigungen beim RSHR, Referat II C 2/Dev., Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Str. 8, anzufordern. Hierbei ist jeweils der Dienstreiseauftrag vorzulegen. Bei der Inempfangnahme der beantragten Beträge ist der RM-Gegenwert sofort zu erstatten.

III.

Umwedlung.

(1) In das Reichsgebiet zurückgekehrte Dienstreisende und Urlauber haben die noch in ihrem Besitz befindlichen Geldsorten und Reichskreditkassenscheine sofort — spätestens innerhalb 3 Tagen — in Reichsmark umzuwechseln. Der Urlaubsschein oder die entsprechende Bescheinigung, die von den Einsahdienststellen der Sicherheitspolizei und des SD auszustellen sind, sind dabei zur Anbringung des Umtauschvermerks vorzulegen. Umwechselstellen sind die Grenzwechselstellen, Reichsbank- und Devisenbankniederlassungen sowie das RSHR, Referat II C 2/Dev.

(2) Urlauber usw. haben sich vor dem Antritt der Rückreise mit Zahlungsmitteln des Bestimmungslandes oder mit Reichskreditkassenscheinen zu versorgen. Auch für die Rückreise dürfen bis auf weiteres nur die zur Deckung der Reisekosten und Nebenkosten erforderlichen Beträge eingewechselt und mitgeführt werden.

B.

Überweisung von Dienstbezügen.

Die Überweisung von Dienstbezügen in die besetzten Gebiete der UdSSR ist noch nicht geregelt. Hierüber ergeht zur gegebenen Zeit besonderer Erlaß.

C.

Umrechnungskurse.

(1) Für die Umrechnung hat gegenwärtig der durch Erlaß des OKW vom 27. 6. 1941 festgesetzte Wehrmachtskurs
1,— RM = 10,— Rubel = 1 Tschetwonek
Anwendung zu finden.

(2) Mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen Änderungen in den Wehrmachtskursen für einzelne Länder werden nachstehend die zur Zeit geltenden Wehrmachtskurse angeführt:

Belgien	1 bfrs	= 0,08 RM
Bulgarien	100 Lewa	= 3,05 "
Dänemark	1 bkr	= 0,49 "
England	1 £	= 9,60 "
Finnland	100 Finnmark	= 5,065 "
Frankreich	1 ffrs	= 0,05 "
Generalgouvernement	1 Zl.	= 0,50 "
Griechenland	100 Dr	= 1,67 "
Italien	100 Lire	= 13,15 "
Kroatien	100 Dinar	= 5,— "
Niederlande	1 hfl	= 1,327 "
Norwegen	1 nkr	= 0,57 "
Portugal	100 Escudos	= 10,05 "
Rumänien	100 Lei	= 1,67 "
Rußland	1 Rubel	= 0,10 "
	1 Tschetwonek	= 1,— "
Serbien	100 Dinar	= 5,— "
Slowakei	100 Rs	= 8,60 "
Spanien	100 Peseten	= 23,58 "
Ungarn	100 Pengö	= 60,90 "

D.

Wehrmachtsregelung.

für Wehrmachtsangehörige und die der Wehrmacht unterstellten Polizeiverbände gelten Sonderbestimmungen, die nach Fertigstellung veröffentlicht werden.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 171.

Anlage A

Vfd.-Nr.:
....., den 194...

(Dienststelle)

Dienstreisebescheinigung

über die Mitnahme von Zahlungsmitteln nach den besetzten Gebieten der UdSSR.

Der
(Dienststellung, Vor- und Zuname)

wohnhaft in
(Ort, Straße und Hausnummer)

reist im dienstlichen Auftrag nach

Er ist berechtigt, folgende Zahlungsmittel mitzunehmen:

Rubelnoten im Betrage von

Reichskreditkassenscheine im Betrage von

Die Mitnahme von Reichsmarknoten ist verboten. Scheidemünzen und Rentenbankscheine zu 1, 2 und 5 Rentenmark dürfen bis zu einem Höchstbetrage von 10 RM (Reisefreigrenze) mitgenommen werden. Diese Bescheinigung ist bei der Hinreise dem Grenzabfertigungsbeamten zur Anbringung eines Entwertungsvermerks vorzulegen, für die Zurückbringung eines etwa nicht verbrauchten Restbetrages aufzubewahren und bei der Rückreise an den Grenzabfertigungsbeamten abzugeben.

Die auf Grund dieser Bescheinigung mitgeführten Zahlungsmittel dürfen nur in den besetzten Gebieten der UdSSR zur Bestreitung von Reisekosten verwendet werden.

....., den 194...

Dienststempel

(Unterschrift der Dienststelle)

Anlage B

(Dienststelle)

den.....194..

An

in

Für Zwecke der Sicherheitspolizei und des SD in
wird die Zurverfügungstellung von

RM

(in Worten:)
in Landeswährung oder Reichsgeldscheinen beantragt.

Dienststempel

(Unterschrift der Dienststelle)

Erhöhung des Luftdruckes bei Kraftfahrzeugbereifung.**KdErl. des RStM vom 29. 8. 1941 — II D 3b/3a Nr. 1440/41.**

(1) Der Reichsverkehrsminister hat im Einvernehmen mit dem Generalbevollmächtigten für das Kraftfahrwesen durch Erlaß v. 27. 6. 41 — R 21. 161 45 — veröffentl. im RDBl. B S. 99 — die Erhöhung des Reifendruckes bei Kraftfahrzeugen angeordnet, deren Ziffern 1—3 mit nachstehender Anordnung der kraftfahrtechnischen Prüfstelle beim Oberfinanzpräsidenten Berlin v. 7. 9. 41 zur Kenntnis und Veranlassung gebracht werden.

(2) Nach Ziffer 4 des Erl. des RVM. vom 27. 6. 41 werden Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung nach § 21 des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen mit Geldstrafe bis zu 150,— RM oder mit Haft bestraft. In besonders schweren Fällen ist auf Grund der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. 9. 39 (RGBl. I S. 1609) strengere Bestrafung — Gefängnis oder Zuchthaus — zu erwarten.

(3) Außer dem neuen ist auch der frühere Reifendruck auf den Kotflügeln oder an dem Aufbau anzugeben, und zwar derart, daß beide Druckwerte, durch einen waagerechten Strich getrennt, übereinanderstehen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 173.

**Kraftfahrtechnische Prüfstelle
beim Oberfinanzpräsidenten Berlin.**

H 4220 — 388/41 P I Kr.

Berlin W 15, 7. Juli 1941.

Betrifft: Erhöhung des Reifenluftdrucks.

Im Reichsverkehrsblatt (B) vom 1. Juli 1941 wird mit sofortiger Wirkung angeordnet:

„1. Zur Verlängerung der Lebensdauer der Luftbereifung von Kraftfahrzeugen und ihren Anhängern ist der Luftdruck (Überdruck) gegenüber den Vorschriften der Reifennorm und den in den einschlägigen Reifenlisten angegebenen Werten unter Einhaltung der dem bisherigen Luftdruck zugeordneten Tragfähigkeit wie folgt zu erhöhen:

a) um 30 Prozent bei allen „Millimetergrößen“ auf 18-, 20- und 22-Zoll-felgen,

b) um 15 Prozent bei allen anderen Reifengrößen mit Ausnahme der Vorderreifen der Krafträder und der Ackerschleppreifen.

2. Der erhöhte Wert ist auf Zehntel abzurunden und über jedem Reifen auf dem Kotflügel oder einer entsprechenden Stelle des Fahrzeuges anzugeben.

3. Der nach 2. ermittelte Luftdruck ist immer, also auch bei entlastetem Fahrzeug, einzuhalten.“

Für die Personalfahrzeuge und Aktenkraftwagen der Behörden kommt nur die unter 1b angegebene Luftdruckerhöhung um 15 Prozent in Betracht.

Für die gängigen Reifengrößen ergeben sich hiernach folgende Werte für den erhöhten Luftdruck:

Reifen	bei einer Belastung je Reifen	Luftdruck normal	um 15 Pro- zent erhöhter Luftdruck
	kg	atü	atü
4,50—16	250	1,5	1,75
	275	1,75	2,0
	300	2,0	2,3
5,00—16	300	1,5	1,75
	325	1,75	2,0
	350	2,0	2,3
5,25—16	350	1,5	1,75
	375	1,75	2,0
	400	2,0	2,3
5,50—16	400	1,5	1,75
	425	1,75	2,0
	450	2,0	2,3
6,00—16	500	1,75	2,0
	525	2,0	2,3
	550	2,25	2,6
6,50—16	575	2,0	2,3
	600	2,25	2,6
	625	2,5	2,9
4,50—17	225	1,25	1,4
	250	1,5	1,75
	275	1,75	2,0
	300	2,0	2,3
4,75—17	325	2,25	2,6
	275	1,25	1,4
	300	1,5	1,75
	325	1,75	2,0
5,00—17	350	2,0	2,3
	375	2,25	2,6
	325	1,5	1,75
	350	1,75	2,0
	375	2,0	2,3
	400	2,25	2,6
	425	2,5	2,9

Reifen	bei einer Belastung je Reifen	Luftdruck normal	um 15 Pro- zent-erhöhter Luftdruck
	kg	atü	atü
5,25—17	375	1,5	1,75
	400	1,75	2,0
	425	2,0	2,3
	450	2,25	2,6
	475	2,5	2,9
5,50—17	425	1,5	1,75
	450	1,75	2,0
	475	2,0	2,3
	500	2,25	2,6
	525	2,5	2,9
6,50—17	625	2,0	2,3
	650	2,25	2,6
	675	2,5	2,9
	700	2,75	3,2
	725	3,0	3,4
4,50—18	250	1,25	1,4
	275	1,5	1,75
	300	1,75	2,0
	325	2,0	2,3
	350	2,25	2,6
5,25—18	400	1,5	1,75
	425	1,75	2,0
	450	2,0	2,3
	475	2,25	2,6
	500	2,5	2,9
5,50—18	450	1,5	1,75
	475	1,75	2,0
	500	2,0	2,3
	525	2,25	2,6
	550	2,5	2,9
4,00—19	150	1,0	1,2
	180	1,25	1,4
	210	1,5	1,75
	240	1,75	2,0

Die Belastung je Reifen wird auf einer Zentesimalwaage in der Weise ermittelt, daß der Wagen mit der vorgesehenen Belastung sowohl mit den Vorderrädern wie auch mit den Hinterrädern allein auf den Waagetisch gefahren wird. Die Hälfte des für ein Räderpaar festgestellten Gewichtes ist die Rad- und Reifenbelastung.

Die in den Betriebsanleitungen für den betr. Kraftwagen angegebenen Reifendrucke sind für die Errechnung der jetzt vorgeschriebenen Druckerhöhung nicht maßgebend.

Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lemberg.

RdErl. des ChdSPoludSD. vom 1. 9. 1941
— I A 2 a Nr. 1206/41 —

(1) Für den Distrikt Galizien ist die Dienststelle eines Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD mit dem Sitz in Lemberg errichtet worden. Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lemberg untersteht dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement.

(2) Als Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lemberg habe ich den H-Obersturmbannführer Oberegierungsrat Dr. T a n z m a n n eingesetzt.

(3) Die nähere Anschrift der Dienststelle wird demnächst bekanntgegeben werden.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 174.

Ausnahmen vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RfKuchdPol. im RMDJ. vom 1. 9. 1941

— S IV C 3 Nr. 4676/E —

Im Benehmen mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wird nachstehend aufgeführte Zeitung ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Deutsche Zeitung in der Schweiz“.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 174.

Festsetzung eines „Sicherungsgeldes“ als staatspolizeiliche Präventivmaßnahme.

RdErl. des RSHJ vom 2. 9. 1941 — IV Nr. 268/40 —

(1) Im RdErl. vom 29. 3. 1940 — IV Nr. 268/40 — (nicht veröffentlicht), betr. Festsetzung des Sicherungsgeldes, ist im Teil II, Abs. 5, angeordnet, daß in allen Fällen, in denen ein Sicherungsgeld über 500,— RM verhängt wird die vorherige Genehmigung des Reichssicherheitshauptamtes einzuholen ist.

(2) Da in letzter Zeit von den Staatspolizei(leit)stellen häufig ein Sicherungsgeld von über 500,— RM festgesetzt worden ist, wird um die Berichterstattung hierüber einzuschränken, die Höchstgrenze von 500,— RM auf 3000,— RM erhöht.

(3) Bei dieser Gelegenheit wird noch darauf hingewiesen, daß sich die Festsetzung des Sicherungsgeldes auch als eine wirksame staatspolizeiliche Maßnahme in den Fällen erwiesen hat, in denen Personen wegen Unentbehrlichkeit in ihrem Betriebe, sei es als Betriebsführer, Bauer, Bäcker, Schlächter oder als besondere Spezialisten, nicht in Haft genommen werden konnten.

An die Sicherheitspolizei.

— Befehlsblatt S. 174.

Verlegung des Dienstfises des SD-Abschnitts Neustadt an der Weinstraße nach Saarbrücken.

RdErl. des RSHJ vom 3. 9. 1941 — II A 1 d Nr. 4033/41 —

(1) Der Dienstfif des früheren SD-Abschnitts Neustadt an der Weinstraße ist nach Saarbrücken verlegt worden. Gemäß SD-Befehl Nr. 50/39 vom 23. 9. 1939, Ziff. I a, lautet die neue Dienstanschrift:

Sicherheitsdienst des Reichsführers-H

SD-Abschnitt S a a r b r ü c k e n

in S a a r b r ü c k e n I, Trillerweg 38.

(2) Verschlusssachen sind zu richten an H-Obersturmbannführer O t t — o. D. i. A. — Die vorläufige Fernsprechnummer lautet: Saarbrücken 267 51.

(3) Die Dienststellenverzeichnisse usw. sind entsprechend zu berichtigen.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 174.

Dienststreifen von Behördenangehörigen.

RdErl. des RSHJ vom 4. 9. 1941

— II C 2 Nr. 1915/41-297-9 —

Nachstehend gebe ich in Ergänzung meines Erlasses vom 1. 8. 1941 — II C 1 Nr. 3102/41-291-11 — (Befehlsbl. S. 157) einen weiteren Erlaß des Reichsverkehrsministers bekannt:

Der Reichsverkehrsminister

Berlin, den 20. 8. 1941

20 Bsp. 224

Im Anschluß an meinen Schnellbrief gleichen Zeichens vom 15. Juli 1941.

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit wird der Fahrplan des Dienst-D-Zuges 77 München—Berlin vom 5. September 1941 an folgendermaßen geändert:

Dienst-D 77

(erstmalig am 5. September)	München Hbf	ab	12.15
	Mugsburg Hbf	ab	13.07
	Nürnberg Hbf	ab	14.58
	Halle (S) Hbf	an	19.46
	Berlin Hbf	an	21.50

Eine früherlegung des Dienst-D-Zuges 78 Berlin—München ist erst zum Winterfahrplan (6. Oktober) möglich.

Außerdem werden vom 5. September 1941 an zwischen Berlin und Krakau sowie zwischen Berlin und Königsberg zwei weitere Dienst-D-Zugpaare mit folgendem Fahrplan eingelegt:

Dienst-D 45

(erstmalig am 5. September)

12.44	ab Berlin-Charlottenburg ..	an	22.38
12.52	ab Berlin Zoo Garten ..	an	22.24
13.05	ab Berlin Friedrichstr ..	an	22.17
13.20	ab Berlin Schles Bf ..	an	22.01
17.44	ab Breslau Hbf ..	an	17.32
18.48	an Oppeln ..	ab	16.29
20.05	an Gleiwitz ..	ab	15.22
20.42	an Kattowitz ..	ab	14.46
22.44	an Krakau Hbf ..	ab	12.36

Dienst-D 46

(erstmalig am 6. September)

22.38	an Berlin-Charlottenburg ..	ab	22.38
22.24	an Berlin Zoo Garten ..	ab	22.24
22.17	an Berlin Friedrichstr ..	ab	22.17
22.01	an Berlin Schles Bf ..	ab	22.01
17.32	an Breslau Hbf ..	ab	17.32
16.29	an Oppeln ..	ab	16.29
15.22	an Gleiwitz ..	ab	15.22
14.46	an Kattowitz ..	ab	14.46
12.36	an Krakau Hbf ..	ab	12.36

Dienst-D 49

(erstmalig am 5. September)

13.39	ab Berlin-Charlottenburg ..	an	21.57
13.44	ab Berlin Zoo Garten ..	an	21.49
13.58	ab Berlin Friedrichstr ..	an	21.36
14.15	ab Berlin Schles Bf ..	an	21.23
20.13	an Dirschau ..	ab	15.15
22.23	an Königsberg (Pr) ..	ab	13.03

Dienst-D 50

(erstmalig am 6. September)

21.57	an Berlin-Charlottenburg ..	ab	21.57
21.49	an Berlin Zoo Garten ..	ab	21.49
21.36	an Berlin Friedrichstr ..	ab	21.36
21.23	an Berlin Schles Bf ..	ab	21.23
15.15	an Dirschau ..	ab	15.15
13.03	an Königsberg (Pr) ..	ab	13.03

mit Flügelzug nach Danzig

Dienst-D 149	20.22	ab Dirschau	an	14.57	Dienst-D 150
	20.50	an Danzig	ab	14.30	

Auch diese Züge können nur in Verbindung mit einer Platkarte benutzt werden, welche auf einen bestimmten Platz in einem bestimmten Wagen lautet. Die Bestimmungen zur Erlangung von Platkarten für Dienststreifen sowie kriegswichtige Berufs- und Geschäftsreisen sind dieselben wie die in meinem Schreiben vom 15. Juli für das Dienst-D-Zugpaar Berlin—München mitgeteilt. In Richtung Krakau werden nur Platkarten von Berlin oder Breslau nach Oppeln, Gleiwitz, Kattowitz oder Krakau und umgekehrt, in Richtung Königsberg (Pr) nur von Berlin nach Dirschau, Danzig oder Königsberg (Pr) und umgekehrt ausgegeben; der Unterwegsverkehr Berlin—Breslau, Oppeln—Krakau, Dirschau—Königsberg (Pr) usw. —Danzig und umgekehrt ist ausgeschlossen. Die für Dienststreifen usw. zur Verfügung stehenden Platkarten können bei folgenden Reisebüros bestellt werden:

- Richtung Krakau und Königsberg (Pr):
in Berlin: beim MER, Leipziger Platz,
in Breslau: beim Hapag-Reisebüro, Gartenstr. 60;
- Richtung Berlin:
in Krakau: beim MER-Büro, Adolf-Hitler-Platz 41,
in Kattowitz: beim Ostschlesischen Reisebüro, Hotel Monopol, Bahnhofstr. 7/9,
in Gleiwitz: beim Hapag-Reisebüro Oswald Stollweg, Wilhelmstraße,
in Oppeln: beim Reisebüro Fritz Kunisch, Hauptbahnhof,
in Königsberg (Pr): beim Reisebüro Robert Meyethöfer, Steindamm 127,
in Danzig: beim Reisebüro Norddeutscher Lloyd, Hohes Tor.

Ich bitte, alle an den genannten Zügen interessierten nachgeordneten Dienststellen, Berufsorganisationen usw. von der Fahrplanänderung des Münchener Zuges und von der Neueinlegung der Züge nach Krakau und Königsberg (Pr) zu verständigen und darauf hinzuweisen, daß zum Winterfahrplan

auch der Fahrplan des Dienst-D 78 Berlin—München geändert werden wird. Ich bitte ferner nochmals, dafür Sorge zu tragen, daß auf die neuen Dienst-D-Züge vor allem diejenigen Dienstreisenden verwiesen werden, deren Zeit eine zweimalige Halbtagesreise erlaubt, die jedoch bisher mit Rücksicht auf die Überfüllung mancher Tageszüge den Schlafwagen benutzten, so daß eine gewisse Entlastung im Schlafwagenverkehr erreicht wird zugunsten derjenigen Reisenden, die mit dem Schlafwagen ausschließlich aus Gründen der Zeitersparnis reisen müssen.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 174.

Paßtechnische Regelung des Verkehrs mit dem Reichskommissariat Ostland; hier: Inhaber von roten Dienstaussweisen der Sicherheitspolizei und des SD.

RdErl. des RfHChdDtPol. im RmdJ vom 5. 9. 1941

— S II B 2 Nr. 2733/41-453-35 —

(1) Mit Wirkung vom 15. August 1941 wurde das Überschreiten der Grenze zwischen dem Deutschen Reich einschließlich des Generalgouvernements und dem Reichskommissariat Ostland nur Personen gestattet, die einen Durchlaßschein und das darin aufgeführte Ausweisungspapier vorweisen.

(2) Inhaber von roten Dienstaussweisen der Sicherheitspolizei und des SD, die mit der Faksimileunterschrift des Reichsführers-H oder des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD versehen sind, bedürfen indes für das Überschreiten dieser Grenze keines Durchlaßscheines oder keines sonstigen Grenzübertrittspapiers.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 175.

Paßtechnische Regelung des Verkehrs mit dem Distrikt Galizien im Generalgouvernement; hier: Inhaber von roten Dienstaussweisen der Sicherheitspolizei und des SD.

RdErl. des RfHChdDtPol. im RmdJ vom 5. 9. 1941

— S II B 2 Nr. 2734/41-453-37 —

(1) Mit Wirkung vom 20. August 1941 wurde das Überschreiten der Grenze zwischen dem Distrikt Galizien und den übrigen Teilen des Generalgouvernements nur Personen gestattet, die einen Durchlaßschein und das darin aufgeführte Ausweisungspapier vorweisen.

(2) Inhaber von roten Dienstaussweisen der Sicherheitspolizei und des SD, die mit der Faksimileunterschrift des Reichsführers-H oder des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD versehen sind, bedürfen indes für das Überschreiten dieser Grenze keines Durchlaßscheines und keines sonstigen Grenzübertrittspapiers.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 175.

Paßtechnische Regelung des Verkehrs mit dem Bezirk Bialystok; hier: Inhaber von roten Dienstaussweisen der Sicherheitspolizei und des SD.

RdErl. des RfHChdDtPol. im RmdJ vom 5. 9. 1941

— S II B 2 Nr. 2735/41-453-36 —

(1) Mit Wirkung vom 25. August 1941 wurde das Überschreiten der Grenze zwischen dem Deutschen Reich oder dem Generalgouvernement oder dem Reichskommissariat Ostland einerseits und dem Bezirk Bialystok andererseits nur Personen gestattet, die einen Durchlaßschein und das darin aufgeführte Ausweisungspapier vorweisen.

(2) Inhaber von roten Dienstaussweisen der Sicherheitspolizei und des SD, die mit der Faksimileunterschrift des Reichsführers-H oder des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD versehen sind, bedürfen indes für das Überschreiten dieser Grenzen keines Durchlaßscheines und keines sonstigen Grenzübertrittspapiers.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 175.

Paßtechnische Regelung des Verkehrs mit dem Reichskommissariat Ukraine; hier: Inhaber von roten Dienstausweisen der Sicherheitspolizei und des SD.

RdErl. des RfK u. ChdSPol. im RMdJ vom 5. 9. 1941

— S II B 2 Nr. 2736/41-453-38 —

(1) Mit Wirkung vom 10. September 1941 wurde das Überschreiten der Grenze zwischen dem Deutschen Reich einschließlich des Generalgouvernements und dem Reichs-

kommissariat Ukraine nur Personen gestattet, die einen Durchlaßschein und das darin aufgeführte Ausweispapier vorweisen.

(2) Inhaber von roten Dienstausweisen der Sicherheitspolizei und des SD, die mit der Faksimileunterschrift des Reichsführers-H oder des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD versehen sind, bedürfen indes für das Überschreiten dieser Grenze keines Durchlaßscheins und keines sonstigen Grenzübertrittspapiers.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 176.

Geheime Staatspolizei.

Heranziehung von Gerichtsvollziehern bei der Versteigerung jüdischen Umzugsgutes.

RdErl. des RSHH vom 1. 9. 1941 — II A 5 Nr. 687/41-212 —

Der Herr Reichsminister der Justiz ist an mich mit der Bitte herangetreten, bei der Versteigerung jüdischen Ver-

mögens Gerichtsvollzieher heranzuziehen. Soweit sich die Staatspolizei(leit)stellen mit derartigen Versteigerungen befassen müssen, stelle ich anheim, auch Gerichtsvollzieher heranzuziehen.

An die Staatspolizei(leit)stellen.

— Befehlsblatt S. 176.

Personalmitteilungen.

Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD.

Abgeordnet: Krim. Rat Bloch (Kattowik) zum Rdr. Warchau.

Staatspolizei(leit)stellen.

Verseht: Die Krim. Komm. Diele (Düsseldorf) nach Münster, Hübner (Aachen) nach Innsbruck, von Manowski (Breslau) nach Kattowik.

Die Krim. Komm. z. Pr. Hück (Innsbruck) nach München, Felix Ritter (Regensburg) nach Weimar.

Kriminalpolizei(leit)stellen und Kriminalabteilungen.

Ernannt: Zum Krim. Dir.: Krim. Rat Wasklawik (Sosnowik). Zu Krim. Räten: Die Krim. Komm. Eigenbrodt (Führerschule Berlin), Hofmann (Münberg-fürth), Lindner (Führerschule Berlin), von Mohndorff (Führerschule Berlin), Pensky (Zichenau), Reimer (Köln), Riede (Heilbronn).

Verseht: Ob. Reg.- u. Krim. Rat König (Bremen) nach Dresden (als Leiter).

Krim. Dir. Goetze (Berlin) nach Königsberg (Pr.).

Die Krim. Räte: Beyer (Berlin) nach Nürnberg, Böck (Ulm) nach München-Gladbach-Rheydt, Bunge (Berlin) nach Duisburg, Engel (Berlin) nach Frankfurt/O., Grühner (Leipzig) nach Bochum, Kiehne (Hannover) zum RSHH — Amt V —, Reimer (Köln) nach Hannover, Schell (Troppau) nach Stuttgart, Schlüter (RfKPP) nach Dresden, Schmidt (Rostock) nach Wuppertal, Sommer (Berlin) nach Bremen, Pensky (Zichenau) nach Leipzig. Die Krim. Komm.: Augustin (Recklinghausen) nach Linz, Baltruschat (Potsdam) nach Frankfurt/M., Bemmann (Troppau) nach Linz, Conrady (Elbing) nach Leipzig, Christandl (München) nach Oppeln, Damberger (Gera) nach Klagenfurt, Diek (Konstanz) nach Tilsit, Dürr (Offenburg) nach Gotenhafen, Eichner (Würzburg) nach Stettin, Frike (Kassel) nach Karlsruhe, Holle (Erfurt) nach Berlin, Hochheim (Frankfurt/O.) nach Litzmannstadt, Horschler (München) nach Bremen, Juchacz (Memel) nach Stuttgart, Jwanekki (Chemnitz) nach Berlin, Katterbach (Aachen) und Kassel, Linder (München) nach Berlin, Löflein (Münberg-fürth) nach München-Gladbach-Rheydt, May (Oberhausen) nach Frei-

burg, Petersen (Lübeck) nach Oberhausen, Reiter (Regensburg) nach Innsbruck, Riesling (Offenbach) nach Danzig, Roth (Gotha) nach Heilbronn, Samereier (Münberg-fürth) nach Danzig, Schindler (Karlsruhe) nach Zichenau, Schmidke (Essen) nach Magdeburg, Schönefeld (Gießen) nach Zwickau, Schuster (Auffig) nach Berlin, Unger (Münberg-fürth) nach Wilhelmshaven, Weiß (Weimar) nach Chemnitz, Wöger (Stuttgart) nach Thorn (unter Aufhebung seiner Abordng. z. Befh. Straßburg).

Abgeordnet: Die Reg.- u. Krim. Räte Dr. Buresch (Wien) nach Breslau, Dr. Payer (Wien) nach Prag, Dr. Razesberger (Wien) nach Hannover, Dr. Seipka (Wien) nach Berlin, Dr. Waage (Wien) nach Düsseldorf, Dr. Willas (Wien) nach Köln.

Krim. Dir. Hahn (Danzig) nach Bremen (als Leiter).

Die Krim. Räte Balke (Bochum) nach Darmstadt (als Leiter), Reimer (Hannover) nach Brüssel, Schulz-Lenhardt (Hamm) nach München.

Krim. Komm. Reichert (Bremen) zum Befh. Krakau.

In den Ruhestand verseht: Oberreg.- u. Krim. Rat Dr. Traube (Wien).

Reg.- u. Krim. Rat Stegerwald (Wien).

Krim. Ob. Insp. Watek (Wien).

SD.

Beauftragt: H-O'Stuf Otto Beusse (als Untersuchungsleiter u. Gerichtsoffizier beim Beauftr. d. ChdSPudSD f. Belgien u. Frankr., Dienststelle Brüssel).

Verseht: H-H'Stuf. Karl Dittrich zum SD-LA-Posen (unter Aufhebung seiner Kommandierung).

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt: zum Krim. Sekr.: Der Krim. Ob. Assistent Otto Fink (Kd. St. Ludwigshafen a. Rh.).

Zum Krim. Assistenten: Der apl. Krim. Assistent Hans Rothgerber (RSHH.).

Zum apl. Krim. Assistenten: Der Krim. Ass. Anw. Josef Heinzl (Stapoleitst. Posen).

Befehlsblatt 1941 S. 176.

Befehlsblatt

Ausgabe A

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preussische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 36

Berlin, den 20. September 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 26. 8. 41 Befehung der Planstellen für Pol.Obersekr. der Befoldungsgruppe A 5 b. S. 177. — RdErl. 29. 8. 41 Instandsetzung von Dienstkraftfahrzeugen. S. 177. — RdErl. 2. 9. 41 Nadelschnittholz. S. 178. — RdErl. 6. 9. 41 Maßnahmen gegen Verschleuderung von Beute u. Landesbeständen in den besetzten Ostgebieten. S. 179. — RdErl. 8. 9. 41 Verbot von ausländischen Druckschriften. S. 179. — RdErl. 9. 9. 41 Postverkehr mit den Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD im Protektorat Böhmen u. Mähren. S. 179. — RdErl.

9. 9. 41 Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schäd. u. unerwünschten Schrifttums eingereiht sind. S. 180. — RdErl. 11. 9. 41 Anerkennungen. S. 180. — RdErl. 16. 9. 41 Fernunterrichtslehrgang für Anwärter des mittleren und gehobenen Polizeiverwaltungsdienstes. S. 180.

Verschiedenes: Berichtigung des Verzeichnisses der an das fS-Netz angeschlossenen Dienststellen. S. 181.

Personalmittelungen. S. 181.

Sicherheitspolizei und SD.

Befehung der Planstellen für Polizeiobersekretäre der Befoldungsgruppe A 5 b.

RdErl. des RfKfHdDtPol. im RmdJ. vom 26. 8. 1941

— S I P 2 d Nr. 15822/41 —

(1) Für die Befehung der Planstellen für Polizeiobersekretäre der Befoldungsgruppe A 5 b gelten nunmehr folgende Richtlinien:

a) Bei den vorbezeichneten Planstellen handelt es sich um Spitzenstellungen des mittleren Verwaltungsdienstes. Für eine Beförderung in diese Stellen kommen daher auch künftig nur solche Polizeisekretäre in Frage, deren dienstliche Leistungen und Fähigkeiten erheblich über dem Durchschnitt liegen und die auf Grund ihrer Gesamthaltung einer Beförderung in jeder Hinsicht würdig sind.

b) Die zur Beförderung vorzuschlagenden Polizeisekretäre müssen am Stichtage (15. 10. 1941) grundsätzlich das 42. Lebensjahr vollendet haben.

c) Beförderungen zu Polizeiobersekretären (A 5 b) erfolgen bis auf weiteres ohne Rücksicht darauf, bei welchen Dienststellen der Sich.Pol. die Beamten beschäftigt werden.

(2) Bei der Festsetzung der Reihenfolge der Beförderungen werde ich angemessen berücksichtigen:

- aa) bei Altnationalsozialisten (Stichtag 14. 9. 1930) die vor der Machtübernahme zurückgelegten Parteidienstzeiten,
- bb) die Verdienste der mit den höchsten Kriegssorden usw. ausgezeichneten Beamten,
- cc) die Anzahl der ehelichen und der für ehelich erklärten Kinder der Beamten,
- dd) bei ehemaligen Schutzpolizeibeamten und aktiven Wehrmachtsangehörigen die 12 Jahre übersteigende Dienstzeit in der Schutzpolizei und im Heere,

(3) Über eine eventuelle Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten bei der Wehrmacht und von Zeiten des auswärtigen Einsatzes bei der Sich.Pol. werde ich bei der Festsetzung der Reihenfolge der Beförderungen von Fall zu Fall entscheiden.

(4) In den Beförderungsvorschlägen sind die vorbezeichneten Merkmale augenfällig und übersichtlich aufzuführen.

(5) Vorschlagsberechtigt sind diejenigen Dienststellen der Sich.Pol., bei denen die vorzuschlagenden Polizeisekretäre zum Zeitpunkt des Vorschlages in Planstellen von mir eingewiesen worden sind. Für Beamte, die zu einem auswärtigen Einsatz der Sich.Pol. abgeordnet sind, können die Beschäftigungsdienststellen die Vorlage von Beförderungsvorschlägen bei den Heimatdienststellen beantragen.

(6) Beförderungsvorschläge nach vorstehenden Richtlinien sind mir erstmalig zum 15. 10. 1941 vorzulegen.

(7) Meine Rdekl. vom 19. 10. 1939 — I D 3 d Nr. 9962/39 und vom 29. 7. 1940 — I C (a) 1 d Nr. 15740/40 — werden hierdurch aufgehoben.

An

die Geh. Staatspolizei,
die Führerschule der Sich.Pol.,
die Grenzpol.Schule Prehsch,
das Reichskrim.Pol.Amt,
die Krim.Pol.Leitst. Prag.

— Befehlsblatt S. 177.

Instandsetzung von Dienstkraftfahrzeugen.

RdErl. des RfKfH. vom 29. 8. 1941.

— II D 3 b/3 a Nr. 1470/41 —

(1) Im Hinblick darauf, daß jede Dienststelle der Sich.Pol. u. des SD ständig mit der Abgabe von Kraftfahrzeugen rechnen muß, die als Ersatz für ausgefallene Kraft-

fahrzeuge oder zur Ergänzung der Kraftfahrzeugbestände der Einsatzgruppen der Sich.Pol. u. des SD im Einsatz Osten benötigt werden, ist bei der Instandsetzung von Kraftfahrzeugen künftig wie folgt zu verfahren.

(2) Soweit die Betriebsfähigkeit der Kraftfahrzeuge nicht in eigenen Werkstätten oder mit eigenen Kräften erhalten werden kann, sind notwendig werdende Instandsetzungen beim zuständigen Heimatkraftfahrpark (HKB.) mit der im vorst. Absatz gegebenen Begründung unter „vordringlich“ (V.) zu beantragen.

(3) Der Referent für Instandsetzungsfragen beim OStH., Major Osterlein, vertritt den Standpunkt, daß sich ein bis zwei instandsetzungsbedürftige Kraftfahrzeuge von den HKB. immer als vordringlich unterbringen lassen.

(4) Sollte der HKB. trotzdem nicht in der Lage sein, den Reparaturauftrag zu vergeben, ist an den zuständigen Heimatkraftfahrbezirk (HKB.) wegen der Durchführung der Reparatur durch einen anderen HKB. — gfs. sogar unter Heranziehung bzw. Beteiligung der benachbarten HKB. — zu beantragen.

(5) Wenn auch der HKB. die Reparatur nicht veranlassen kann, ist an das RSStH. unter Mitteilung des Sachverhalts zu berichten. Der Umfang der Instandsetzung ist anzugeben. Das RSStH. wird dann beim OStH. die Instandsetzung bei einem nicht voll ausgenutzten, entfernter liegenden HKB. beantragen. Eisenbahntransporte werden sich hierbei nicht vermeiden lassen.

(6) Bei der Behandlung der Instandsetzungsanträge in vorstehender Form ist es gleichgültig, ob es sich um die Instandsetzung von einzelnen oder mehreren Kraftfahrzeugen handelt.

(7) Bei der Beschaffung von Ersatzteilen usw. für Fahrzeuge, die in eigener Werkstatt oder mit eigenen Kräften instandgesetzt werden sollen, ist sinngemäß zu verfahren.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 177.

Nadelschnittholz.

RdErl. des RSStH. vom 2. 9. 1941

— II C 3/3 Nr. 8768/41-264-3 —

Entsprechend den Richtlinien der Reichsstelle für Holz über die Beschaffung von Nadelschnittholz bestimme ich folgendes:

I. Nadelschnittholz für Fertigwaren.

1. Für die Zuteilung von Nadelschnittholz-Einkaufsscheinen zur Ausführung von Aufträgen, die dem Handwerk oder der Holzverarbeitenden Industrie übertragen werden, sind die Ausgabestellen der Holzverarbeitenden Industrie (gewerbliche Organisation, Fachgruppen, Innungen) zuständig. Auftragnehmer, welche die Ausführung von Aufträgen der Sich.Pol. von der Ausstellung von Nadelschnittholz-Einkaufsscheinen abhängig machen, verstoßen gegen die Bestimmungen und machen sich strafbar.

2. Um eine bevorzugte Ausführung vordringlicher Aufträge durch Handwerk und industrielle Betriebe zu gewährleisten, können die Dienststellen Bedarfsbestätigungen nach dem Muster des OStH. bei mir beantragen. Die Betriebe der Holzverarbeitenden Industrie oder des Handwerks haben die Bedarfsbestätigungen nach Vordruck 307 B (erhältlich beim Verlag Ernst Janetzke, Berlin SW 68, Wassertorstr. 14) entsprechend vorzubereiten. Die ausgefüllten Vordrucke sind dem Antrag beizufügen.

II. Nadelschnittholz für Instandsetzungen.

1. Der in den polizeieigenen Instandsetzungsbetrieben anfallende Nadelschnittholzbedarf wird künftig durch die zuständigen forst- und forstwirtschaftsämter, Abt. III (Abfahlenkung), die durch die Reichsstelle für Holz mit ent-

sprechender Weisung versehen sind, gedeckt. Anträge an die zuständigen forst- und forstwirtschaftsämter auf Zuweisung von Nadelschnittholz-Einkaufsscheinen müssen enthalten:

- a) Anschrift der antragstellenden Dienststelle,
- b) Verwendungszweck,
- c) Unterteilung der Anforderung nach fertigungs-, Instandsetzungsbedarf, Hilfsmaterial und Verpackungsmaterial,
- d) Lieferzeitpunkt und Angabe, für welchen Zeitraum der Holzbedarf durch die jeweilige Anforderung voraussichtlich gedeckt wird,
- e) Bestätigung, daß das Holz ausschließlich in polizeieigenen Instandsetzungsbetrieben und mit eigenen Arbeitskräften zur Verarbeitung kommt.

2. Ein Verzeichnis der Anschriften der forst- und forstwirtschaftsämter, deren Bezirke sich mit den Wehrwirtschaftsämtern decken, folgt als Anlage. — Bei allen Anforderungen wird den Dienststellen zur Pflicht gemacht, auf Sparsamkeit, auf Zweckmäßigkeit der Beschaffung sowie auf Richtigkeit der angeforderten Menge besonders zu achten.

III. Bauholz.

Die für die Beschaffung von Bauholz (einschl. Vorhalteholz) geltenden Bestimmungen des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft (Kontingent XVIII, Verwalter: RMdF.) werden durch die Regelung nicht berührt. Auf Abs. I des RdErl. vom 7. 6. 1940 (Befehlsbl. S. 50) wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

An Sicherheitspolizei

(ohne Krim.Pol.) u. SD.

— Befehlsblatt S. 178.

Anlage.

Anschriften der forst- und forstwirtschaftsämter,

Abt. III (Abfahlenkung).

für den Wehrwirtschaftsbezirk	I: Königsberg (Pr), Straße der SA. 65-67,
" "	II: Stettin, Kronenhofstr. 14,
" "	III: Berlin-Friedenau, Ringstr. 30,
" "	IV: Dresden-N. 6, Bauhner Str. 3,
" "	V: Stuttgart W., Silberstr. 1,
" "	VI: Düsseldorf, Alte-Garde-Ufer 2,
" "	VII: München 2, Maximilianstr. 13,
" "	IX: Kassel, Gr. Rosenstr. 13,
" "	X: Hamburg-Altona, Palmaille 53-55,
" "	XI: Hannover, Georgstr. 38,
" "	XII: Wiesbaden, Steubenstr. 18,
" "	XIII: Fürth/Bayern, Hornschuchpromenade Nr. 8,
" "	XVII: Wien 40, Marxergasse 2,
" "	XVIII: Salzburg-Parish, Gaisbergstr. 7,
für den Reichsgau Danzig-Westpr.:	Danzig-Oliva, Jahnstr. 22,
" "	Wartheland: Posen, Brehmstr. 8-10.

**Maßnahmen gegen Verschleuderung von
Beute und Landesbeständen in den besetzten Ostgebieten.**
RdErl. des ChdSPudSD. vom 6. 9. 1941
— II A 1 Nr. 811/41-151 —

Nachstehenden Befehl des Reichsmarschalls des Groß-
deutschen Reiches gebe ich zur Kenntnis und Beachtung:

**Der Reichsmarschall
des Großdeutschen Reiches**
Nr. 4785/41.

Hauptquartier-Reichsmarschall
15. 8. 1941.

Betr.: Befehl über Maßnahmen gegen Verschleuderung
von Beute und Landesbeständen in den besetzten
Ostgebieten.

Auf Grund der mir vom Führer übertragenen Voll-
machten für die Ausnutzung der besetzten Ostgebiete für die
deutsche Kriegswirtschaft erlasse ich nachstehenden Befehl
über Maßnahmen gegen Verschleuderung
von Beute und Landesbeständen in den be-
setzten Ostgebieten.

Zahlreiche Meldungen zeigen, daß Einheiten und einzelne
Angehörige der Wehrmacht und der von ihr eingesetzten, nicht
militärischen Organisationen (Wehrmachtsgefolge) Beutegut
und willkürlich beschlagnahmte oder zusammengekaufte
Waren zur freien Verfügung der einzelnen Wehrmachts-
angehörigen usw. verteilen, bzw. mitnehmen und in großem
Umfang in das Reichsgebiet verbringen. Dieses Vorgehen
erstreckt sich etwa nicht nur auf Bestände der Sowjetmacht,
sondern zum großen Teil auf Waren, die für den zivilen
Verbrauch bestimmt sind.

Hieran sind überwiegend die rückwärtigen Dienste und
die nicht militärischen Organisationen beteiligt. Die
kämpfende Truppe hat hierzu weder Zeit noch Gelegenheit.

Eigenmächtige und willkürliche Zugriffe gefährden die
Versorgungsquellen und Bestände des Landes, die nicht zur
Versorgung der Truppe, sondern zur Ausnutzung für die
Kriegswirtschaft des Reiches unbedingt erhalten werden
müssen.

Es wird deshalb befohlen:

1. Als Beute gilt nur das Eigentum der
feindlichen Wehrmacht. Es wird mit der Weg-
nahme Eigentum der deutschen Wehrmacht.

Beutebestände sind sicherzustellen und zur Verwendung
für die Versorgung der Truppe durch die dafür bestimmten
Stellen (Intendanten, Oberfeldzugstabe usw.) zu erfassen.
Einheitsführer aller Dienstgrade und Intendanten dürfen an
den einzelnen Mann nur insoweit Beute verteilen, als sie
unmittelbar bei der Truppe bzw. dem Wehrmachtsgefolge
verwendet werden soll. Wer zur freien Ver-
wendung, insbesondere zur Verwendung
in der Heimat, Beute an sich nimmt oder
verteilt, vernichtet Eigentum der deutschen
Wehrmacht.

2. Der Erwerb von Waren aller Art, die nicht der
Sowjetwehrmacht gehören (sonstiges Staats- und Privat-
eigentum) ist nur für unmittelbaren Bedarf der Wehrmacht
durch deren Dienststellen einschließlich Wehrmachtsgefolge zu-
lässig, und zwar:

im Werte bis zu 1000,— nur gegen Barzahlung,
darüber hinaus gegen Empfangsbcheinigung.

Jede sonstige Wegnahme solcher Waren ist
Plünderung.

3. Niemand darf im Operationsgebiet über andere Geld-
mittel als seinen Wehrsold oder die ihm sonst in den Ost-
gebieten zustehenden Gehaltsbezüge verfügen. Einkauf
von Waren ist deshalb nur mit Mitteln des
Wehrsoldes usw. zulässig.

Jedes Verbringen von Reichsmark in das besetzte Ge-
biet, auch zum Zwecke der Umwechslung in Landeswährung
oder Reichskreditkassenscheine, ist verboten. Verstöße hier-
gegen sind Devisenvergehen, sowohl für die wechselnde Zahl-
stelle wie für den Empfänger.

4. Infolgedessen dürfen nur mit Wehrsold usw. bezahlte
Waren in die Heimat mitgenommen oder verwandt werden.

Alle entgegen dieser Bestimmung mitgeführten oder ver-
sandten Gegenstände unterliegen der Einziehung.

An den Grenzen des Operationsgebietes, in den Kriegs-
häfen und auf den Flugplätzen werden von den Wehrmacht-
teilen militärische Kontrollen eingerichtet, welche die genaue
Innehaltung dieses Befehls zu überwachen haben.
Meldungen über erfolgte Einziehungen werden von den
Kontrollstellen den Armeen, Luftflotten oder Marinestations-
kommandos zur weiteren Veranlassung zugeleitet.

5. Ausgenommen von der Bestimmung Ziffer 3 und 4
sind ordnungsmäßig von militärischen Dienststellen befohlene
Ankäufe. Diese sind jedoch grundsätzlich nur im Einver-
nehmen mit den örtlich zuständigen Wirtschaftsdienststellen
durchzuführen.

6. Verantwortlich für die Innehaltung dieses Befehls
sind die Disziplinarvorgesetzten aller Dienstgrade. Bei Ver-
stößen ist in allen Fällen zu prüfen, ob die Vorgesetzten
ihre Aufsichtspflicht verletzt haben; gegebenenfalls sind auch
diese zu bestrafen.

7. Dieser Befehl gilt auch für die von der Wehrmacht
eingesetzten, nichtmilitärischen Organisationen (Wehrmachts-
gefolge). Er ist allen Angehörigen der Truppe und des
Wehrmachtsgefolges nachdrücklichst bekanntzugeben.

Ich bitte, die für die Durchführung und Beachtung
dieses Befehls erforderlichen Maßnahmen unverzüglich zu
veranlassen.

gez. Göring.

An den Herrn Oberbefehlshaber des Heeres, Oberbefehls-
haber der Kriegsmarine, Reichsminister der Luftfahrt u.
Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Chef des Oberkom-
mandos der Wehrmacht, Reichsführer H. u. Chef der
Deutschen Polizei, Generalinspektor für das deutsche
Straßenwesen, Reichsarbeitsführer.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 179.

Verbot von ausländischen Druckschriften.

RdErl. des RfH u. ChdSP u. Pol. im RmdJ. vom 8. 9. 1941

— S IV C 3 Nr. 3160/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volks-
aufklärung und Propaganda wird auf Grund des § 1 der
Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk
und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande
die Verbreitung

sämtlicher Schriften der Schriftstellerin Grete von Urba-
nitsky

verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 179.

**Postverkehr mit den Dienststellen der Sicherheitspolizei und
des SD im Protektorat Böhmen und Mähren.**

RdErl. des RfH u. Pol. vom 9. 9. 1941

— II A 1 Nr. 492 IV/40-151-BM. —

(1) Für den Postverkehr mit den Dienststellen der Sich-
Pol. u. des SD im Protektorat Böhmen und Mähren wird
folgendes angeordnet:

a) Mit sofortiger Wirkung ist der gesamte Dienstpostver-
kehr zwischen den Dienststellen im Reich und denen des
Protektorats nach Maßgabe der bestehenden Versand-
bestimmungen grundsätzlich allein über die „Deutsche
Dienstpost Böhmen-Mähren“ zu leiten.

- b) Die Sendungen müssen, worauf nachdrücklich hingewiesen wird, neben der Angabe des Empfängers, dem Freimachungszeichen (Ablösungsvermerk oder Postwertzeichen) und dem Dienststempel der absendenden Behörde den auffallenden Hinweis „Deutsche Dienstpost Böhmen-Mähren“ tragen. Er ist auf allen Sendungen durch roten Stempelaufdruck unmittelbar oberhalb des Bestimmungsortes anzubringen, z. B.:

„An
die Geheime Staatspolizei
— Staatspolizeileitstelle Prag —

durch Deutsche Dienstpost Böhmen-Mähren

in Prag II
Bredauer Gasse 18“.

(2) Verschlusssachen sind entsprechend den Vorschriften der VS.-Anweisung als Einschreib- bzw. Wertsendungen aufzugeben.

(3) Die Fälle, in denen nach dem Ermessen des zuständigen Dienststellenleiters die Entsendung eines Kuriers erforderlich ist, werden durch diese Regelung nicht berührt. Beförderung durch Kurier wird insbesondere dann erforderlich sein, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die besonderer Geheimhaltung bedürfen. Dazu werden insbesondere auch Meldungen, Berichte und Weisungen gehören, die die Bekämpfung der tschechischen Geheimorganisation betreffen.

(4) Die RDErlasse des RSHR vom 16. 1. 1940 — I B 1 Nr. 110/39-151-g- (unveröffentl.), vom 26. 6. 1940 — I B 1 Nr. 492/40-151-BM (Befehlsbl. S. 62) — vom 13. 3. 1941 — I B 1 Nr. 492^{III}/40-151-BM (unveröffentl.) — sowie Ziffer 11 des RDErl. des RSHR vom 30. 4. 1940 — I/I 132/18-16 — (unveröffentl.) werden aufgehoben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 179.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RDErl. des RSHR vom 9. 9. 1941 — IV C 3 Nr. 4174/B —

Unter Bezugnahme auf meinen RDErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) Nr. 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) teile ich folgende Druckschriften mit, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Hanß, Pfarrer Josef: „Schließe die Ehe mit dem Segen der Kirche“, Verlag Gebr. Steffen in Limburg a. d. Lahn,

Bückle, Lukas: „Der große Gedanke“, Verlag des Johannesbundes in Leutesdorf a. Rh.,

Gerberr, Pfarrektor G.: „Kurt der treue Meßdiener“, Verlag Laumann, Dülmen i. W.,

Schilgen, Hardy: „An heiliger Schwelle“, Verlag Josef Bercker, Kevelaer.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 180.

Anerkennungen.

RDErl. des ChdSPudSD. v. 11. 9. 1941 — I A 1 b Nr. 69/41 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-H u. Chef der Deutschen Polizei im RMdJ. den nachstehenden Angehörigen der Sicherheitspolizei durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für besonders hervorragende fachliche Leistungen ausgesprochen:

1. Krim.Obersekr. Johannes Rimkus, Staatspol.Leitstelle Brünn — Außendienstst. Mährisch-Osttau —.
2. Krim.Oberassistent Hans Marien, Staatspol.Leitstelle Brünn — Außendienstst. Mährisch-Osttau —.
3. Krim.Angestellter Josef Kulik, Staatspol.Leitstelle Brünn — Außendienstst. Mährisch-Osttau —.
4. Krim.Kommissar Erwin Brandt, Reichssicherheitshauptamt — Amt IV —.
5. Krim.Oberassistent Georg Pickel, Krim.Pol.Stelle Nürnberg/Fürth.
6. Krim.Obersekr. Arthur Lierisch, Krim.Abteilung Wiesbaden.
7. Krim.Sekr. Christian Kösch, Krim.Abteilung Wiesbaden.
8. Krim.Oberassistent Reinhold Nierenz, Krim.Abteilung Wiesbaden.
9. Krim.Angestellter Jakob Lieh, Krim.Abteilung Wiesbaden.
10. Krim.Kommissar Walter Baach, Rdr. der Sich. Pol. u. des SD in Krakau.
11. Krim.Kommissar Heinrich Hamann, Rdr. der Sich. Pol. u. des SD in Krakau.
12. Krim.Kommissar Alfred Spilker, Rdr. der Sich. Pol. u. des SD in Krakau.
13. Krim.Obersekr. Albert Schulz, Rdr. der Sich. Pol. u. des SD in Krakau.
14. Krim.Sekr. Johann Scheuringer, Rdr. der Sich. Pol. u. des SD in Krakau.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 180.

fernunterrichtslehrgang für Anwärter des mittleren und gehobenen Polizeiverwaltungsdienstes.

RDErl. des RSHR vom 16. 9. 1941 — I B 4 a Nr. 4201/41 —

(1) Der Reichsbund der deutschen Beamten veranstaltet von November 1941 bis März 1942 einen fernunterrichtslehrgang für die Beamten des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes. Die Teilnahme an diesem fernunterricht stellt eine wertvolle zusätzliche fachschulung für den Verwaltungsbeamten der Sicherheitspolizei dar, die sich bei den bisher am fernunterricht beteiligten Anwärtern insbesondere bei den letzten Prüfungen bewährt hat.

(2) Die für die Anwärter des gehobenen Polizeiverwaltungsdienstes seit einiger Zeit eingerichteten zweimonatigen Lehrgänge in der SD-Schule in Bernau dürfen die Anwärter nicht dazu verleiten, ihre dienstliche Aus- und Weiterbildung während der Vorbereitungszeit zu vernachlässigen. Die Lehrgänge in Bernau sind infolge der durch den Krieg bedingten Beschränkung nicht in der Lage, den Teilnehmern das gesamte Wissen zu vermitteln, das sie für ihre künftige verantwortungsvolle Stellung im gehobenen Polizeiverwaltungsdienst benötigen. Die abschließende Schulung in ihrer gegenwärtigen Form bezweckt vielmehr, das bereits erworbene Fachwissen zu überprüfen und zu festigen und die Verwaltungspraxis nach einheitlichen Gesichtspunkten auszurichten.

(3) Die Staatspolizei(lei)stellen werden daher ersucht, ihre Anwärter, die sich auf eine Prüfung des mittleren oder gehobenen Verwaltungsdienstes vorzubereiten haben, ausdrücklich auf diese fernunterrichtslehrgänge hinzuweisen und die Teilnehmer jeweils nach Name, Vorname, Amtsbezeichnung, Geburtstag, Dienstbehörde, Ausbildungsbeginn und Ausbildungsende dem RSHR — Ref. I B 4 — zu melden.

(4) Die Teilnahme an den fernunterrichtslehrgängen ist kostenlos. Die **Anmeldedfrist** beim RdB. für den nächsten fernunterrichtslehrgang ist auf den 25. 9. 1941 festgesetzt worden (vgl. RdB. vom 27. 8. 1941 — RMBl. Nr. 36/1941 S. 1564 b —). Die näheren Einzelheiten über die fernunterrichtslehrgänge ergeben sich aus dem RdB. vom 24. 2. 1939 — RMBl. S. 396 e —.

(5) Entsprechend den in Bernau durchgeführten Ausbildungslehrgängen für die Anwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes sind für die nächste Zeit ähnliche Lehrgänge auch für die Anwärter des mittleren Verwaltungsdienstes vorgesehen.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 180.

Verschiedenes.

Berichtigung des Verzeichnisses der an das fernschreibnetz angeschlossenen Dienststellen (s. Befehlsblatt 1940 S. 115).

Unter D: Bei Danzig setze hinzu: Querverbindung nach Posen.

Unter K: Streiche: Kremser, Rdt., Olmütz.

Unter L: Neu: Lemberg, Ek., Krakau.

Unter P: Neu: Prerau, Rdt., Olmütz.

Bei Posen setze hinzu: Querverbindung nach Danzig.
Streiche: Proßnitz, Rdt., Olmütz.

Unter R: Neu: Rippin, Rdt., Thorn.

Neu: Riga. Einf. Gr., Königsberg.

Unter T: Neu: Teplitz-Schönau, Rdt., Reichenberg.

— Befehlsblatt 1941 S. 181.

Personalmitteilungen.

Befehlshaber u. Kommandeure der Sich. Pol. u. des SD.

Beauftragt m. d. Wahrnehmung d. Dienstgesch. d. Rdrs. in Lemberg: H-O-Stuf. ORR. Dr. Tanzmann (bisher beim Befh. Krakau).

Abgeordnet: die Krim.Komm. Dießner (Kassel) zum Befh. Straßburg, Kerner (Linz) zum Befh. Oslo.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Pol.Ob.Insp.: Pol.Insp. Dents, Wilhelmshaven.

Verfekt: die Krim.Komm. Dr. Burg (Salzburg) zum RSH, Feustel (Chemnitz) nach Prag, Pol.Insp. Martin (Wilhelmshaven) zum RSH.

Abgeordnet: die Pol.Insp. Bader (Prag) nach Zichenau-Schrottersburg, Heier (Köln) zur Stapoleitst. Berlin, Malchahn (Stettin) zur Führerschule Berlin.

Ausgeschieden: H-O-Stuf. ORR. Dr. Leiterer (bisher Stapoleiter Magdeburg).

SD.

Ernannt: H-H-Stuf. Pachter zum Ref. beim SD-R. Klagenfurt.

Kommandiert: H-H-Stuf. Claussen zum SD-R. Bremen (Rückkommandierung).

Verfekt: H-O-Stuf. Wirtig zum Insp. Danzig.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zu Krim.Ob.Assistenten: die Krim.Ob.Assistenten z. Dr. Maximilian Köberle, Rudolf Schmid (sämtl. Stapoleitst. Stuttgart);

zum apl. Krim.Assistenten: Krim-Ass. Anw. Georg Griemsmann (Stapo Allenstein);

zum Krim.Ass. Anw. unter Berufung in das Beamtenverhältnis: der Bewerber Rolf Kühn (Kripoleitst. Hamburg).

— Befehlsblatt 1941 S. 181.

Befehlsblatt

Ausgabe A

Des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einsseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preussische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 37

Berlin, den 27. September 1941

2. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 1. 9. 41 Kassenanschlag der Sich. Pol. für das Rechnungsjahr 1941. S. 183. — RdErl. 14. 9. 41 Richtlinien für die Durchf. des RdErl. vom 6. 2. 41 — Pol. S. I B 1 Nr. 961/40-151 — über die Bearbeitung des feiertagsrechts bei den höheren Verwaltungsbehörden. S. 183. — RdErl. 14. 9. 41 Einrichtung einer krim. Dienststelle in Bialystok. S. 184. — RdErl. 16. 9. 41 Ausnahme von dem Verbot französischer Druckschriften. S. 184. — RdErl. 17. 9. 41 Anmeldung sowjetischen sowie amerikanischen Vermögens im Inland. S. 184. — RdErl.

24. 9. 41 Regelung über Versand und Mitnahme von Waren aus den besetzten Ostgebieten durch Wehrmachtsangehörige und ihnen gleichgestellte Personen. S. 184. — RdErl. 24. 9. 41 H-Befehlsblatt. S. 185. — RdErl. 25. 9. 41 Anerkennungen. S. 185.

Verschiedenes. Berichtigung zum Verzeichnis der Kriminalpolizei(leit)stellen. S. 185. — Berichtigung. S. 186.

Personalmitteilungen. S. 186.

Sicherheitspolizei und SD.

Kassenanschlag der Sicherheitspolizei für das Rechnungsjahr 1941.

RdErl. des RfH u. HdD. Pol. im RMDJ. v. 1. 9. 1941

— S. II C 1 Nr. 350/41-226-1 —

(1) Der Kassenanschlag der Sicherheitspolizei für das Rechnungsjahr 1941 befindet sich z. Zt. im Druck und wird alsbald nach Fertigstellung den beteiligten Dienststellen in der erforderlichen Anzahl übersandt werden. Weitere Stücke können nur in Ausnahmefällen angefordert werden; im übrigen kann für den inneren Dienstgebrauch an Stelle des Kassenanschlages die Buchungstafel verwendet werden, wenn die Sollansätze des Kassenanschlages in der hierfür vorgesehenen Spalte eingetragen werden.

(2) Die für die Bewirtschaftung der zugewiesenen Planstellen und Haushaltsmittel maßgebenden Richtlinien sind dieses Jahr als Einleitung in den Kassenanschlag mit aufgenommen worden. Auf sie wird besonders hingewiesen.

(3) Die Staatspolizei(leit)stellen, mit Ausnahme von Berlin, die Kriminalpolizeileitstelle Prag und die Kommandeure der Sich. Pol. u. des SD im Generalgouvernement werden ersucht, der zuständigen Vorprüfungsstelle und rechnunglegenden Kasse je 1 Stück des Kassenanschlages zu übersenden.

An die Sicherheitspolizei.

— Befehlsblatt S. 183.

Richtlinien für die Durchführung des RdErl. vom 6. 2. 1941 — Pol. S. I B 1 Nr. 961/40-151 — über die Bearbeitung des feiertagsrechts bei den höheren Verwaltungsbehörden.

RdErl. des RMDJ. vom 14. 9. 1941

— Pol. S. II A 1 Nr. 961 V/40-151 —

(Bereits durch Abdruck mitgeteilt)

(1) Die politischen Referenten (Staatspolizei(leit)stellenleiter) bei den höheren Verwaltungsbehörden sind gemäß dem

obenbezeichneten Erl. vom 6. 2. 1941 (Befehlsbl. S. 32) mit der Bearbeitung aller feiertagsrechtlichen Angelegenheiten bei den höheren Verwaltungsbehörden beauftragt worden. Zur Behebung von Zweifeln bezüglich der Zuständigkeitsabgrenzung in arbeitsrechtlichen und gewerberechtigten Fragen des feiertagsrechts zwischen den Behörden bzw. Referenten der Mittelstufe und den politischen Referenten (Staatspolizei(leit)stellenleitern) wird angeordnet:

1. Die politischen Referenten (Staatspolizei(leit)stellenleiter) bei den höheren Verwaltungsbehörden sind ausschließlich für die Bearbeitung aller politischen Angelegenheiten des feiertagsrechts zuständig.
2. Unter die politischen Angelegenheiten fallen die Vorbereitung von Verordnungen betr. Einführung, Verlegung oder Beseitigung von Feiertagen, Schutz der staatlichen Feiertage und Sicherstellung der Durchführung staatlicher Anordnungen durch Bekämpfung politischen und konfessionellen Widerstandes, die Anordnung von Schutzhaft und die Einleitung von Strafverfahren bei Verstößen gegen die Bestimmungen des feiertagsrechts, die politisch bedingt oder von besonderen politischen Auswirkungen begleitet sind.
3. Die Bearbeitung von Angelegenheiten des feiertagsrechts vorwiegend arbeitsrechtlicher oder gewerberechtigter Natur verbleibt grundsätzlich bei den bisher damit betrauten Stellen der Behörden der Mittelstufe.
4. Um eine in jeder Hinsicht einheitliche Bearbeitung des gesamten feiertagsrechts zu gewährleisten und um dem federführenden politischen Referenten Kenntnis aller dieses Rechtsgebiet betreffenden Vorgänge in seinem Bereich zu verschaffen, ist bei Entscheidung eines vorwiegend arbeitsrechtlichen oder gewerberechtigten Falles des feiertagsrechts oder Erlass einer derartigen Anordnung dessen Mitzeichnung erforderlich.

5. Ergibt sich bei der Bearbeitung einer ursprünglich vorwiegend arbeitsrechtlichen oder gewerberechtlichen Angelegenheit, daß politische Belange von besonderer Bedeutung mit ihr verbunden sind, so ist der Vorgang von dem politischen Referenten (Staatspolizei(leit)stellenleiter) bei der höheren Verwaltungsbehörde zur Weiterbearbeitung zu übernehmen. Mitzeichnung durch den Sachbearbeiter der arbeitsrechtlichen oder gewerberechtlichen Angelegenheiten hat zu erfolgen.

(2) Die in dieser Angelegenheit erstatteten Berichte sind hierdurch erledigt.

An die Herren Reichsstatthalter, die Länderregierungen, die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten, die Staatspolizei(leit)stellenleiter.

Nachrichtlich: An das Hauptamt Ordnungspolizei, die höheren H- u. Pol.-Führer, die Insp. der Sich. Pol. u. des SD, die SD(Leit)Ab(chnitte). — Befehlsblatt S. 183.

Einrichtung einer Kriminaldienststelle in Bialystok.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 14. 9. 1941

— II A 1 Nr. 2026/41-171 —

(1) Durch Erl. des RfHuChdDtPol. im RmdJ. vom heutigen Tage ist mit sofortiger Wirkung in Bialystok eine Kriminaldienststelle eingerichtet worden. Sie ist der im Aufbau befindlichen Staatl. Polizeiverwaltung in Bialystok angegliedert und untersteht in fachlicher Hinsicht der krim. Pol.-Leitstelle Königsberg.

(2) Mit der Leitung der Dienststelle wurde der Kriminalkommissar Krebs beauftragt.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 184.

Ausnahme von dem Verbot französischer Druckschriften.

RdErl. des RfHuChdDtPol. im RmdJ. vom 16. 9. 1941

— S IV C 3 Nr. 2341/E —

Im Benehmen mit der Presseabteilung der Reichsregierung wird die in Paris erscheinende Zeitschrift

„Je suis partout“

von dem allgemeinen Verbot französischer Druckschriften-erzeugnisse ab sofort ausgenommen. Gegen die Verbreitung dieser Zeitschrift im Reichsgebiet (ohne Elsaß, Lothringen und Luxemburg) bestehen keine Bedenken. Ein Kontrolle ist nicht mehr erforderlich.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 184.

Anmeldung sowjetischen sowie amerikanischen Vermögens im Inland.

RdErl. des RSfA. vom 17. 9. 1941 — II A 5 Nr. 926/41-212 —

I.

(1) Nach Artikel II der Zweiten Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 30. 6. 1941 (RGBl. I S. 371) ist das im Inland befindliche sowjetische Vermögen bis 30. 9. 1941, etwa später anfallendes derartiges Vermögen binnen einem Monat nach seinem Anfall anzumelden.

(2) Soweit bei dem RSfA. und bei den Staatspolizei(leit)stellen sowjetisches Vermögen angefallen sein oder noch anfallen sollte, ist es unter Angabe des Eigentümers, der Art und der genauen Bezeichnung des Standortes zu den oben angegebenen Zeitpunkten dem Herrn Reichsminister der Finanzen zum Aktenz.: Nr. 4070 A - 7 V — zu melden. Die Anmeldung ist in dreifacher Ausfertigung über das RSfA. — II A 5 Nr. 926/41-212 — vorzunehmen.

II.

In ähnlicher Weise ist auf Grund des § 1 (1) der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer Staatsangehörigen vom 4. 8. 1941 (RGBl. I S. 472) mit etwa beim RSfA. und den Staatspolizei(leit)stellen angefallenem amerikanischem Vermögen zum Aktenzeichen des Herrn Reichsministers der Finanzen Nr. 4040 A - 29 V — zu verfahren.

Fehlanzeige zu I. und II. ist nicht erforderlich.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 184.

Regelung über Versand und Mitnahme von Waren aus den besetzten Ostgebieten durch Wehrmachtangehörige und ihnen gleichgestellte Personen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 24. 9. 1941

— II A 1 Nr. 811 II/41-151 —

Nachstehenden RdErl. des Oberkommandos der Wehrmacht vom 9. 9. 1941 gebe ich im Anschluß an meinen RdErl. vom 6. 9. 1941 — II A 1 Nr. 811/41-151 — (Befehlsbl. S. 179) zur Kenntnisnahme und Beachtung bekannt:

Oberkommando der Wehrmacht

60 h 42

8327/41 RWA/WD (XII)

Berlin, den 9. 9. 1941.

An pp.

Betr.: Regelung über Versand und Mitnahme von Waren aus den besetzten Ostgebieten durch Wehrmachtangehörige und ihnen gleichgestellte Personen.

Vorg.: Befehl des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches 4785/41 vom 10. 8. 41.

I.

In Ausführung des im Vorgang angeführten Befehls des Herrn Reichsmarschalls und im Einvernehmen mit dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und dem Reichsfinanzminister wird für die Mitnahme von Waren und den Versand von Feldpostpäckchen aus den besetzten Ostgebieten folgende Regelung erlassen. Soweit bisherige Anordnungen nicht mit dieser Regelung in Einklang zu bringen sind, sind sie außer Kraft zu setzen.

Der Herr Reichsfinanzminister erläßt entsprechende Anordnung an seine Organe.

II.

Persönliche Mitnahme.

1: Jeder Angehörige der Wehrmacht einschließlich der ihr unterstellten Teile der Waffen-H und der in den genannten Gebieten eingesetzten folgenden Verbände: H, Polizei, NSKK, NSFK, RAP, NSD, OT, TN, DRA, NS-Kraft durch Freude und der in den besetzten Gebieten eingesetzten Behörden und Dienststellen darf bei der Einreise in das Reichsgebiet im Rahmen des Wehrsoldes oder der ihm sonst in den Ostgebieten zustehenden Gehalts neben seinem im Rahmen der Zollbestimmungen zugelassenen persönlichen Reisebedarf Waren mitnehmen, soweit sie für den eigenen hauswirtschaftlichen Bedarf bestimmt sind. Die Mitnahme ist jedoch nur insoweit zulässig, als er die Waren vermöge seiner körperlichen Kräfte und unter Beachtung der disziplinarischen Vorschriften forttragen kann.

Der jeweilige zuständige militärische Befehlshaber in den besetzten Gebieten — nach Einsetzung des Wehrmachtbefehlshabers (IV a) dieser — kann im Einvernehmen mit dem Inhaber der vollziehenden Gewalt, soweit ein solcher daneben vorhanden, bzw. auf dessen Forderung hin, hinsichtlich der Warenart und Warenmengen Beschränkungen festsetzen.

Der persönliche Reisebedarf und die zur Mitnahme zugelassenen Waren bleiben frei von jeglichen Abgaben.

2. Die über das Generalgouvernement, die Slowakei, Ungarn, Rumänien oder Bulgarien einreisenden Wehrmachtangehörigen und ihnen gleichgestellten Personen haben ein Verzeichnis der aus den besetzten Ostgebieten mitgenommenen Waren bei sich zu führen, aus dem Art und Menge der Waren ersichtlich sind und dessen Richtigkeit von dem Führer der Einheit oder dem Dienststellenleiter bescheinigt sein muß. Unter dem Inhaltsverzeichnis ist folgender Vermerk aufzunehmen:

„Mitgeführte Waren stammen aus den besetzten Ostgebieten. Zollfreie Mitnahme anlässlich einer Urlaubsreise, Dienstreise usw.“.

Die Bescheinigung muß die Unterschrift und Dienstgrad des Führers der Einheit oder des Dienststellenleiters, den Tag der Ausstellung und den Dienstempel der Einheit oder der Dienststelle tragen. Der Führer der Einheit oder der Dienststellenleiter hat sich von dem Inhalt der mitzunehmenden Packstücke zu überzeugen. Die Ausstellung einer inhaltlich falschen Bescheinigung wird bestraft.

Die genannten Staaten haben sich damit einverstanden erklärt, daß bei Vorlage einer solchen Bescheinigung die Zollkontrolle an ihren Grenzen unterbleibt. Waren, die ohne eine solche Bescheinigung mitgeführt werden, unterliegen der Beschlagnahme.

3. Die Mitnahme von Paketen und Päckchen für Kameraden ist verboten, soweit es sich nicht ausschließlich um getragene Kleidungs- oder Wäschestücke handelt. In diesem Fall muß der Absender auf den Paketen oder Päckchen vermerkt sein und eine entsprechende Bescheinigung des Einheitsführers usw., die mit Datum und Dienstempel zu versehen ist, der Zollbehörde vorgelegt werden.

4. Bei geschlossenen Truppenteilen gelten diese Bestimmungen entsprechend.

Die Zollkontrolle unterbleibt bei geschlossenen Truppenteilen, wenn der Führer der Einheit die schriftliche Erklärung abgibt, daß bei der ihm unterstellten Einheit kein unzulässiges Gut mitgeführt wird.

5. Die entgeltliche Weiterveräußerung der eingeführten Waren an fremde Personen ist strengstens untersagt und wird bestraft.

6. Angehörige der Wehrmacht und der in ihrem Auftrage tätigen Organisationen und Verbände, die über das zugelassene Maß hinaus Waren aus den besetzten Ostgebieten mitnehmen oder versenden, sind zur Rechenschaft zu ziehen. Die entgegen diesen Anordnungen mitgenommenen oder versendeten Waren werden beschlagnahmt und eingezogen. Die beschlagnahmten Waren sind an die zuständigen Zollstellen zur Verwertung abzugeben. Die Verwertung richtet sich nach den Anordnungen des Reichsministers der Finanzen.

III.

Feldpostpäckchen.

Die Versendung von Feldpostpäckchen aus den besetzten Ostgebieten ist vorläufig verboten. Über den Zeitpunkt der Zulassung der Versendung ergeht weiterer Befehl.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Im Auftrage:

gez. Reinecke.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 184.

H-Befehlsblatt.

RdErl. des RSHR vom 24. 9. 1941 — II A 1 d Nr. 4035/41 —

Bei den auf Grund des RdErl. vom 15. 5. 1941 — II A 1 d (neu) Nr. 4035/41 — (Befehlsbl. S. 89) erstatteten Meldungen über die Anzahl der benötigten H-Befehlsblätter haben offensichtlich eine große Anzahl von Dienststellen die H-Befehlsblätter mit dem Befehlsblatt des Chefs der Sich. Pol. u. des SD verwechselt. Um eine nochmalige Umfrage zu vermeiden, werden zukünftig jeder Dienststelle die für den Dienstgebrauch ausreichende Zahl von zwei Stücken übersandt, von denen eines für den Dienststellenleiter und das andere für die Registratur bestimmt ist. Anträge von ausnahmsweise erhöhter Zuteilung sind an das RSHR — II HB — zu richten.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 185.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSudSD. vom 25. 9. 1941 — I A 1 b Nr. 69/41 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-H u. Chef der Deutschen Polizei im RMDJ. den nachstehenden Angehörigen der Sicherheitspolizei durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für besonders hervorragende fachliche Leistungen ausgesprochen:

1. Krim.Oberassistent August Köster,
2. Krim.Oberassistent Erwin Wegener,
3. Krim.Oberassistent Karl Oppermann,
4. Krim.Oberassistent Erhard Schröder,
5. Krim.Oberassistent Gustav Schmahler,
6. Krim.Oberassistent Willi Herbst,
7. Krim.Assistent Kurt Heinemeyer,
8. Krim.Assistent Walter Thormeyer,
9. Krim.Assistent Gerhard Grunow,
10. Krim.Assistent Otto von Malottki,
11. Krim.Assistent Friedrich Pottebaum,
12. Krim.Assistent Walter Matheus,
13. Krim.Ang. Werner Stolte,
14. Krim.Ang. Robert Köerner,
15. Krim.Ang. Georg Bellok,
16. Hilfspolizeibeamter Franz Jlkiew,

fämtl. beim Kommandeur der Sich. Pol. u. des SD in Krakau.

An Sicherheitspolizei u. SD.

— Befehlsblatt S. 185.

Verschiedenes.

Berichtigung

zum Verzeichnis der Kriminalpolizei(leit)stellen.

Seite 4 (Tilsit): Chef: H-Stubaf. komm. Pol.Dir. Heinz Thielcr. Krim.Abt. Memel, Leiter: Wohnung: Bäckerstr. 5/6.

Seite 12 (Frankfurt/O.): Leiter: Krim.Rat Engel, Wohnung: Friedrichstr. 11 b. Bever, Anruf privat: 33 53.

Seite 14 (Breslau): Chef: H-Brigadef. Pol.Präf. Franz Breithaupt.

Seite 19 (Dresden): Leiter: O.RufR. Paul König.

Bei Gemeindegkrm. Pol. Neugersdorf/Sa. streichen: Horst-Wessel-Str. 8, Rathaus, dafür eintragen: Liechtenstein 5.

Seite 24 (Zwickau): Chef: H-Staf. komm. Pol.Präf. Jakob Beck, Wohnung: Moritzstr. 8 b. Haupt, Anruf privat: 129.

Seite 26 (Karlsbad): Chef: komm. Pol.Dir. Hans Kraus, Wohnung: Adolf-Hitler-Str., Schützenhaus, Anruf dienstl.: 35 26, privat: 49 52. Leiter: j. Jt. abgeordnet. Vertr.: Rk. a. Pr. Riesle, Anruf dienstl. u. privat: 35 26.

v. 27.9.41

Bei Gemeindekrim. Pol. Weipert streichen: Cajetanstr. 2 (Stadthaus); dafür einsetzen: Annaberger Str. 2; streichen: Anruf 44, dafür einsetzen: Anruf 274.

Seite 39 (Stuttgart): die Außenstellen Ellwangen u. Rottweil sind zu streichen.

Seite 41 (Karlsruhe): Krim. Abt. Pforzheim, Leiter: Krim. Rat Richard Schwab, Wohnung: Westl. Karl-Friedrich-Str. 62, Anruf dienstl.: 23 23, privat: 54 10.

In der Spalte „Jugehörige Staatl. Krim. Polizei“ sind die Krim. Abt. Bruchsal u. Villingen zu streichen u. in die Spalte „Jugehörige Gemeindekrim. Polizei“ einzutragen.

Seite 43 (Ludwigshafen): Leiter: H-H-Stuf. Krim. Rat Wilhelm Fehl.

Seite 47 (Darmstadt): Krim. Abt. Mainz, Chef: Pol. Präf. Max Reichardt, Wohnung: Drususwall 62.

Krim. Abt. Worms, Chef: Pol. Dir. Löw, Wohnung: Alzeier Str. 19.

Krim. Abt. Offenbach, Chef: SA-Oberf. Pol. Dir. Hans Eichel, Wohnung: Weickertsblochstr. 19.

Seite 54 (Essen): Leiter: 3. Jt. Wehrmacht. Vertreter: Krim. Rat Ernst Schult.

Krim. Abt. Oberhausen, Chef: 3. Jt. unbefehl.

Krim. Abt. Duisburg, Chef: 3. Jt. abgeordnet.

Seite 66 (Kiel): Krim. Abt. Lübeck: streichen: „Großer Bauhof 14“, dafür einsetzen: „Domkirchhof 7, Herbert-Norkus-Heim“; Chef: 3. Jt. abgeordnet.

Seite 70 (Linz): Die Anrufnummer 01 50 ist überall zu ändern in 26 831.

Seite 72 (Innsbruck): Chef: H-O-Stuf. komm. Pol. Dir. Dr. Johann Dornauer, Wohnung: Innstr. 45 b. Ruer, Anruf dienstl.: 2500 Klappe 30, privat: 2808 Anruf 4.

Seite 75 (Danzig): Krim. Abt. Elbing, Chef: 3. Jt. abgeordnet, Vertreter: Reg. Rat Dr. Hanik, Danzig.

— Befehlsblatt 1941 S. 185.

Berichtigung.

Die B.Nr. in der Überschrift des RdErl. vom 1. 9. 1941, betr. Heranziehung von Gerichtsvollziehern bei der Versteigerung jüdischen Umzugsgutes (Befehlsbl. S. 176) muß richtig lauten: II A 5 Nr. 678/41-212-.

— Befehlsblatt 1941 S. 186.

Personalmitteilungen.

Befehlshaber u. Kommandeure der Sich. Pol. u. des SD.

Verseht: Pol. Rat Griesse (München) zum Befh. Straßburg, die Pol. Füßel (Frankfurt/O.) zum Rdr. Warschau, Kaiser (Brünn) zum Rdr. Lemberg.

Staatspolizei(leit)stellen.

Verseht: die Pol. Räte Gindel (Karlsruhe) zum RSH, Gottwald (Stettin) nach Karlsruhe, Grauer-Carstensen (Karlsbad) nach Stettin, Jakob (Warschau) zum RSH, Rusche (Wilhelmshaven) nach Karlsbad, Weddige (Chemnitz) nach Frankfurt/O.;

die Krim. Komm. Heinrich Beier (Oppeln) nach Breslau, Bohnenkamp (Hamburg) nach Wilhelmshaven; PJ. Fecht (Kattowitz) nach Brünn.

Abgeordnet: die PJ. Hans Hermann (Regensburg) zu EWJ. Lihmannstadt, Denzke (Düsseldorf) nach Braunschweig.

Die Abordnung des PJ. Urban von Regensburg zur EWJ. Lihmannstadt wird aufgehoben.

Kriminalpolizei(leit)stellen und Kriminalabteilungen.

Ernannt zum Krim. Rat: die Krim. Komm. Grimm (Chemnitz) u. Kleinert (Sosnowitz);

zum Krim. Komm.: Krim. Komm. a. Pr. Unger (Bielefeld); zum Krim. Insp.: die Krim. Ob. Sekr. Jäger (Wuppertal) u. Spinnen (M. Gladbach-Rheydt).

Verseht: die Krim. Räte Grimm (Chemnitz) nach Gleiwitz u. Küßner (Stapo Hannover) zur KPSt. Kiel; die Krim. Komm. Uhde (Magdeburg) nach Karlsbad u. Stegmaier (Hamburg) nach Graz.

Abgeordnet: Krim. Dir. Dr. Bittner (Berlin) nach Leipzig, Krim. Komm. Wedekind (Hamburg) nach Zwickau.

In den Ruhestand verseht: Reg. u. Krim. Rat Brunner (Graz).

SD.

Kommandiert: H-Stuf. Bonifer zum SD-A. Kassel; die H-H-Stuf. Karl Müller zum Rdr. Warschau, Hantsen zum Befh. Krakau, Heinken zum Befh. Mek, Ellissen zum Beauftr. d. ChdSPudSD. Paris, Erwin Schmidt zum SD-A. Bremen;

die H-O-Stuf. Leineweber zum Insp. Kassel, Petersen zum SD-LA. Reichenberg;

H-U-Stuf. Kurt Werner zum SD-LA. Hamburg (Rückkommand.).

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt: zum Krim. Ob. Sekr. der Krim. Sekr. Max Bauer (Kripoleitst. Berlin); zu Krim. Sekr.: die Krim. Ob. Assistenten Otto Gloßner, Felix Wolff (beide Kripoleitst. Düsseldorf) u. Albert Czinczel (Kripoleitst. Berlin); zum apl. Krim. Assistenten: Krim. Ass. Anw. Alfred Hufnagel (Stapoleitst. Posen).

— Befehlsblatt 1941 S. 186.